



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Akzeptanz mit Vorbehalt. Eine Untersuchung internationaler Immigration im ländlichen Raum Österreichs“

„Conditional Acceptance. A Study on International Immigration to Rural Austria“

verfasst von / submitted by

Victoria Reitter, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2017 / Vienna 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 810

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium

Kultur- und Sozialanthropologie UG2002

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Schweitzer

Mitbetreut von / Co-Supervisor:

Mein Dank gilt

Univ.-Prof. Dr. Peter Schweitzer, der mein Forschungsprojekt von Beginn an mit konstruktivem Feedback und hilfreichen Kommentaren unterstützt hat; Ass.-Prof. Mag. Dr. Gabriele Rasuly-Paleczek und OR Mag. Gertraud Seiser für fachliche Hinweise und interessante Debatten; Laura für ihren analytischen Blick, die hartnäckige Ermutigung und emotionale Stütze; Alex für unzählige inhaltliche Diskussionen und hilfreiches Feedback; meinem Bruder Matthias und Hannah für viele spannende Küchenbodendiskussionen beim Urknall der Idee sowie für stilistisches Feedback; meinem Bruder Johannes und Ovidiu für lehrreiche Einblicke in ihren historisch und politisch fundierten Wissensschatz; Khaled für die wertvolle Kritik an ersten Konzepten sowie zahlreiche aufklärende Gespräche; meiner Tante Resi für das Kontaktnüpfen ins Waldviertel und ihre Unterstützung während meines Feldaufenthaltes; Reinfried für stundenlange Reflektionen über das Erlebte im Feld, alte Muster und neue Ideen, für eine andere Perspektive; Niki, Konst und Sebastian für die willkommene Ablenkung im Feld und das damit implizierte Wiedererlangen der verlorenen Distanz; Kathi, Clau, Liesa und Ulla für ihren beständigen Glauben an das Gelingen meiner Vorhaben; David für das Freischaufeln von alltäglich Banalem und gedankenreinigende Waldwanderungen; meiner Tante Ingrid für das Schreibrefugium im Endspurt; meiner Tante Emmi für das finale Korrekturlesen und viele kluge Hinweise; meinen Eltern für ihren unerschütterlichen Humanismus und ihre konstante Unterstützung auf allen Ebenen und zu allen Zeiten; all meinen InterviewpartnerInnen für die vielen formellen und unzähligen informellen, informativen Gespräche und den Einblick in ihr Leben.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	6
1.1	Forschungsfrage, grundlegende Annahmen und Herangehensweise	8
1.2	Forschungsdesiderate und Begriffsklärungen.....	9
1.2.1	Migration, Immigration und Flucht	10
1.2.2	Ländliche Räume	13
1.2.3	Akzeptanz und verwandte Konzepte.....	17
1.2.4	Was kann die Kultur- und Sozialanthropologie beitragen?.....	19
1.3	Kapitelüberblick.....	20
2	Theoretischer Rahmen	21
2.1	Demographischer Wandel in Europa und seinen ländlichen Regionen	21
2.2	Charakteristika ländlicher Räume	23
2.2.1	Schrumpfung und Wachstum.....	23
2.2.2	Abgelegenheit und Peripherie.....	25
2.2.3	Nachhaltigkeit und Entwicklungsfähigkeit	27
2.3	Regionale Siedlungsentwicklung in Österreich	29
2.4	Ökonomische Auswirkungen von Immigration	31
2.4.1	Einkommen und Arbeitsmarkt	32
2.4.2	Öffentlicher Haushalt und Wirtschaftswachstum	34
2.5	Immigration in ländliche Räume	36
2.5.1	Potenziale der Migration in ländliche Räume	36
2.5.2	Die Soziogenese von Akzeptanz und Integration	38
2.5.3	Handlungsempfehlungen und das Ausschöpfen der Potenziale.....	40
3	Beschreibung der Methoden und der Vorgehensweise.....	41
3.1	Datenerhebung.....	43
3.1.1	Feldeinstieg und Sampling.....	43
3.1.2	Teilnehmende Beobachtung	44
3.1.3	Qualitative Interviews	45
3.1.4	Lokales Kontextmaterial und Fotos	46
3.2	Datenanalyse.....	47
3.3	Reflexionen über den Forschungsprozess.....	48
4	Strukturelle Rahmenbedingungen der Stadtgemeinde	50
4.1	Stadt oder Land, ganz oben oder am Rande?	51
4.2	Regionale und kommunale demographische Entwicklung	52
4.3	Wirtschaftsgeschichte des Waldviertels	56
4.4	Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit.....	58
4.5	Pendelverflechtungen, regionale Zentren und Schulstandort	60
4.6	Gemeindehaushalt und Mandatsverteilung	62

5	Ergebnisse der empirischen Untersuchung.....	64
5.1	Sozialstrukturelle Charakteristika der GesprächspartnerInnen	64
5.1.1	Bildungshintergrund und Beschäftigungsverhältnis	64
5.1.2	„Zuagroast“ – Homogenität in Bezug auf den Herkunftsort	65
5.2	Akzeptanzfördernde Charakteristika der Strukturen	66
5.2.1	Informierung und Sensibilisierung der Lokalbevölkerung.....	67
5.2.2	Integrationsspezifische Maßnahmen	68
5.2.3	MeinungsbildnerInnen in der Stadtelite	72
5.3	Akzeptanzfördernde Charakteristika der sozialen Beziehungen.....	73
5.3.1	„Zuwanehma“ – Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben.....	73
5.3.2	„Dann profitier i ja a“ – Eigennutzen und monetäre Auswirkungen.....	76
5.3.3	„So wird der Kreis einmal bunter“ – Positiv bewertete soziale Auswirkungen	80
5.4	Akzeptanzfördernde Charakteristika der Wahrnehmung	82
5.4.1	„Zuagroast“ – Die persönliche Migrationserfahrung als Akzeptanzverstärker	82
5.4.2	„Kein arbeitsscheues Gesindel“ – Arbeitswilligkeit und Spracherwerb	83
5.4.3	„Uns homs nix gmocht“ – Unauffälligkeit und Tadellosigkeit	85
5.5	Akzeptanzhindernde Charakteristika der Strukturen.....	87
5.5.1	Mangelnde Information und fehlendes Mitspracherecht.....	87
5.5.2	Fehlende Meinungsbildung vonseiten der Stadtelite	88
5.5.3	Strukturschwäche der Region und Abgelegenheit	89
5.6	Akzeptanzhindernde Charakteristika der sozialen Beziehungen	91
5.6.1	Nicht-„Zuwanehma“ – Kontaktvermeidung, Neid und Eifersucht	91
5.6.2	„Wieso die und nicht wir?“ – Sozioökonomische Verteilungskonflikte	94
5.6.3	„Jetzt ist es ja noch alles schön und gut“ – Die Grenze der Toleranz und Moral.....	95
5.7	Akzeptanzhindernde Charakteristika der Wahrnehmung.....	97
5.7.1	„Zuagroast“ – Die Zuschreibung von Migrationserfahrung als Exklusionsstrategie	98
5.7.2	„Jeda telefoniert und arbeiten tans nix“ – Nichtstun und Requisiten der Opulenz.....	99
5.7.3	„Na hoffentlich net 15 Männer“ – Anzahl und Geschlecht der AsylwerberInnen	100
6	Diskussion und Ausblick: Akzeptanz mit Vorbehalt	101
6.1	Akzeptanzbedingende Faktoren in den kommunalen Strukturen	102
6.2	Akzeptanzbedingende Faktoren in den sozialen Beziehungen	104
6.3	Akzeptanzbedingende Faktoren in der Wahrnehmung	106
6.4	Fazit	107
6.5	Ausblick.....	108
7	Anhang.....	110
7.1	Index.....	110
7.2	Abstract	111
7.3	English Abstract	112
8	Literatur	113
	Internetressourcen.....	119

1 Einleitung

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts wurden die reichen Staaten Westeuropas zu einem der Hauptziele internationaler Migrationsbewegungen (vgl. Castles/Miller 2009: 5). Diese demographische Entwicklung wird begleitet von einem weiteren, konträren demographischen Phänomen, dem Bevölkerungsrückgang in peripheren, ländlichen Räumen Europas. Auch in Österreich wird vielen Regionen für die kommenden Jahrzehnte ein Bevölkerungsrückgang durch Abwanderung prognostiziert, während gleichzeitig die Zahlen für legale und illegalisierte Einwanderung steigen. Beinahe ein halbes Jahrhundert schon ist die demographische Entwicklung in Österreich durch Wanderungsbewegungen bestimmt. Da Geburten- und Sterberate sich mehr oder weniger ausgleichen, ist das Bevölkerungswachstum dem positiven Außenwanderungssaldo geschuldet (statistik.at 1). Bislang unbekannte Ausmaße nahm diese Entwicklung aber in jüngster Vergangenheit an, als im Jahr 2014 die Zahl der in die Europäische Union eingereisten Asylsuchenden im Vergleich zum Vorjahr plötzlich um ein Drittel anstieg und sich 2015 noch einmal verdoppelte (statistik.at 2).¹ Sowohl Binnen- als auch internationale Wanderungen verteilen sich in Österreich regional nicht gleichmäßig und so kommt es vermehrt zu Wanderungsgewinnen in größeren Städten und Wanderungsverlusten in ländlichen Räumen (statistik.at 1).²

In den letzten Jahren zeigt sich jedoch, dass der ländliche Raum für internationale Zuwanderung an Aufmerksamkeit gewinnen konnte (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 6; Jentsch 2007: 7) und die gegenwärtige Diskussion über eine ausgeglichene Verteilung von AsylwerberInnen auf Bezirke und Gemeinden weist auf eine Fortsetzung dieses Trends hin (orf.at; bmi.gv.at). Der ländliche Raum war selbst lange Zeit Lieferant für den Arbeitskräftebedarf der Städte und ein Großteil der Migrationsforschungen legte seinen Fokus auf eben jene Metropolregionen (vgl. Nadler et al. 2010: 108). Die akademische Auseinandersetzung mit dem Kompensationseffekt dieser arbiträren, ruralen demographischen Dynamik ist naturgemäß ebenso jung wie das Phänomen selbst – nach und nach mehrten sich jedoch Forschungen unterschiedlicher Disziplinen, die sich der Immigration in ländliche Räume wissenschaftlich nähern.

Regionalgeographische Ansätze zeigen, dass der ländliche Raum im Vergleich zu urbanen Zentren spezifische Herausforderungen und Potenziale aufweist. Demographische Entwicklungen wie die Abwanderung der Bevölkerung im Erwerbsalter, sinkende Geburtenraten und eine steigende Le-

¹ Im Jahr 2011 wurden in Österreich 14.400, zwei Jahr später 17.500 und wiederum zwei Jahre darauf 88.340 Asylanträge gestellt (statistik.at 2). Damit betrug der internationale Wanderungssaldo im Jahr 2015 113.067 Personen, womit sich gegenüber dem Vorjahr die Netto-Zuwanderung um 56 Prozent erhöhte (statistik.at 3).

² Während dem Raum Wien ein Bevölkerungswachstum von bis zu 24 Prozent bis 2060 vorhergesagt wird (statistik.at 4), sind Regionen wie beispielsweise das obere Waldviertel von ruraler Abwanderung bis 2015 von bis zu -11,1 Prozent betroffen (statistik.at 5).

benserwartung führen in vielen Gemeinden zu Schrumpfung und Überalterung der ansässigen Bevölkerung sowie zu einer daraus folgenden erschwerten Aufrechterhaltung der sozioökonomischen Infrastruktur (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 11). Ein weiterer demographischer Aspekt betrifft die Homogenität der Bevölkerung in Bezug auf Herkunftsland und StaatsbürgerInnenschaft, die im Vergleich zu städtischen Zentren sehr viel höher ausgeprägt ist. Immigration kann eine bedeutende Rolle hinsichtlich der demographischen Entwicklung und Aufrechterhaltung ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit spielen, potenziell einem Arbeitskräftemangel sowie schrumpfendem sozialen und ökonomischen Kapital entgegenwirken und dazu beitragen, Infrastruktur und Dienstleistungen in abgelegenen und ländlichen Regionen aufrechtzuerhalten (vgl. Hugo/Moren-Alegrett 2008: 477). Kann unter diesen Gesichtspunkten internationale Zuwanderung in ländliche Räume gar als Chance verstanden werden?

Die aktuell hohe Zahl an AsylwerberInnen belebt alte Diskussionen über die positiven und negativen Auswirkungen von Immigration auf das Aufnahmeland erneut. Ganz allgemein verweist Migration auf einen Ausgleich von regionalen ökonomischen Disparitäten und hat Auswirkungen auf alle Aspekte der Wirtschaft. Oft werden Bedenken geäußert, die sich auf eine befürchtete sozialstaatliche Verschlechterung für die lokal ansässige Bevölkerung beziehen wie beispielsweise, ob ImmigrantInnen die verfügbaren Arbeitsplätze streitig machen könnten, ob sie prinzipiell dazu in der Lage seien sich in den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes zu integrieren und darüber hinaus, ob sie sich gar in den Wohlfahrtsstaat hineinschuggeln würden. Auf der anderen Seite war Immigration immer schon ein potenzieller Motor für wirtschaftliche und demographische Entwicklung. In Anbetracht des prognostiziert fortschreitenden Schrumpfungs- und Alterungsprozesses in allen EU-Ländern, ist Immigration zumindest eine kurz- und mittelfristige Strategie, um die Anzahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter konstant zu halten (vgl. Fargues/McCormick 2013: 11). Abgesehen von den allgemein identifizierbaren ökonomischen und demographischen Chancen der Zuwanderung im Kontext ruralen Bevölkerungsrückgangs lassen sich in den Merkmalen strukturschwacher Räume ebenso Herausforderungen identifizieren. Castles und Miller (2009) betonen außerdem, dass internationale Migration in den meisten Fällen die Diversität im Aufnahmeland erhöhe und zu Konflikt führen könne (vgl. ebd.: 15). Empirische Befunde belegen, dass die alltägliche Lebensrealität in solchen Kontexten sowohl von Formen der Ablehnung wie auch der Akzeptanz geprägt sein kann (vgl. Brunner/Jost/Lueger 1994b: 125). Letztlich gibt es unter Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen keine Einigkeit über die Qualität und das Ausmaß und die Auswirkungen.³

³ Studien über die sozioökonomischen Auswirkungen auf das Aufnahmeland beziehen sich auf die internationale Einwanderung im Allgemeinen. Zu Bedenken ist im Folgenden, dass AsylwerberInnen in Österreich für die Zeit, in der sie sich im Asylverfahren befinden, keiner Arbeit nachgehen dürfen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Aspekt sowie die Tatsache, dass der Grund ihrer Zuwanderung nicht wirtschaftlicher Natur war, andere sozioökonomische Auswirkungen auf das Aufnahmeland hervorrufen, als es bei ArbeitsmigrantInnen der Fall

Kultur- und sozialanthropologische Migrationsforschungen können grob in zwei Kategorien geteilt werden: jene, die den Aspekt der Immigration und den Kontext in der Aufnahmegesellschaft beleuchten sowie jene, die den komplexen Migrationsprozess selbst und kontemporäre Migrationsströme untersuchen. Mit einem Fokus auf die Auswirkungen von Immigration auf das sozioökonomische Gefüge der Aufnahmegesellschaft und die Formen ideellen Umgangs der lokalen Bevölkerungen mit den „neuen MitbürgerInnen“ verortet sich die vorliegende Arbeit in der ersten Kategorie.⁴ Im Zentrum steht die Frage, welche Faktoren für ein mehr oder weniger akzeptierendes Verhalten der Lokalbevölkerung ausschlaggebend sind. Vor dem Hintergrund des faktischen Aufeinandertreffens besagter demographischer Entwicklungen und global zunehmender Migrationsbewegungen sind wissenschaftliche Auseinandersetzungen in diesem Forschungsfeld nicht nur aufgrund ihrer wachsenden Aktualität von besonderer Relevanz, sie können zudem in den zunehmend emotional geführten Debatten rund um die Aufnahme von Asylsuchenden als Lieferanten sachlicher Informationen zur Verfügung stehen. Im folgenden Abschnitt soll näher auf die eben angesprochene Fragestellung, deren Operationalisierung und die begleitenden Grundannahmen eingegangen werden.

1.1 Forschungsfrage, grundlegende Annahmen und Herangehensweise

Das zugrundeliegende Forschungsinteresse der vorliegenden kultur- und sozialanthropologischen Arbeit richtet sich auf die gegensätzliche demographische Dynamik von internationaler Zuwanderung und ruralem Bevölkerungsrückgang in Österreich. Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage, welche Faktoren die Akzeptanz vonseiten der lokalen Bevölkerung im Hinblick auf die Aufnahme von AsylwerberInnen in österreichischen Gemeinden des ländlichen Raums beeinflussen. Es ist davon auszugehen, dass sowohl zentrale gemeindeinterne Faktoren bzw. strukturelle, sozioökonomische Aspekte sowie von der lokalen Bevölkerung wahrgenommene und antizipierte sozioökonomische Auswirkungen eine maßgebliche Rolle für die Bedingungen der Akzeptanz spielen (in diesem Sinne führen mit der Immigration assoziierte positive Auswirkungen zu höherer und negative zu geringerer Akzeptanz).⁵ Die Beantwortung der Frage, welche Faktoren die Akzeptanz beeinflussen, verlangt daher sowohl eine Untersuchung der sozioökonomischen Auswirkungen auf das Aufnahmeland als auch eine Auseinandersetzung mit den strukturellen Rahmenbedingungen des ländlichen Raums und dar-

ist. Es bedarf daher weiterer Forschungen über die spezifische Ausgestaltung der Konsequenzen im Hinblick auf die Zuwanderung von Asylsuchenden (vgl. Freeman/Mirilovic 2016; Rosenblum/Tichenor 2012).

⁴ In der Gegenüberstellung von ImmigrantInnen und der bereits im Aufnahmeland lebenden Bevölkerung beziehe ich mich im Folgenden auf jene Personen, die sich zum Zeitpunkt der besagten Immigration bereits innerhalb der Staatsgrenzen befinden und dort ihren Lebens- und Beschäftigungsmittelpunkt verorten.

⁵ Die Annahme, dass jene angesprochenen Faktoren maßgeblichen Einfluss auf das Meinungsbild der Lokalbevölkerung haben, soll der Identifizierung zusätzlicher Determinanten für das mehr oder weniger akzeptierende Verhalten aus dem empirischen Material nicht im Wege stehen.

über hinaus die Berücksichtigung der emischen Perspektive, d. h. der Erklärungsansätze der Lokalbevölkerung.⁶

Im Rahmen einer ethnographischen Feldforschung (im August 2015 sowie im Februar 2016) in Reinschlag⁷, in einer Gemeinde im nördlichen Waldviertel in Niederösterreich, wurde explorativ das Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz⁸ erschlossen, dem sich die aufgenommenen Asylsuchenden ausgesetzt sehen. Die untersuchte Stadtgemeinde, die gemeinsam mit ihren Katastralgemeinden rund 2.400 EinwohnerInnen zählt, ist dem ländlichen Raum Österreichs zuzurechnen und unterscheidet sich hinsichtlich des demographischen Wandels (sinkende Fertilität und Überalterung) nicht maßgeblich von anderen österreichischen ländlichen Regionen. Der für den gesamten Bezirk prognostizierte Bevölkerungsrückgang bis 2050 zählt neben Oberkärnten und der Obersteiermark allerdings zu den höchsten in Österreich (statistik.at 4). Dieses Merkmal war gemeinsam mit der rezenten Unterbringung von AsylwerberInnen im April 2015 für die Auswahl des Feldes ausschlaggebend. Eine Analyse der in teilnehmender Beobachtung sowie 22 qualitativen Interviews erhobenen Daten vermag es, einen Einblick in das gegenwärtige Stimmungsbild innerhalb der lokalen Bevölkerung zu geben und jene Faktoren zu identifizieren, die zu deren Akzeptanz der AsylwerberInnen führen.

Nach der Beschreibung des Forschungsfeldes und der Eingrenzung desselben anhand der Forschungsfrage sowie der Darstellung der methodischen Herangehensweise, soll im nächsten Abschnitt ein Überblick über den aktuellen Forschungskontext erfolgen und darauf hingewiesen werden, an welche thematischen Forschungsansätze die vorliegende Arbeit anknüpfen soll.

1.2 Forschungsdesiderate und Begriffsklärungen

„Anthropologists have always worked across interdisciplinary boundaries, which is why there is so much ‘hyphenated anthropology’.” (Chatty 2014: 77)

In der vorliegenden Arbeit finden drei Schlüsselbegriffe Anwendung - Migration, ländliche Räume und Akzeptanz - die in der Kultur- und Sozialanthropologie für das hier beleuchtete Themenfeld nur begrenzt Konzeptualisierung erfahren haben. In den folgenden Abschnitten soll dargelegt werden, dass die Beschäftigung mit Migration in der Anthropologie erst relativ spät erfolgte, vermehrt lokale

⁶ Inwiefern sich die Unterschiede zwischen der Immigration von Asylsuchenden und der Zuwanderung von ArbeitsmigrantInnen in den generellen Potenzialen und Herausforderungen von Immigration, aber auch bei der Akzeptanz der Lokalbevölkerung bemerkbar machen, bedarf weiterer eingehender Forschung (vgl. Freeman/Mirilovic 2016; Rosenblum/Tichenor 2012).

⁷ Aus Gründen der Anonymisierung wurde der Name der Gemeinde verändert.

⁸ Zur Eingrenzung der in der vorliegenden Arbeit angewandten Konzepte, wurde auf den Begriff der Ablehnung verzichtet und der Fokus ausschließlich auf jene Faktoren gelegt, die einen förderlichen bzw. hemmenden Effekt auf die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung ausüben.

Forschungen umfasst und daher nur am Rande an internationale Migrationsdiskurse anschließt. Darüber hinaus beschäftigt sich die interdisziplinäre Migrationsforschung traditionell mit urbanen Räumen. Der ländliche Raum erfährt erst seit wenigen Jahren verstärkte Aufmerksamkeit – in der Kultur- und Sozialanthropologie, jedoch mit einem Fokus auf andere Themenfelder. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung beschränkt sich vermehrt auf Abwanderung aus ländlichen Räumen, wohingegen internationale Zuwanderung in ebenjene ein rezentes und noch unerforschtes Phänomen darstellt. Akzeptanz hat als Forschungsfeld in die Kultur- und Sozialanthropologie noch nicht Eingang gefunden, stattdessen finden sich Konzeptualisierungen von verwandten Phänomenen wie Belonging, Integration, Othering, Ethnizität, Inklusion und Exklusion. Die drei zentralen Begriffe – Migration, Akzeptanz und ländliche Räume – finden im Alltagsgebrauch und interdisziplinär eine breite und teils diverse Anwendung und sollen für den Zweck einer definitorischen Abgrenzung in den folgenden Kapiteln eingehend diskutiert werden.

1.2.1 Migration, Immigration und Flucht

„Migration is not the exception in human history, but rather more of a constant“ (Chatty 2014: 78)

Das Themenfeld internationaler Migration weist keine offensichtliche disziplinäre Verankerung auf und es existiert damit auch keine spezifisch anthropologische Bibliographie (oxfordbibliographies.com; Horevitz 2009: 746); vielmehr findet sich ein umfangreicher Korpus an interdisziplinärer Literatur, in dem anthropologische Untersuchungen mit anderen relevanten Forschungsfeldern kombiniert werden. Hier soll nur ein Hinweis auf die für die vorliegende Arbeit zentralsten und rezentesten Publikationen gegeben werden, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen. Im Anschluss daran erfolgt eine Definition von Migration, wie sie in dieser Arbeit zur Anwendung kommt.

Stand der Forschung

Die Webseite „Migration Policy Institute“ verschafft, nach Themen und Regionen geordnet, einen ersten Einblick in zahlreiche migrationswissenschaftliche Felder (migrationpolicy.org). Kontemporäre internationale Migration und der Prozess globaler Integration wird in „The Age of Migration“ von Castles und Miller (2009) behandelt, die eine systematische Diskussion spezifischer Themenfelder liefern, Untersuchungen politischer, ökonomischer und kultureller Auswirkungen von Migration vorstellen und historische, kontemporäre sowie mögliche zukünftige Entwicklungen diskutieren. Die Interdisziplinarität des Forschungsfeldes wird in „Migration Theory“ von Brettell und Hollifield (2000) hervorgehoben, die die Einbettung anthropologischer Studien mit einem Fokus auf kulturelle Entwicklungen im breiten Feld der sozialwissenschaftlichen Migrationstheorien anstreben und damit

interdisziplinäre Verknüpfungen zu stärken versuchen. Auch die seit 2012 erscheinende und von Fassmann, Potz und Weiss (2012) herausgegebene Reihe „Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven“, eine Initiative der Forschungsplattform „Migration and Integration Research“ der Universität Wien, verfolgt den Anspruch einer interdisziplinären Integration zentraler Fächer der Migrationsforschung in Österreich. Darin wird ein historischer, theoretischer und methodischer Überblick zu Migration im internationalen Kontext gegeben und eine Überwindung der institutionellen Fragmentierung intendiert.

Die ökonomische Perspektive spielt in einem Großteil der Theorien über internationale Migration eine zentrale Rolle. Wirtschaftswissenschaftliche Konzepte über die Auswirkungen von Migration auf das Aufnahmeland und die Beziehung zwischen internationaler Migration und wirtschaftlicher Entwicklung werden u. a. von Borjas (1995) sowie Kerr und Kerr (2001) behandelt, aber ebenfalls bei Orrenius und Zavodny (2012) in dem von Rosenblum und Tichenor (2012) herausgegebenen Sammelband „The Oxford Handbook of the Politics of International Migration“ betont. Dieser bietet ebenfalls einen generellen Einblick in internationale Migration und kontemporäre Migrationsforschung aus zahlreichen disziplinären Perspektiven. Die Konsequenzen verschiedener Formen von Migration auf die Sozialpolitik reicher Wohlfahrtsstaaten wird auch im aktuell erschienenen und von Freeman und Mirilovic (2016) herausgegebenen interdisziplinären „Handbook on Migration and Social Policy“ erörtert.

Bis zu den späten 1950er-Jahren gab es in der Kultur- und Sozialanthropologie keine spezifische Auseinandersetzung mit dem Thema Migration. Kearney (1986), der einen Einblick in die Entwicklung anthropologischer Migrationsforschungen bis Mitte der 1980er bietet, formuliert dies folgendermaßen: „As such, migration's academic home is in a back room of demography, where it does not receive much attention from anthropologists“ (ebd.: 331). Horevitz (2009) stellt den theoretischen Rahmen vor, in dem sich anthropologische Untersuchungen zu Immigration und Migration verorten und verweist auf die Bedeutung des spezifisch anthropologischen Zugangs. Einen Überblick über die Geschichte der anthropologischen Migrationsforschung und theoretische Zugänge bietet „Anthropologie der Migration“ von Six-Hohenbalken und Tošič (2009) sowie „Über Grenzen verbinden“ von Straszer (2011). Die Beziehung zwischen MigrantInnen und Städten und wie Erstere auf die Umgestaltung Letzterer wirken, wird in Glick Schiller und Çağlar (2011) diskutiert. Ähnliche Auseinandersetzungen für Immigration in ländliche Räume finden sich allerdings nicht (siehe auch Kapitel 1.2.2).

Mit ihrem Fokus auf Menschen in Gruppen und dem fundamentalen Interesse an menschlicher Erfahrung und deren Verhalten leistet die Kultur- und Sozialanthropologie wichtige Beiträge in der Forschung über Flucht- und erzwungene Migration (vgl. Chatty 2014: 80). Im Zentrum des Interesses stehen dabei zumeist die Perspektiven und Erfahrungen jener, die migrieren oder flüchten. Mit ei-

nem Fokus auf Österreich finden sich kultur- und sozialanthropologische Studien zu Flucht und Asyl, in denen der Schwerpunkt häufig auf die Bedingungen der Aufnahme, Unterbringung und Integration von AsylwerberInnen und ImmigrantInnen gelegt wird (u. a. Langthaler 2010; Langthaler/Trauner 2008; Knapp 2010; Binder/Tošič 2002). In der vorliegenden Arbeit nehmen jedoch AsylwerberInnen die nicht näher beleuchtete Rolle internationaler Zureisender ein und der Blick ist auf die Meinungen und Lebenswirklichkeiten der lokalen Bevölkerung in einer Gemeinde des ländlichen Raums Österreichs gerichtet. In diesem Sinne erfolgt in dieser Arbeit der disziplinäre Bezug vermehrt auf ökonomische Theorien über internationale Migration und deren Auswirkungen auf das Aufnahmeland.

Definition

Die Quantität definitorischer Annäherungen an den Begriff „Migration“ ist aufgrund der Interdisziplinarität des Forschungsfeldes naturgemäß hoch und sprengt in einer ausführlichen Erörterung den vorgegebenen Rahmen der Arbeit. Definitionen des Begriffes Migration reichen von einer allgemein gehaltenen Beschreibung der Bewegung von Menschen von einer Lokalität zu einer anderen, hin zur Miteinbeziehung staatlicher Grenzen. So definiert Kearney (1986) Migration als „movement of people through geographic space“ (ebd.: 331), wohingegen Fassmann und Stacher (2003) sich auf den Deutschen Migrationsbericht von 1999 beziehen, wenn sie Migration wie folgt erläutern:

„Migration [wird] als räumliche Bewegung zur Veränderung des Lebensmittelpunktes von Individuen oder Gruppen über eine bedeutsame Entfernung (in unserem Falle über die Außengrenze Österreichs) verstanden. Ein/-e MigrantIn verlagert also seinen/ihren Wohnsitz über die internationalen Grenzen hinweg, siedelt sich im Bundesgebiet an und bleibt dort wohnhaft. Der/die MigrantIn wird mit seiner/ihrer Niederlassung in Österreich ein Bestandteil der Wohnbevölkerung und ist dann auch nicht mehr als MigrantIn zu bezeichnen, sondern als EinwanderIn. In weiterer Folge stellt sich dann natürlich die Frage, nach welcher Aufenthaltszeit die Bezeichnung ‚EinwanderIn‘ obsolet wird.“ (ebd.: 7f).

Die Differenzierung des geographischen Raums in innerstaatliche und internationale Wanderungen ist insofern von Bedeutung, als letztere im Hinblick auf den staatsbürgerschaftlichen Status die migrierende Person als in- oder ausländisch brandmarken (vgl. Mückler 2014: 120). Neben dieser räumlich-politisch-administrativen Unterscheidung können darüber hinaus andere Kriterien zur definitorischen Abgrenzung herangezogen werden wie beispielsweise Dauer, Muster, Umfang, Ursachen, Motive, Auswirkungen etc. Im Folgenden beziehe ich mich auf die von Reinprecht und Weiss (2012) für die Sozialwissenschaften formulierte Definition, nach der „Migration als dauerhafte Ortsveränderung definiert [wird], die mit einer Grenzüberschreitung verbunden sein kann und mit einem Wechsel des sozialen und kulturellen Bezugssystems einhergeht“ (Reinprecht/Weiss 2012: 15). Die Kultur- und Sozialanthropologie nähert sich dem Phänomen hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, über dessen kulturelle und soziale Dimensionen. Horevitz (2009) weist darauf hin, dass in der Anthropologie die Begriffe Migration und Immigration zwar generell durch den Aspekt der Permanenz voneinander

unterschieden werden (d. h. je nachdem, ob die Person permanent in das Aufnahmeland migriert oder sich zwischen Herkunfts- und Zielland/-ländern hin- und herbewegt), aber auch oft synonym Anwendung finden (vgl. ebd.: 748). Für die hier verfolgten Zwecke genügt im Allgemeinen die Rekursion auf das Phänomen selbst, nämlich Migration als einen Prozess der Ortsveränderung und Immigration als Einwanderung in ein Zielland zu verstehen.

Da im Folgenden die Aufnahme von AsylwerberInnen im Zentrum der Analyse steht, soll ein kurzer Hinweis auf die definitorische Unterscheidung zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration erfolgen, die strukturell unterschiedlichen Ursprüngen und Auswirkungen unterliegt. Grob unterteilt kann freiwillige Migration, die vermehrt Motive zur Verbesserung der sozioökonomischen Lebensbedingungen als Wanderungsursachen beinhaltet, von Flucht oder Zwangswanderungen unterschieden werden, die als Auslöser lebens- oder freiheitsgefährdende Repressionen involvieren (vgl. Mückler 2014: 120-122).⁹ „Menschen, die in einem fremden Land Asyl, also Schutz vor Verfolgung, suchen und deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, werden Asylwerber oder Asylsuchende genannt“ (unhcr.at). Mit der Überschreitung internationaler Grenzen und der temporären oder permanenten Verlegung des Lebensmittelpunktes handelt es sich hierbei ebenfalls um Migration oder Immigration im oben erläuterten Sinne (vgl. Fassmann/Stacher 2003: 7f) mit dem Unterschied, dass Flüchtlinge bzw. Asylsuchende nicht jederzeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren können (bmi.gv.at).

Nach einer Annäherung an das breite und interdisziplinär verankerte Feld der Migrations- und Fluchtforschung, sollen im folgenden Kapitel ländliche Räume als Schauplatz für Immigration szenarien diskutiert werden und ein Definitionsversuch ebenjener erfolgen.

1.2.2 Ländliche Räume

„[K]onstruiert als das Andere zur Stadt, assoziiert mit Entwicklungsrückstand oder mit Nostalgie“ (Schmitt/Seiser/Oedl-Wieser 2015: 336).

Der Begriff „ländlicher Raum“ ruft zahlreiche Assoziationen und Klischees (wie beispielsweise vom „Leben auf dem Lande“) hervor, die seiner Vielgestaltigkeit allerdings nicht Rechnung tragen können. Darüber hinaus werden ländliche Räume zumeist mit Abwanderungsszenarien assoziiert – Zuwanderung in ebenjene ist ein relativ rezentes Phänomen und betrifft nach wie vor zum Großteil städtische Räume. Es besteht keine Einigkeit über eine Definition von ländlichen und städtischen Räumen, da Erstere (und auch Letztere) sehr unterschiedliche Regionen gleichermaßen umfassen können. Trotzdem lassen sich Kriterien identifizieren, die auf eine gewisse Komplementarität dieser Räume verwei-

⁹ Zu Flucht als spezieller Form der Migration in der anthropologischen Flüchtlingsforschung siehe Tošić, Kroner und Binder (2009: 110-126).

sen. Bevor diese im Folgenden diskutiert werden sollen, erfolgt eine Einbettung des Forschungsfeldes der Immigration in ländliche Räume.

Stand der Forschung

Der ländliche Raum als Schauplatz für Immigration szenarien rückt erst seit wenigen Jahren ins Zentrum der Aufmerksamkeit (vgl. Jentsch 2007: 7). Im Bereich der Integration von internationalen ImmigrantInnen bzw. Flüchtlingen im ländlichen Raum Österreichs existiert nur wenig aktuelles, empirisches Material (vgl. Gruber 2015; Brunner et al. 1994/1998), allerdings lässt sich auf internationaler Ebene ein steigendes Interesse für die Konsequenzen und Potenziale der Immigration in ländliche Räume ausmachen (vgl. Hugo/Morén-Alegret 2008; Kreichauf 2012; Nadler et al. 2010; Guchteneire/Koenig/Jentsch 2007; Golebiowska et al. 2016; Nuissl/Schmiz 2012; Ishii 2013; Pollermann 2016; Carr/Lichter/Kefalas 2012; Goldenberg/Sackmann 2014). Darüber hinaus werden im europäischen Raum momentan mehrere Projekte an Hochschulen und Forschungsinstituten durchgeführt, die ebenjenes Phänomen durchleuchten. Am Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig werden im Projekt „Arrival Regions“ (ifl-leipzig.de) die Erfolgsfaktoren und Barrieren für die soziale und ökonomische Integration internationaler MigrantInnen in ländlichen Räumen untersucht. An der Universität in Oslo und Akershus für angewandte Wissenschaft, in Zusammenarbeit mit der Aalborg Universität in Kopenhagen und der Universität in Stockholm, endet im Dezember 2017 ein fast sechsjähriges Projekt über „Die multiethnische rurale Gemeinde: Exklusion oder Inklusion von ImmigrantInnen?“, in dem die Auswirkungen der internationalen Einwanderung in verschiedenen Gemeinden Norwegens erhoben werden (hioa.no). In Braunschweig, am Johann Heinrich von Thünen-Institut, wurde im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe zum Thema „Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen“ gegründet, in der der Fokus auf die Bleibeperspektiven von Asylsuchenden in ländlichen Räumen gelegt wird (thuenen.de).

Die Auseinandersetzung mit den im ländlichen Raum besonderen strukturellen Bedingungen findet sich v. a. im Bereich der ländlichen Soziologie, der Raumplanung sowie in human- und regionalgeographischen Ansätzen (u. a. Machold/Dax/Strahl 2013; Giffinger/Kramar 2008, 2012; Carson et al. 2011; Gans 2005; Jentsch/Simard 2009), in denen eine Konzeptualisierung der Begriffe Schrumpfung, Abgelegenheit und Peripherie vorgenommen wird (siehe dazu Kapitel 2.2). In der Kultur- und Sozialanthropologie wird das Konzept der Abgelegenheit von seiner geographischen Verankerung gelöst, als relativistisches, soziales Konstrukt und als Teil einer imaginären Welt verstanden. Ardener ([1987] 2012) argumentiert, dass „remoteness“¹⁰ der Darstellung von einem äußeren Standpunkt entspricht, der nicht mit der emischen Perspektive übereinstimmen muss. Nicht alle geographischen Peripherien

¹⁰ Im Folgenden verwende ich den Begriff „remoteness“ und seine deutsche Übersetzung „Abgeschiedenheit“ bzw. „Abgelegenheit“ synonym.

seien in diesem Zustand und jener beschränke sich nicht auf geographische Peripherien (vgl. ebd.: 526-532). Harms et al. (2014) greifen Ardeners Konzept auf und beschreiben Abgelegenheit als relationale Kategorie, als soziologisches Konzept relativer Familiarität, als Form des Seins, der sozialen Praxis und der Gemütsverfassung. Das Abgelegene kann hier entfernt und benachbart, real oder imaginiert, materiell oder symbolisch und in jeder anthropologischen Untersuchung präsent sein (vgl. ebd.: 362ff). Da in der vorliegenden Arbeit jedoch die räumliche Eigenschaft der „remoteness“ von ländlich, peripheren Räumen sowie deren sozioökonomische Charakteristika im Vordergrund stehen, wird für die Untersuchung der strukturellen Rahmenbedingungen der hier untersuchten Gemeinde vermehrt auf human- und regionalgeographische Ansätze recurriert. Was unter dem ländlichen Raum verstanden werden kann und im Folgenden verstanden werden soll, ist Inhalt des nächsten Abschnittes.

Definition

Das Gegensatzpaar „Stadt-Land“ erodiert jedoch seit mehreren Jahrzehnten und stellt die Gültigkeit bisher angewendeter Abgrenzungskriterien in Frage. Herkömmliche Beschreibungen beruhen oft auf einer – über Jahrhunderte hinweg sehr wohl gültigen – Dichotomie von Land und Stadt, in der der ländliche Raum als homogener Raumtyp mit landwirtschaftlicher Prägung, Strukturschwäche und Rückständigkeit in Verbindung gebracht wird. Charakteristisch seien dörfliche oder zuweilen kleinstädtische Siedlungsstrukturen, eine geringe Bevölkerungsdichte und die überwiegende Beschäftigung der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft. Mose (2005) argumentiert, dass solche generalisierenden, induktiven Raumbeschreibungen nur ein unzureichendes Bild beschreiben und kaum der Realität entsprechen (vgl. ebd.: 575). Seit den 1960er-Jahren hätten weitreichende Veränderungen jene Zuschreibungen gegenstandslos gemacht. Einflussnehmende Faktoren wären, neben der Industrialisierung der Landwirtschaft, auch die Entwicklung nicht-landwirtschaftlicher Erwerbsalternativen, der demographische Wandel, die Infrastrukturausstattung sowie Freizeit- und Erholungsfunktionen (vgl. ebd.: 574f). In den 1970ern erlebte der ländliche Raum einen Bedeutungsverlust und fungierte hauptsächlich als Pufferfunktion für Engpässe in den Zentren. Das rasche Wachstum in größeren Städten und deren Ausweitung in ihr Umland bzw. die funktionsräumliche Arbeitsteilung zwischen Zentrum und ehemals ländlich geprägten Umlandgemeinden führten zu einer Instrumentalisierung und zunehmenden Verstädterung ehemaliger Landgemeinden. Die 1980er brachten eine gestiegene Aufmerksamkeit für weiche Standortfaktoren (wie beispielsweise die regionale Lebensqualität) und in Folge Maßnahmen, um jene zu fördern und zu stärken. Aus dem Gegensatz von Stadt und Land entstand in den letzten Jahrzehnten ein Kontinuum, das komplementäre Raumtypen mit sowohl städtischen als auch ländlichen Charakteristika und diversen Funktionen beinhaltet (vgl. Weber

2010: 2). Mose (2005) plädiert daher dafür, den Begriff sinnvollerweise im Plural anzuwenden, da ländliche Räume heute keineswegs mehr eine einheitliche Kategorie bilden (vgl. ebd.: 573).

Ein gerne verwendetes Abgrenzungskriterium ist allen voran die Dichteindikation. So beruht die Definition der OECD (Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Kooperation) auf der Differenzierung von drei Typen auf NUTS-3-Ebene¹¹ mittels eines einzigen Parameters, der Bevölkerungsdichte. Danach werden „überwiegend städtische“ von „integrierten“ und „überwiegend ländlichen“ Regionen¹² unterschieden (oecd.org). Vorteil dieser Typologie sei, dass der Hauptindikator der Bevölkerungsdichte leicht ermittelt werden kann und daher internationale Vergleiche vereinfacht werden. Diese Zuteilung ermöglicht allerdings kein getreues Abbild der Heterogenität ländlicher Räume in Bezug auf positive wie negative ökonomische und demographische Dynamiken (Infrastruktur, Abwanderung etc.) (vgl. Sinabell 2006: 13f).

Die Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria dient dazu, den ländlichen und städtischen Raum auf nationaler Ebene anhand von strukturellen (Bevölkerung, Wirtschaft) sowie funktionalen Merkmalen zu untergliedern (statistik.at 6). Zahlreiche Merkmale wie die Bevölkerungsdichte, infrastrukturelle Einrichtungen, PendlerInnenverflechtungen, Erreichbarkeit von Zentren etc. helfen zur Untergliederung von vier Hauptklassen (Urbane Zentren, Regionale Zentren, Ländlicher Raum im Umland von Zentren, Ländlicher Raum), die daraufhin anhand der EinwohnerInnenzahl und Erreichbarkeit durch den motorisierten Individualverkehr noch einmal als zentral, intermediär oder peripher in insgesamt elf Klassen unterteilt werden (statistik.at 7).¹³

Es können allerdings auch Indikatoren zur Agrarstruktur, Wirtschaftsstruktur und -dynamik oder anderen landschaftlichen Gegebenheiten für Definitionsversuche herangezogen werden. Laut ÖROK (Österreichische Raumordnungskonferenz) ist der ländliche Raum durch seine vielfältige Strukturierung zwischen Stadtumland und Peripherie weder mit landwirtschaftlich genutzten Räumen gleichzusetzen noch als residualer Ergänzungsraum der Städte zu begreifen. Vielmehr ist er als Grundlage der Lebensqualität des Gemeinwesens sowie als Ressourcentank der Bevölkerung zu verstehen und daher seien, neben der geringen Bevölkerungsdichte, Indikatoren zu spezifischen sozioökonomischen Strukturen und Lebensweisen zu berücksichtigen. Im Österreichischen Raumentwicklungskonzept

¹¹ Die NUTS-Nomenklatur der EU ist hierarchisch gegliedert. Am Beispiel Österreichs wäre NUTS-0 (Österreich), NUTS-1 (Nord-, Ost-, Süd-, Westösterreich), NUTS-2 (neun Bundesländer), NUTS-3 (35 Teilräume davon – entsprechen aber nicht den politischen Bezirken).

¹² Die Schwellenwerte für jene drei Typen setzen sich wie folgt zusammen: Weniger als 15, zwischen 15 und 50 bzw. über 50 Prozent der EinwohnerInnen leben in ländlichen Gemeinden.

¹³ Für die Ermittlung des ländlichen Raums werden jene Gemeinden, die die Kriterien des „Urbanen Zentrums“, des „Regionalen Zentrums“ und des „Ländlichen Raums im Umland von Zentren“ nicht erfüllen, auf ihre Erreichbarkeit eines städtischen Kernraums durch den motorisierten Individualverkehr geprüft. Liegt diese unter 30 Minuten, handelt es sich um einen zentralen ländlichen Raum. Ist ein Regionales Zentrum oder ein ausländischer städtischer Kernraum innerhalb von 20 Minuten erreichbar, gilt die Gemeinde als intermediär ländlich und wenn beides nicht zutrifft, handelt es sich um einen peripheren ländlichen Raum (statistik.at 6).

2001 wird zwischen Suburbanisierungsräumen, zentrumsnahen bzw. zentrumsfernen oder funktionalisierten¹⁴ ländlichen Räumen unterschieden (vgl. ÖROK 2002: 130ff). Der Österreichische Gemeindebund (ÖGB) bedient sich eines problemorientierten Ansatzes und verwendet den Begriff „ländlicher Raum“ für all jene Gebiete, die außerhalb von Ballungsräumen liegen. In diesem Sinne stehen nicht nur charakteristische sozioökonomische Strukturen im Fokus, wie z. B. die land- und forstwirtschaftliche Flächennutzung oder die kleinräumige Struktur der Siedlungen, sondern ebenso gemeinsame Merkmale struktureller Benachteiligung, wie z. B. die geringe Siedlungs- und Bevölkerungsdichte oder geographische Ablegenheit (vgl. ÖGB 2006: 8).

Wenn im Folgenden auf den ländlichen Raum bzw. ländliche Räume verwiesen wird, geschieht dies, wenn nicht anders vermerkt, unter Bezug auf die Typologie der Statistik Austria. Nach Klärung der Begriffe Migration und ländliche Räume, bedarf es schließlich einer Definition von Akzeptanz, die im nächsten Kapitel erfolgen soll.

1.2.3 Akzeptanz und verwandte Konzepte

“In other words, ethnic distinctions do not depend on an absence of social interaction and acceptance” (Barth 1969: 10)

Der Begriff der Akzeptanz findet im Alltagsgebrauch und in zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen Anwendung, nicht Fuß gefasst hat er jedoch in der kultur- und sozialanthropologischen Theoriebildung. In den folgenden Abschnitten erfolgt der Verweis auf verwandte, in der Anthropologie angewandte Konzepte, die sich im Zusammenhang mit Migrations- und Flüchtlingsforschung größerer Beliebtheit erfreuen. Das Kapitel schließt mit einem Definitionsversuch der Akzeptanz.

Stand der Forschung

In der Kultur- und Sozialanthropologie dominieren in der Auseinandersetzung mit Migration und Flucht Konzepte, die beschreiben, wie Zugehörigkeit zu Gruppen geschaffen wird, Identität und soziale Netzwerke erzeugt werden, Grenzen zu anderen Gruppen gezogen werden und Integration und Assimilation vonstattengeht:

„Anthropology has given the growing field of forced migration studies its core conceptual binaries such as: [...] belonging and identity, social networks and capital; ethnicity and nationalism; [...] integration and assimilation.“(Chatty 2014: 80)

Die Akzeptanz von Zugereisten steht dabei weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit, als vielmehr die Perspektive der migrierten Personen selbst und deren Relation zu Gruppen und Personen im Aufnahmeland wie auch im Herkunftsland. Vor allem die Konzeptualisierung von Ethnizität ist für die

¹⁴ Funktionalisierte ländliche Räume umfassen Räume intensiver touristischer Nutzung, Räume mit günstigen Produktionsbedingungen oder industriellem Wachstumspotenzial (vgl. ÖROK 2002).

kultur- und sozialanthropologische Migrationsforschung von Bedeutung und umfasst im weitesten Sinne die Auseinandersetzung mit verwandten Konzepten wie Belonging und Othering, Inklusion und Exklusion, Identität und Assimilation, Transnationalität und kulturellen Essenzialismus (vgl. Tošić 2012; Strasser 2011). Oft wird mit Ethnizität ein Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beschrieben, das auf geteilte Ideen über eine gemeinsame Geschichte, Sprache, Erfahrung, Religion und Kultur zurückgeführt wird (vgl. Chatty 2014: 79). In seiner berühmten Einleitung argumentiert Barth (1969), dass Ethnizität nicht der „cultural stuff“ (ebd.: 11), sondern sozial konstruiert und eine Form sozialer Organisation sei, die sich in der Anerkennung der Differenz zu benachbarten Gruppen ergebe. Die Grenzlinien zwischen ethnischen Gruppen entstünden in der Interaktion, in der Kriterien geschaffen werden, die die Mitgliedschaft determinieren oder Exklusion signalisieren (vgl. ebd.: 15). Ethnizität kann auch als Element der Wahrnehmung verstanden werden, das sich auf das subjektive, symbolische „Wir“ einer Gruppe von Personen bezieht, um sich von anderen Gruppen zu differenzieren (vgl. Vermelen/Govers 1994: 3f). Andere AnthropologInnen leiten Ethnizität wiederum von instrumentellen Bedürfnissen ab und argumentieren, dass Erstere sich im Wettbewerb um gesellschaftliche Ressourcen manifestiere (vgl. Schuberth 2015: 115, 125f).

Wenn auch in der vorliegenden Arbeit im Kapitel 5.7.1 auf das autochthone Wir-Gefühl in Abgrenzung zu den neu hinzukommenden Personen verwiesen wird, das sich in der exkludierenden Zuschreibung des Zugereistseins ausdrückt, so wird jedoch der Fokus nicht auf jene Kriterien und differenzierenden Kategorien gelegt – seien sie nun kultureller, sozialer, symbolischer oder instrumenteller Natur – die auf eine Grenzziehung zwischen Gruppen verweisen. Vielmehr soll der Schwerpunkt auf jene Faktoren gelegt werden, die dazu führen, dass Grenzziehungen an Bedeutung verlieren. Das Ziel ist die Identifikation jener Kriterien, die von der bereits im Aufnahmeland befindlichen Bevölkerung wahrgenommen und bewertet werden und einen Einfluss auf deren Akzeptanz gegenüber jenen erst rezent zugereisten Personen ausüben. Im folgenden Abschnitt soll daher näher beleuchtet werden, was im Folgenden unter dem Begriff der Akzeptanz verstanden werden soll.

Definition

Zahlreiche wissenschaftliche Disziplinen setzen sich mit dem Begriff der Akzeptanz auseinander. In der philosophischen Konzeptualisierung wird das Phänomen der Toleranz als lineare Überbrückung zwischen den an entgegengesetzten Polen liegenden Ausprägungen der Akzeptanz und Ablehnung verortet. So beinhaltet Toleranz, bis zur Überschreitung der Toleranzgrenze, akzeptierende und ablehnende Komponenten und paradoxerweise können Objekte und Subjekte nach dieser Definition nur ausgehend von einem generellen Zustand der Ablehnung toleriert werden. Damit wird also toleriert, was explizit abgelehnt wird (vgl. Forst 2003: 12f; Friedrichs 2014: 127). In den Sozialwissenschaften finden die Termini oft in Untersuchungen zu kultureller Diversität, Minderheitenforschung

oder Kontakten in sozialen Substrukturen Verwendung und oft erfolgt eine Annäherung an den Begriff unter Berufung auf die philosophische Definition (vgl. Dollase 2006; Rapp 2014). In der Sozialpsychologie kann im Zusammenhang mit der hier behandelten Thematik besonders auf die Heidelberger-Akzeptanzskala verwiesen werden, die als Forschungsinstrument zur Messung von Akzeptanz und Zurückweisung von MigrantInnen entwickelt wurde (vgl. Weimer et al. 1996).

Die soziologische Konzeptualisierung des Begriffs beruht auf einem methodologisch subjektiven Ansatz im Sinne der Erfassung subjektiver Einstellungen mit dem Ziel, einen möglichst großen Konsens in der Bevölkerung zu suchen. Akzeptanz, als befürwortende und zustimmende Haltung, wird als Steigerung der Toleranz definiert und ist nach Endruweit (2014) die „Eigenschaft einer Innovation [jede Neuheit gegenüber dem Bestehenden; Anm. VR], bei ihrer Einführung positive Reaktionen der davon Betroffenen zu erreichen“ (ebd.: 15). Nach Lucke (1995) kann Akzeptanz als Chance definiert werden, „für bestimmte Meinungen, Maßnahmen, Vorschläge und Entscheidungen bei einer identifizierbaren Personengruppe ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung zu finden und unter angebbaren Bedingungen aussichtsreich auf deren Einverständnis rechnen zu können“ (ebd.: 104). In dieser Arbeit soll Akzeptanz auf Grundlage der soziologischen Definition als explizite oder implizite Zustimmung einer Person oder Personengruppe verstanden werden, die sich aus der Wahrnehmung und positiven Bewertung einer Neuerung, in diesem Fall der internationalen Immigration, ergibt.

1.2.4 Was kann die Kultur- und Sozialanthropologie beitragen?

Wenn hier der Blick auf die Meinungen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung einer ländlichen Gemeinde in Österreich statt auf die Erfahrung der AsylwerberInnen gerichtet ist, so ist dies aus einer kultur- und sozialanthropologischen Perspektive ungewöhnlich. Wurde doch traditionell das Andere erforscht, um das Eigene besser zu verstehen. Kultur- und SozialanthropologInnen vereint die Faszination für das Entfernte und Abgelegene – hier mit Ardener ([1987] 2012) nicht im Sinne der geographischen Distanz, sondern hinsichtlich der relativen Familiarität: „There is clearly something in the idea that distance lends enhancement, if not enchantment, to the anthropological vision.“ (ebd.: 519). So wurde auch in der Migrations- und Fluchtforschung vermehrt die Perspektive jener untersucht, die migrieren, flüchten, sich integrieren oder nicht integrieren, Netzwerke schaffen und nützen, ethnische Gemeinschaften und transnationale Räume etablieren, Heimat und Heimatländer erfinden, imaginieren und idealisieren, kurz: „[T]he primacy of the vision of anthropology has been the perspective and the voice of the forced migrant“ (Chatty 2014:80).

Der Blick ist in der vorliegenden Arbeit also auf das Nahe und nicht auf das Ferne gerichtet. Darüber hinaus wurde in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt, dass die Schlüsselbegriffe beziehungsweise Forschungsfelder Migration, ländliche Räume und Akzeptanz entweder stark interdisziplinär aus-

gerichtet sind oder vermehrt von benachbarten Disziplinen dominiert werden. Was kann die Anthropologie also zu einem Themenfeld beitragen, das primär von anderen umrissen wird? Zunächst einmal stellt die interdisziplinäre Ausrichtung der Kultur- und Sozialanthropologie in der Migrationsforschung keine Ausnahme dar. Die anthropologische Perspektive ergibt sich einerseits aus der holistischen Betrachtung des Forschungsgegenstandes und andererseits aus dem angewendeten methodischen Instrumentarium. Die holistische Betrachtung zielt auf die Berücksichtigung des gesamtgesellschaftlichen Umfelds und die Zusammenführung der interdisziplinären Ansätze ab (oxfordbibliographies.com). Die Auseinandersetzung mit ländlichen Räumen erlaubt das Feld der strukturellen Rahmenbedingungen zu durchleuchten, in dem mit dem Prozess der Migration eine Veränderung stattfindet und das soziale Phänomen der Akzeptanz als Reaktion beobachtet oder nicht beobachtet werden kann. Schließlich ist das methodische Instrumentarium der Kultur- und Sozialanthropologie mit seiner zentralen, identitätsstiftenden Methode der teilnehmenden Beobachtung dazu geeignet, Aufschluss über die Meinungen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung vor Ort zu erhalten. Der spezifisch anthropologische Zugang – die Untersuchung sozialer Interaktionen und kultureller Aspekte auf lokaler Ebene – bezweckt dabei aber nicht allein die Erfassung eines Einzelfalls. In seinem Tiefgang erlaubt er es darüber hinaus gleichsam in die Breite zu gehen und damit allgemeine Schlussfolgerungen auf strukturelle Zusammenhänge zu ziehen, die auch in anderen, vergleichbaren Gemeinden bestehen können. Diese Mikroanalyse auf Gemeindeebene soll als Teil der kritischen Migrationsforschung die Identifizierung von akzeptanzfördernden Faktoren ermöglichen, was im Hinblick auf die aktuellen Migrationsdynamiken und zukünftige Integrationsfragen von großer Relevanz ist.

1.3 Kapitelüberblick

Im ersten Kapitel fand eine Kontextualisierung der Arbeit in diesem interdisziplinären Forschungsfeld statt und es wurde für die Forschungsrelevanz derselben argumentiert. Neben einer Literatur- und Quellenkritik und dem Aufzeigen relevanter Forschungslücken erfolgte zudem eine Begriffsklärung der für die Arbeit relevanten Termini. Das zweite Kapitel gliedert sich in fünf Abschnitte. So soll zunächst eine Schilderung des demographischen Wandels in Europa und dessen ländlichen Regionen stattfinden, bevor eingehend die Charakteristika ländlicher Räume erörtert werden. Dabei soll auf die Faktoren der Abgeschiedenheit, Schrumpfung und Entwicklungsfähigkeit ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden und daran anschließend eine Beschreibung der regionalen Siedlungsentwicklung in Österreich erfolgen. Daraufhin wird eine Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auswirkungen von Immigration unternommen, wie sie sich im Aufnahmeland ereignen. Der theoretische Teil schließt mit einer Erörterung des jungen Phänomens der Migration in ländliche Räume. Das dritte Kapitel umfasst eine Darstellung der verwendeten Methoden der Datenerhebung und -analyse

samt einer Reflexion über den Forschungsprozess. Das vierte Kapitel dient der Darlegung der strukturellen Rahmenbedingungen, die den Kontext für die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in Kapitel 5 darstellen. Neben einer Beschreibung der Charakteristika der GesprächspartnerInnen erfolgt eine Zuordnung der identifizierten akzeptanzförderlichen und akzeptanzhinderlichen Faktoren zu den drei Ebenen des analytischen Gerüsts (Strukturen, Beziehungen, Wahrnehmung). Abschließend soll im sechsten Kapitel eine Diskussion der Ergebnisse stattfinden und ein Ausblick gegeben werden.

2 Theoretischer Rahmen

In diesem Kapitel soll ein Überblick gegeben werden, mit welchen sozioökonomischen und demographischen Dynamiken und Entwicklungen ländliche Räume konfrontiert sein können. Jene theoretischen Überlegungen sollen im größeren Kontext des demographischen Wandels in Europa dargestellt werden. Divergente Prozesse des Wachstums und der Schrumpfung sowie verstärkende Faktoren wie Abgelegenheit und Peripherie sollen im Folgenden näher beleuchtet und abschließend unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit, Lebens- und Entwicklungsfähigkeit diskutiert werden. Daraufhin soll eine theoretische Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auswirkungen von Immigration auf das Aufnahmeland erfolgen, wobei besonders die Auswirkungen auf Einkommen und Arbeitsmarkt, auf Regierungseinnahmen und -ausgaben sowie auf das Wirtschaftswachstum betrachtet werden sollen. Nach einem Überblick über die regionale Siedlungsentwicklung in Österreich wird abschließend das Phänomen der Migration in ländliche Räume näher beleuchtet und ein Einblick in die noch junge wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Gebiet gegeben.

2.1 Demographischer Wandel in Europa und seinen ländlichen Regionen

Bis zu den 1970ern wurde davon ausgegangen, dass Wachstum die Norm sei und Schrumpfung vorübergehend und in Krisenzeiten auftrete (vgl. Birg 1999: 110). Nichtsdestotrotz ist der demographische Wandel in den Ländern der Europäischen Union nach einem starken Wachstum von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu den Anfängen des 20. Jahrhunderts seit vielen Jahrzehnten mit sinkenden Geburtenraten und einer Überalterung der Bevölkerung gekennzeichnet (vgl. Bauer et al. 2012: 22). Im Folgenden soll auf die Ursachen, Ausmaße und Folgen dieser beiden demographischen Dynamiken in Europa eingegangen werden.

Neben dem Ansteigen der Lebenserwartung und damit einer wachsenden Zahl älterer Menschen kommt es aufgrund der unter dem Reproduktionsniveau liegenden Fertilität zu einer Reduktion der jüngeren Jahrgänge (vgl. Birg 1999: 124). Wenn die Bevölkerung demographisch relevantes Verhalten verändert, führt dies erst kumuliert über mehrere Jahrzehnte zu einer Modifikation der Altersstruk-

tur der Bevölkerungspyramide. Mit dem Begriff „Trägheit“ soll zum Ausdruck gebracht werden, „dass ein einmal in Gang gekommener Wachstumsprozess ebenso wie ein Schrumpfungsprozess kurzfristig nicht gestoppt oder gar umgekehrt werden kann“ (ebd.: 111). Das bedeutet, dass die Bevölkerung bei einer Geburtenzahl pro Frau unter dem demographischen Ersatzniveau¹⁵ und ohne Berücksichtigung von Immigration abnehmen muss, da die Zahl potenzieller Eltern durch vorhergehendes Fortpflanzungsverhalten bereits stark gesunken ist (vgl. ebd.).

Fargues und McCormick (2013) untersuchen den Bevölkerungsrückgang und den Überalterungsprozess in 27 EU-Staaten und prognostizieren, dass in allen untersuchten Staaten die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis 2025 im Vergleich zu 2010 signifikant fallen wird (vgl. ebd.: 2).¹⁶ In einer weiteren Studie zeichnet Fargues (2011) ein Szenario von 2010 bis 2050, in welchem die EU ohne Immigration und ohne weitere EU-Erweiterung 84 Millionen EinwohnerInnen im erwerbsfähigen Alter verlieren werde, was einer relativen Veränderung von minus 27 Prozent entspräche (vgl. ebd.: 8).¹⁷ Diesem Bevölkerungsrückgang steht spiegelbildlich ein globales Wachstum mit einer prognostizierten relativen Veränderung von plus 34 Prozent gegenüber, wodurch sich der rein demographisch bedingte Einwanderungsdruck (unter Außerachtlassung anderer Migrationsursachen; Anm. VR) signifikant erhöhen würde (vgl. Birg 1999: 112).

Der demographische Wandel in Europa, gekennzeichnet durch sinkende Fertilität und Überalterung, bringt beträchtliche Herausforderungen mit sich. So argumentiert Fargues (2011), dass durch das schwindende relative Gewicht Europas an der Weltbevölkerung wirtschaftliche Ziele mit sinkenden Arbeitskräften unerreichbar werden und darüber hinaus Europas Generationenvertrag durch das Anwachsen der älteren und das Sinken der erwerbsfähigen Bevölkerung unter Druck gerate (vgl. ebd.: 2f). Auch Birg (1999) weist darauf hin, dass der, durch die demographische Alterung ausgelöste Kostenanstieg des zumeist kollektiv organisierten sozialen Sicherungssystems, auch die anteiligen Lohnstückkosten des Standorts in die Höhe treiben würde, womit die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Konkurrenzkampf auf dem Spiel stehe (vgl. ebd.: 124). Darüber hinaus sehen sich Raumordnungs- und Regionalpolitik einem doppelten Anpassungsdruck in Bezug auf soziale und technische Infrastruktur ausgesetzt, da nicht nur der Rückbau aufgrund der gesunkenen Zahl der NutzerInnen, sondern auch der Umbau im Hinblick auf die demographische Alterung vonnöten sei (vgl. Bauer et al. 2012: 20). Der Umgang mit Fragen, wie überflüssige Kapazitäten, leer-

¹⁵ Das demographische Ersatzniveau liegt bei 2,1 Kindern pro Frau (vgl. Gans 2005: 1005). Im Jahr 2013 lag die Fertilitätsrate bei 1,55 Kindern pro Frau (eurostat.eu).

¹⁶ Siehe dazu beispielsweise auch den aktuellen Beitrag von *The Economist* „East Germany’s population is shrinking“, in dem auf die rasant schrumpfende Bevölkerung Ostdeutschlands und generell Europas verwiesen wird (economist.com).

¹⁷ Ein Jahrzehnt davor errechnet Birg (1999) bei einer Fertilitätsrate von 1,46 Kindern pro Frau (1993) für den Zeitraum 1992-2050 eine Schrumpfung der europäischen Bevölkerung um 63 Millionen (von 369 Millionen auf 306 Millionen) (vgl. ebd.: 112).

stehender Wohnraum, ungenutzte Werbeflächen, überdimensionierte technische und soziale Infrastrukturen alternativ genutzt oder umstrukturiert werden können und darüber hinaus, wie eine Grundversorgung an Gütern des täglichen Bedarfs aufrechterhalten werden kann, ist ungewohnt und erfordert innovative Lösungen (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 24f).¹⁸

Neben den hier beschriebenen Trends des demographischen Wandels lassen sich bei der regionalen Siedlungsentwicklung innerhalb Europas stark vereinfacht zwei konträre Szenarien zeichnen: einerseits das Wachstum in größeren Städten, in denen sich der Alterungsprozess migrationsbedingt verzögert; andererseits die Schrumpfung in zentrumsfernen Regionen und das dortige Ansteigen des Durchschnittsalters (vgl. ebd.: 22). Demographischer Wandel ist zugleich Ursache und Resultat sozioökonomischer Veränderungen und im folgenden Kapitel soll auf die beiden Szenarien der Schrumpfung und des Wachstums näher eingegangen werden und eine Begriffsklärung erfolgen.

2.2 Charakteristika ländlicher Räume

In den folgenden Abschnitten erfolgt eine theoretische Annäherung an spezifische Charakteristika ländlicher Räume. So soll ein besonderer Schwerpunkt auf jene Dynamiken gesetzt werden, die für strukturschwache Räume von Bedeutung sein können. Die Begriffe Schrumpfung, Wachstum, Abgelegenheit und Peripherie werden mittels polarisationstheoretischer Modelle erläutert und im Kontext der Fragen nach Nachhaltigkeit und Entwicklungsfähigkeit ländlicher Räume diskutiert.

2.2.1 Schrumpfung und Wachstum

Polarisationstheoretische Modelle erklären die Ursachen regionaler Disparitäten mit den komplementären und bipolaren Prozessen der Konzentration und Erosion von produktionsrelevanten Faktoren bzw. des Wachstums und der Schrumpfung. Der Begriff Schrumpfung beschreibt einen mehrdimensionalen, räumlichen und sozioökonomischen Prozess, der die Erschöpfung von regionaler Bevölkerung und Arbeitsplätzen, den Rückgang von Infrastrukturangebot, Kaufkraft und regionalem Entwicklungspotenzial (Human- und Sachkapital) beschreibt. Die Stadt- und Regionalforscher Giffinger und Kramar (2008) wenden den aus der Geologie und Geomorphologie stammenden Begriff der Erosion an, um diesen

„räumlichen Prozess [zu beschreiben], durch den Akteure (Wohnbevölkerung, Betriebe, Arbeitsbevölkerung, Investoren, Verwaltung, [...] sowie soziale und wirtschaftliche Aktivitäten verloren gehen, wie dies etwa bei der Abwanderung von Einwohnern oder Arbeitskräften oder dem Abfluss von Kapital oder Kaufkraft der Fall ist. Erosion bezeichnet daher den Abfluss bestimmter Elemente aus einer Regi-

¹⁸ Da Wirtschaft und Gesellschaft auf Wachstum ausgerichtet sind, stellt ein geforderter Ausbau und die Erweiterung bestehender baulicher, infrastruktureller und institutioneller Kapazitäten ein gewohntes Szenario und damit eine vergleichsweise kleinere sozialpolitische Herausforderung dar (vgl. ebd.: 24; Bauer et al. 2012: 23).

on, der Schrumpfungsprozesse in Gang bringt, beschleunigt und akzentuiert.“
(ebd.: 11)

Es handle sich dabei um einen kumulativen Prozess von sich gegenseitig verstärkenden, rückläufigen oder negativen Entwicklungen auf mehreren Ebenen über einen längeren Zeitraum hinweg (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 11).¹⁹ Gans (2005) erklärt regionale Schrumpfungsprozesse ebenfalls als kumulativen Prozess, in dem es durch soziodemographischen Wandel zu sinkenden Fertilitätsraten komme und damit zu Bevölkerungsverlust und Überalterung der Bevölkerung. Dadurch entstünden Nachfrageeinbrüche in verschiedenen Wirtschaftssektoren, die ein sinkendes Angebot von privaten und öffentlichen Dienstleistungen, leerstehende Wohnungen und damit einen Wertverlust bei Immobilien induzieren. All jene Phänomene bewirken insgesamt einen Attraktivitätsverlust der Region und lösen die selektive Abwanderung von mobilen BewohnerInnen und Unternehmen aus (vgl. ebd.: 1004ff). Giffinger und Kramar (2008) argumentieren darüber hinaus, dass die Abwanderung von Arbeitskräften einen Verlust von Wissen für produktive Aktivitäten hervorrufe und dass der Abfluss von Kapital nicht die Ursache, sondern die Folge von Erosionsprozessen darstelle, die aufgrund unzureichender Infrastrukturinvestitionen der Gebietskörperschaften zum Ausgleich von Disparitäten entstünden (vgl. ebd.: 13).

Polarisationstheoretische Ansätze, Wachstumspolkonzepte und Zentrum-Peripherie-Modelle erklären die Ursachen regionaler Ungleichheiten und Disparitäten als einen sich wechselseitig bedingenden komplementären und bipolaren Prozess der Schrumpfung und des Wachstums mit Tendenz zu kumulierender Selbstverstärkung (vgl. ebd.: 64f). Die Gleichzeitigkeit von Agglomeration und Schrumpfung der produktionsrelevanten Faktoren (Arbeit und Kapital) in Zentren und zentrumsfernen Räumen sowie die globalisierungsbedingte zunehmende Mobilität jener Faktoren forcieren jene kumulativen Prozesse der Konzentration und Erosion²⁰. Zentrum-Peripherie-Modelle beschreiben im Wesentlichen die Beziehung zwischen einem Metropolzentrum und einer weniger entwickelten Peripherie als sozial und ökonomisch interdependent und versuchen damit – ursprünglich nationenübergreifend, später auch innerhalb von Nationalstaaten – komplementäre Ungleichheiten und Disparitäten zu erklären. Die Entwicklung einer Region nehme demnach in fast direkter, auf räumlicher Distanz beruhender Funktion von einer Höchstleistung im Zentrum zu einer Minimalleistung in den peripheren Räumen ab, d. h., zugängliche Räume entwickeln sich eher und leichter als nicht-zugängliche Räume (vgl. Noguera 2009: 159). Während Zentren die Kontrolle über Handelsflüsse, Kapitalinvestitionen, Transport, Arbeitskräftemobilität, Verortung von Regierungsleistungen besitzen, liegt der Fokus in der Peripherie hauptsächlich in der Unterstützung der ökonomischen Verbesserung des Zent-

¹⁹ Kurzzeitige Rückgänge oder geringe Intensitäten in einzelnen Bereichen entstehen hingegen häufig aufgrund temporärer Phänomene oder sind Teil zyklischer Entwicklungen im Konjunkturverlauf (vgl. ebd.: 11).

²⁰ Es handelt sich dabei um ein weltweit auftretendes Phänomen, da seit 50 Jahren – neben der rapiden Verstädterung – die Zahl der schrumpfenden Städte auf globaler Ebene wächst (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 10).

rum (vgl. Schmallegger/Carson/Tremblay 2010: 128). Das Abhängigkeitsverhältnis besteht beidseitig: während die Peripherie in ihren wirtschaftlichen Entwicklungsschritten hinsichtlich Nachfrage und Investitionen vom Zentrum abhängig ist, so ist Letzteres, abgesehen von Ressourcen und Arbeitskräften, in Bezug auf landwirtschaftliche und der Erholung dienende Ressourcen auf Erstere angewiesen, da jene im Zentrum nur mangelhaft vorhanden sind (vgl. ebd.: 130; Mose 2005: 573).

Polarisationstheoretische Modelle der Schrumpfung und des Wachstums, der Beziehung zwischen Zentren und Peripherien eignen sich zur Erklärung komplementärer Disparitäten. Noguera (2009) bezeichnet jene Ansätze als robuste Theorie, die solange Gültigkeit besitzen werde, solange es Zentren und Peripherien gäbe (vgl. ebd.: 160). Inwiefern der Begriff Peripherie synonym mit dem Begriff Abgelegenheit verwendet werden kann und welche Kriterien zur Unterscheidung herangezogen werden, soll Gegenstand des nächsten Kapitels sein.

2.2.2 Abgelegenheit und Peripherie

Forschungen zu den Bedingungen in strukturschwachen, peripheren und abgelegenen Regionen finden sich v. a. in der Geographie- und Regionalforschung. In der theoretischen Beschäftigung mit dem ländlichen Raum erscheint die definitorische Betrachtung und mögliche Abgrenzung der Begriffe „remoteness“ (Abgelegenheit, Abgeschiedenheit) und „Peripherie“ zentral. Wie bei wissenschaftlich verwendeten Konzepten nicht anders zu erwarten, existiert keine allgemein akzeptierte Definition der Termini und ebenso wenig herrscht Einigkeit über deren Abgrenzung untereinander. Teils werden ihnen wichtige Unterschiede beigemessen, teils werden sie synonym verwendet – eine Praxis, die im folgenden Kapitel näher beleuchtet werden soll.

Zumeist beschränken sich Definitionen von Peripherie und Abgelegenheit auf eine Beschreibung der Merkmale, wobei geographische, ökonomische, politische oder kulturelle Aspekte im Zentrum stehen können. Häufig erwähnte Charakteristika sind die Distanz von Märkten, die physische und politische Abgelegenheit von einem Zentrum des Wohlstands und der Macht, eine schlechte Infrastruktur und wenig Annehmlichkeiten des täglichen Bedarfs, begrenztes finanzielles - und Humankapital, Fehlen politischer Kontrolle, kulturelle oder ethnische Diversität und eine spärliche Besiedelung etc. (vgl. Huskey/Morehouse 1992: 128). Für Schmallegger, Carson und Tremblay (2010), die sich auf Modelle aus dem Feld der ökonomischen Geographie und politischen Ökonomie stützen, liegt die klare Unterscheidung zwischen peripheren und abgelegenen Räumen in der fest verwurzelten Beziehung zu einem klar definierten Zentrum bei peripheren Räumen und der Trennung von oder dem Mangel an entwicklungsfähigen Verbindungen mit anderen Orten bei abgelegenen Räumen. Sie argumentieren, dass sich die traditionellen Zentrums-Peripherie-Modelle nicht gut für isolierte und abgelegene Räume anwenden ließen (vgl. ebd.: 127f).

Für die Beschreibung abgelegener Orte wird oft eine auf imaginierte räumliche und funktionale Grenzen referierende Rhetorik angewandt wie beispielsweise „am äußersten Ende der Peripherie“ (ebd.: 130) oder „am Rande der Entwicklung“ (Huskey 2005: 149). Laut Huskey bezeichnet „remoteness“ die physische, ökonomische und politische Isolation von Zentren der Macht und des Wohlstands (vgl. ebd.: 149; Huskey/Morehouse 1992: 135). Abgelegene Orte sind weder räumlich benachbart mit größeren, dichter besiedelten städtischen Räumen noch gibt es eine klare Interdependenz zwischen generierenden und empfangenden Regionen. Da sich die herkömmlichen Charakteristika der Peripherie in abgelegenen Räumen verstärkt zeigen, zeichnen sie sich im Vergleich zu anderen ruralen Räumen durch extreme ökonomische Vulnerabilität aus sowie durch langsame und kaum nachhaltige Entwicklung. Das Fehlen klarer, bilateraler Verbindungen zu einem spezifischen Zentrum erlaube demnach auch keine eindeutige Zuschreibung der Verantwortung für bestehende Schwierigkeiten, vielmehr zeigten sich multiple, flüchtige und kurzlebige Beziehungen zu mehreren Zentren (vgl. Schmallegger/Carson/Tremblay 2010: 130f).

Carson, Ensign, Rasmussen und Taylor (2011) verweisen darauf, dass es sich bei dem Begriff „remoteness“ um einen relativen, zweckgebundenen sowie subjektiven handelt und dass deshalb jeder Definitions- und Operationalisierungsversuch naturgemäß Kritik erwarten darf. Relativ und zweckgebunden sei der Terminus, da ein Ort nur „remote“ in seinem Bezug auf ein Zentrum oder eine Funktion sein kann, und subjektiv, da die Bedeutungszuschreibung sowohl deduktiv als auch induktiv erfolgen kann²¹ (vgl. ebd.: 4f). „Remoteness“ kann mehrere Ebenen betreffen: So kann eine gesamte Region von einem Zentrum abgeschieden sein und innerhalb dieser Region lassen sich in einer internen Organisation wiederum abgelegene von zentraleren Räumen unterscheiden (vgl. ebd.: 5). Schmallegger, Carson und Tremblay (2010) identifizieren für die Charakterisierung von Peripherie zwei zentrale Dimensionen: Distanz (reale, wahrgenommene, physische und ökonomische) und Abhängigkeit (wie in allen Zentrums-Peripherie-Modellen). Sie argumentieren, dass für die Beschreibung von Abgelegenheit eine dritte vonnöten sei: die Trennung (bezogen auf die fragmentierte und kurzlebige Natur sozialer und ökonomischer Verbindungen mit der äußeren Welt) (vgl. ebd.: 132). Ökonomische und politische Abhängigkeit von Kernregionen und geographische Abgelegenheit sind u. a. jene Merkmale, die laut Nuikina (2014) in einem limitierten Spektrum verfügbarer Existenzgrundlagen resultieren (vgl. ebd.: 11).

Entwicklung dieser Regionen bedeute die erfolgreiche Überwindung externer Hindernisse oder Veränderung jener Bedingungen, die mit „remoteness“ assoziiert werden (vgl. Huskey/Morehouse 1992: 128). Leven (1986) identifiziert drei Bedingungen (geographische, kulturelle und institutionelle „re-

²¹ Unter induktiver Bedeutungszuschreibung wird hier die Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung darüber verstanden, wo Entscheidungen gefällt werden und wo der Fokus von EntscheidungsträgerInnen liegt.

moteness“), deren Kombination für limitierte regionale Entwicklung ausschlaggebend seien (vgl. ebd.: 81, zit. in: Huskey 2005: 149). Geographische Abgelegenheit erhöhe die Kosten der Produktion, des Transports sowie des Wirtschaftens im Allgemeinen, begrenze die Investitionsbereitschaft und werde durch einen Mangel an Infrastruktur und Transportmöglichkeiten noch zusätzlich verstärkt. Kulturelle Abgelegenheit bezeichne die positive Haltung der BewohnerInnen ihrem Wohnort gegenüber (z. B. hinsichtlich spezifischer Umweltcharakteristika oder in Bezug auf die Sprache, Bräuche u. a. kulturelle Phänomene), die ausschlaggebend dafür sei, dass keine Abwanderung aufgrund ökonomischer Verbesserungsmöglichkeiten erfolge. Institutionelle Abgelegenheit beziehe sich auf das Phänomen, dass durch Regeln und Gesetze die Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Produktion von Gütern eingeschränkt sei, Produktionskosten dadurch gesteigert und Migrationsentscheidungen beeinflusst werden. Ohne geographische Isolierung, könnten Kapital und Investitionen die Lösung für regionale Entwicklungsprobleme darstellen; ohne kulturelle Abgelegenheit, wäre die Abwanderung der Bevölkerung die logische Folge. Wird der Kombination von geographischer und kultureller „remoteness“ darüber hinaus institutionelle Abgelegenheit hinzugefügt, steigt durch die Bewegungseinschränkung produktionsrelevanter Faktoren die Schwierigkeit, erwirtschaftete Gewinne und Ressourcen der Region selbst zugutekommen zu lassen (vgl. ebd.: 150).

Peripherie und Abgelegenheit sind relative, örtliche Zuschreibungen, die physische, politische, ökonomische und kulturelle Distanz in Bezug auf ein Zentrum bzw. mehrere Zentren ausdrücken. Aufgrund der ökonomischen und politischen Vulnerabilität und Abhängigkeit drängen sich Fragen nach der Nachhaltigkeit und Entwicklungsfähigkeit besagter Regionen und Orte auf, welche im nächsten Abschnitt Behandlung finden sollen.

2.2.3 Nachhaltigkeit und Entwicklungsfähigkeit

Im Folgenden soll eine Erörterung der Begriffe Nachhaltigkeit, Lebens- und Entwicklungsfähigkeit erfolgen, wie sie im Zusammenhang mit städtischen und ländlichen Räumen zur Anwendung kommen, da diese gerade in der theoretischen Auseinandersetzung mit abgelegenen und peripheren Räume von besonderer Relevanz sind. Dabei sollen Entwicklungsmaßnahmen und Konzepte wie „community viability“, die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit einer Gemeinde sowie „rural community leadership“, die lokale Gemeinderepräsentation, die v. a. in kleineren und abgelegenen Gemeinden von größerer Bedeutung ist, näher beleuchtet werden.

Copus und Cabtree (1996) wenden das zumeist im Umweltkontext verwendete Konzept der Nachhaltigkeit in Bezug auf rurale, sozioökonomische Entwicklung an. So werde im ökonomischen Kontext Nachhaltigkeit oft mit wirtschaftlicher Selbsterhaltung, i. S. e. langfristigen Sicherstellung angemessener Lebensqualität für die Bevölkerung assoziiert. In der soziokulturellen Anwendung des Konzepts

gibt es ähnlich wie im Umweltkontext den Bezug zu intergenerationaler Gerechtigkeit, d. h., kulturelles Kapital solle idealerweise unvermindert an folgende Generationen weitergegeben werden können. Im restriktiveren, demographischen Sinne könne Nachhaltigkeit sich auf die Fähigkeit der Bevölkerung beziehen sich selbst zu reproduzieren. In all jenen sozioökonomischen Kontexten kann Nachhaltigkeit nur relativ und nicht absolut verstanden werden (vgl. ebd.: 41). Copus und Cabtree (1996) weisen darauf hin, dass das Ausmaß demographischer und ökonomischer Nachhaltigkeitshemmnisse von abgelegenen, ländlichen Räumen größtenteils durch beträchtliche Transfers aus prosperierenden Regionen verschleiert werde und es bei einer sozioökonomischen Nachhaltigkeitsprüfung einer Region immer wichtiger werde, die Abhängigkeitskomponente zu berücksichtigen (vgl. ebd.: 53)²².

Die räumliche Verortung von Entwicklung folgt ökonomischer Aktivität und Bevölkerungsansiedlung. Wenn jene beiden letzteren Dynamiken ausbleiben, sind politische Maßnahmen zur Förderung regionaler, peripherer Entwicklung gefordert. Noguera (2009) untersucht die subjektive Wahrnehmung von je fünf ExpertInnen in zwölf Regionen der EU hinsichtlich der Effektivität möglicher politischer Programme. Seine Ergebnisse zeigen, dass räumliche Maßnahmen, mit Ausnahme des Ausbaus von Straßen- und Bahninfrastruktur, weniger effektiv sind, als nicht-räumliche wie beispielsweise die Förderung geschäftlicher Netzwerke, Innovationen, Tourismus, Regierungsführung oder soziales Kapital (vgl. ebd.: 174). Giffinger und Kramar (2012) weisen auf endogene Einflussgrößen regionaler Entwicklung hin, die unmittelbar aus den regionalen Bedingungen resultieren wie beispielsweise billige Produktionskosten oder ein Überschuss an Arbeitskräften. Jedoch seien nicht nur ökonomische Aspekte von Bedeutung, sondern ebenso Humankapital, Wissen sowie kooperative und netzwerkartige lokale Initiativen. Darüber hinaus könnten die institutionellen Rahmenbedingungen hinsichtlich relevanter Organisationen (Interessensverbände, Netzwerke und Kooperationen) einerseits und formeller sowie informeller Institutionen bzw. Regeln (Gesetze, Verhaltensnormen, Traditionen etc.) andererseits, als treibende Kräfte der Regionalentwicklung verstanden werden (vgl. ebd.: 66).

Laut Nuikina (2014) ist die nachhaltige Entwicklung und die Suche nach funktionsfähigen Szenarien in ländlichen und städtischen Räumen eines der bedeutendsten Ziele politischer EntscheidungsträgerInnen und besonders vonnöten in abgelegenen Regionen (vgl. ebd.: 21). „City viability“ beschreibt die Lebensfähigkeit einer Gemeinde. Diese sei gewährleistet, wenn BewohnerInnen mit ihrer Anwesenheit, ihren zeitlichen und finanziellen Ressourcen dazu beitragen, das gegenwärtige und zukünftige Wohlergehen der Stadt zu gestalten. Ebenso müssten ausreichende Ressourcen für Subsistenz und Selbstverwirklichung vorhanden sein, um das Wohlbefinden der EinwohnerInnen zu gewährleisten. Selbst wenn sich die ökonomische und bauliche Struktur einer Gemeinde verschlechtere, könn-

²² Copus und Cabtree entwickeln in ihrem Paper eine Nachhaltigkeitsmatrix als Instrument zur Überprüfung des sozioökonomischen Status ruraler Räume und identifizieren den Aspekt der Abhängigkeit als wichtigste Dimension ruraler sozioökonomischer Nachhaltigkeit (vgl. ebd.: 41ff).

ten durch nicht-materielle, soziale und kulturelle Charakteristika negative Trends aufgehoben und die Lebensfähigkeit sichergestellt werden. Jene Merkmale sind beispielsweise soziales Kapital, soziale Kohärenz, das Gefühl der Zugehörigkeit, aktive Partizipation in lokalen Angelegenheiten sowie geteilte Visionen jener AkteurInnen, die in den Prozess der Stadterschaffung involviert sind (vgl. ebd.: 30ff). Bei fehlenden starken Marktbeziehungen könnten Unterstützungen des Wohlfahrtsstaates dabei helfen, die Wohlfahrtsversorgung der BewohnerInnen und „city viability“ zu gewährleisten (vgl. ebd.: 37). Schließlich verweist Nuikina auf Skerratt (2011), die die Bedeutung lokaler GemeinderepräsentantInnen und -entscheidungsträgerInnen („community leadership“) in der Steuerung der Stadtentwicklung und der Vernetzung mit überregionalen AkteurInnen hervorstreicht (vgl. Skerratt 2011, zit. in: Nuikina 2014: 36).

Eine erfolgreiche lokale Gemeinderepräsentation basiere laut Skerratt (2011) auf zwei Dimensionen: Erstens sei das soziale Kapital bzw. die Beziehungen zwischen GemeindebewohnerInnen von Bedeutung, da die Lebensfähigkeit einer Gemeinde mit der Anzahl der Personen steige, die bereit wären, Verantwortung zu übernehmen und aktiv in lokale Angelegenheiten involviert seien. Zweitens seien translokale Beziehungen entscheidend, da EntscheidungsträgerInnen die Interessen der Gemeinde effizient außerhalb des lokalen Kontexts in wirtschaftlichen und politischen Netzwerken navigieren und vertreten müssten. Wären diese beiden Bedingungen gegeben, könnte die Gemeinde durch die bessere Nutzung geschäftlicher und politischer Netzwerke eine im Vergleich zu anderen Gemeinden vorteilhafte Position besetzen (vgl. ebd.: 94, zit. in Nuikina 2014: 30).

Nach der Darstellung des demographischen Wandels in Europa, ausgelöst durch sinkende Geburtenraten und einen Überalterungsprozess der Bevölkerung sowie den damit einhergehenden sozioökonomischen Herausforderungen, folgte in den vorangegangenen Kapiteln eine theoretische und definitorische Auseinandersetzung mit den Begriffen Schrumpfung, Wachstum, Abgelegenheit, Peripherie und nachhaltige Entwicklung. Deren Anwendbarkeit auf die regionale Siedlungsentwicklung Österreichs soll im folgenden Kapitel geprüft werden.

2.3 Regionale Siedlungsentwicklung in Österreich

Das Schrumpfen der Bevölkerung ist auch in Österreich ein deutlich erkennbares und weit verbreitetes Phänomen und keine temporäre Begleiterscheinung von Umstrukturierungsprozessen. Zwischen 1991 und 2001 schrumpfte ein Drittel der österreichischen Gemeinden aufgrund von Abwanderungen und trotzdem lebt im Vergleich zu anderen OECD-Ländern nicht nur ein großer Teil der Bevölkerung in ländlichen Räumen, sondern es wird auch ein hoher Grad der Wertschöpfung dort erzielt (vgl.

Sinabell 2006: 1)²³. Laut Typologie der OECD zählen in Österreich 25 NUTS-3-Regionen zum „überwiegend ländlichen Raum“ (das entspricht 91 Prozent der Landesfläche)²⁴ und insgesamt 78 Prozent der Bevölkerung leben außerhalb von Städten (vgl. ebd.: 13f; ÖGB 2006: 8). So ist es nicht verwunderlich, dass Österreich „sowohl in Bezug auf die Siedlungsstruktur als auch in der wirtschaftlichen Entwicklung [...] [als] EU-Mitgliedsland mit einer ‚ländlichen Charakteristik‘“ (oerok.gv.at) beschrieben wird. Der ländliche Raum hat in Österreich in seiner Funktion als Siedlungs-, Wirtschafts- und Erholungsraum große Bedeutung (oerok.gv.at).

Seit den 1990ern gibt es in Österreich im Zuge mehrerer geopolitischer Ereignisse weitreichende Veränderungen hinsichtlich der Bedingungen der regionalen Siedlungsentwicklung. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs (1989), dem EU-Beitritt (1994), der EU-Erweiterung (2004) und der Entstehung des gemeinsamen Wirtschaftsraums in Zentraleuropa veränderten sich die wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen signifikant. Vor allem in den ostösterreichischen Bundesländern lassen sich sowohl Wachstumsprozesse (mit der Entstehung neuer Einzugsgebiete und Zentralräume) als auch Schrumpfungsprozesse beobachten, letztere besonders in jenen Regionen, die nach wie vor infrastrukturell schwer erreichbar sind. Der Konkurrenzdruck auf Städte und Regionen verschärfte sich, da sich Klein- und Mittelstädte gegenüber großen Agglomerationen behaupten mussten. Die räumlich divergente Entwicklung manifestierte sich im Kontrast von Agglomeration von Menschen und Infrastruktur im Zentrum und Schrumpfung soziodemographischer, wirtschaftlicher und baulicher Substanz in den Peripherien (vgl. Giffinger/Kramar 2012: 63).

So identifizieren Giffinger und Kramar (2008) in ihrem Artikel typische demographische, ökonomische und siedlungsbezogene Merkmale und Indikatoren von regionalen Schrumpfungsprozessen und verweisen auf regionale Erosions- und Schrumpfungsprozesse in Österreich (vgl. ebd.: 9, 14). Bei ihrer Erstellung von Raumtypen untersuchen sie, in wie vielen Gemeinden sich fünf gewählte Indikatoren²⁵ in den letzten fünf Jahren negativ entwickelt haben. Ihre Ergebnisse zeigen, dass 290 (von insgesamt 2.381 österreichischen Gemeinden) drei negative Entwicklungsindikatoren aufweisen und damit jede achte Gemeinde von einem anhaltenden Schrumpfungsprozess betroffen ist. Es zeigte sich, dass jene Gebiete an der ehemals toten Grenze zu Tschechien, Slowakei und Ungarn überdurchschnittlich betroffen seien und unter diesen v. a. das nördliche Wald- und Weinviertel und das Südburgenland (vgl. ebd.: 18). Eine Betrachtung der österreichischen Siedlungsentwicklung unter dem Gesichtspunkt der

²³ Während der Anteil am Bruttoinlandsprodukt in den OECD-Ländern in ländlichen Gebieten bei knapp 15 Prozent liegt, wird in Österreich, ähnlich zu Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark, mehr als ein Drittel der Wirtschaftsleistung dort erzielt (vgl. Sinabell 2006: 19).

²⁴ Nur zwei NUTS-3-Regionen in Österreich entsprechen nach dieser Typologie dem „überwiegend städtischen Raum“ und acht dem „integrierten Raum“ (vgl. Sinabell 2006: 13f).

²⁵ Bei den fünf gewählten Merkmalen handelt es sich um folgende: Abwanderung, niedrige Fertilität, rückgängige Wirtschaftsleistung, negative Arbeitsplatzentwicklung, Verschlechterung der Nahversorgung sowie von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 16).

Abgelegenheit muss nach Schmallegger, Carson und Tremblay (2010) allerdings von der Hand gewiesen werden. Sie argumentieren, dass jene Regionen Europas am Rande des europäischen wirtschaftlichen Systems zwar entfernt und peripher sein mögen, jedoch nicht abgelegen in dem hier beschriebenen Sinne, da sie trotz ihrer Lage in ein dickes soziales und kulturelles Netz eingebettet seien, das ihre Beziehungen zu einem Zentrum definiere (vgl. ebd.: 132).

Die österreichische Bevölkerung wäre ohne Zuwanderung von außen mit Schrumpfungsprozessen konfrontiert (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 147). So werde das Bevölkerungswachstum Österreichs bis 2030 laut Statistik Austria vorwiegend auf Zuwanderung beruhen, da das prognostizierte Bevölkerungswachstum um 706.000 Personen auf insgesamt 9,2 Millionen „zu 94,5 Prozent auf Wanderungsgewinne und nur zu 5,5 Prozent auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen“ sei (statistik.at 8). In peripheren Abwanderungsgebieten, dazu zähle das nördliche Waldviertel, fänden die stärksten Bevölkerungsverluste statt. Im weltweit wachsenden Wettbewerb zwischen Städten um regional signifikante Positionen, im Bemühen um die Ansiedelung qualifizierter Arbeitskräfte, der Steigerung der Investitionen und des Wachstums, ist die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen nachhaltiger Entwicklung von Relevanz. Wenn in Europa aufgrund der sinkenden Fertilität ein Bevölkerungswachstum nur mehr aufgrund positiver Migrationsbilanzen möglich ist (vgl. Bauer et al. 2012: 22) und das Schrumpfen peripherer, abgelegener Räume zu regionalen Entwicklungsproblemen führt, bietet es sich an, eine eingehendere Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auswirkungen von Migration zu initiieren – ein Versuch, der im nächsten Kapitel vonstattengehen soll.

2.4 Ökonomische Auswirkungen von Immigration

In Anbetracht des im vorhergehenden Kapitel skizzierten Bevölkerungsrückgangs und des prognostiziert fortschreitenden Schrumpfungs- und Alterungsprozesses in allen EU-Ländern, ist Immigration bzw. „replacement migration“ (UN 2001: 7) die einzige kurz- und mittelfristige Strategie, um die Anzahl der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter konstant zu halten (vgl. Fargues/McCormick 2013: 11). Die derzeitige Migrationsbewegung in die europäische Union belebt Diskussionen über die positiven und negativen Auswirkungen von Immigration auf das Aufnahmeland und es gibt unter Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen keine Einigkeit über das Ausmaß und die Richtung jener Auswirkungen. Da davon auszugehen ist, dass ökonomische Aspekte nicht nur auf die Immigrationsstatuten Einfluss haben, sondern ebenfalls eine Determinante für Akzeptanz bzw. Ablehnung vonseiten der lokalen Bevölkerung darstellen, soll im Folgenden ein kurzer Überblick über die ökonomischen Potenziale und Herausforderungen von Immigration erfolgen, wie sie sich im Aufnahmeland ergeben.

Immigration war schon immer ein potenzieller Motor für wirtschaftliche und demographische Entwicklung, interessanterweise finden sich in der Literatur jedoch kaum Forschungen zu den Potenzia-

len und Chancen von Zuwanderung. Bevor jedoch besorgt auf die Belastungsgrenzen des öffentlichen Haushalts verwiesen wird, sollten Kosten und Profite, i. S. v. Investitionen und Ertragsraten, gegenge-rechnet werden (vgl. Borjas 1995: 4). Immigration hat Auswirkungen auf alle Bereiche der Wirtschaft und inwiefern sie für das Aufnahmeland profitabel oder nachteilig sein kann, lässt sich anschaulich mit einem Blick auf den Arbeitsmarkt, den öffentlichen Haushalt und das wirtschaftliche Wachstum darstellen.

2.4.1 Einkommen und Arbeitsmarkt

Die OECD macht Immigration in den USA für 47 Prozent und in der EU für 70 Prozent des Anstiegs der Erwerbsbevölkerung verantwortlich (vgl. OECD 2014: 1). In vielen wirtschaftswissenschaftlichen Studien stehen die Auswirkungen von Immigration auf Einkommen und Arbeitsmarkt im Zentrum der Analysen. Dabei kommen oft einfache Angebots- und Nachfragemodelle zur Anwendung, die der Annahme partiellen Gleichgewichts unterliegen, d. h., dass andere Faktoren als konstant angenommen werden. Demnach führe die gestiegene Zahl an ArbeitnehmerInnen zu einem verstärkten Wettbewerb und dadurch zur Reduktion der Einkommen sowie der Beschäftigungsquote der bereits im Aufnahmeland lebenden Bevölkerung. Solche theoretischen Modelle berücksichtigen nur Teilauswirkungen, beziehen Reaktionen und Anpassungen der Wirtschaft nicht mit ein und stellen in Szenarien allgemeinen Gleichgewichts mangelhafte Erklärungsansätze dar (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 105). Empirische Evidenzen weisen darauf hin, dass MigrantInnen typischerweise weder die Arbeitsplätze der lokalen Bevölkerung einnehmen noch deren Löhne drücken – wenn überhaupt, so haben sie nur einen sehr kleinen Effekt auf deren Löhne (vgl. Ortega/Peri 2009; Zimmermann 2014: 6). Komplexere Modelle erlauben die Berücksichtigung weiterer Faktoren, wie z. B. Ausbildungsniveau oder Spezialisierungen auf dem Arbeitsmarkt, die die Effekte der einfachen Angebots- und Nachfragemodelle modifizieren oder gar umkehren können (vgl. Peri 2013: 15).

Hinsichtlich Ausbildungsniveaus und beruflicher Qualifikationen von ImmigrantInnen im Vergleich zum relativen Arbeitskräfteangebot im Zielland belegen theoretische Modelle, dass Immigration „GewinnerInnen und VerliererInnen“ (Orrenius/Zavodny 2012: 106) hervorbringen kann. Die Vorteile von Immigration sind dementsprechend am größten, wenn sich die beruflichen Qualifikationen der EinwanderInnen möglichst komplementär zu jenen der bereits im Land lebenden Bevölkerung zeigen (gering-qualifiziert vs. hochqualifiziert und vice versa). Da die Fähigkeiten der Bevölkerung im Zuwanderungsland aber heterogen sind, gibt es folglich jene, die sich die Komplementarität der ImmigrantInnen zunutze machen können und jene, die sich aufgrund zu ähnlicher Qualifikationen durch Substituierungen betroffen sehen. In diesem Szenario zählt jene Gruppe früher immigrierter Personen zu den größten „VerliererInnen“, da diese am leichtesten zu substituieren wäre. Wenn nun ein

nicht-proportionaler Anstieg der Beschäftigten auf die Löhne der gering-qualifizierten ArbeitnehmerInnen drückt, führt dies, neben dem negativen Effekt auf Einkommen und Beschäftigungsquote, zu einer Steigerung der Einkommensungleichheit im Zuwanderungsland insgesamt (vgl. ebd.: 105f; Kerr/Kerr 2001: 4ff). Die Umverteilung des Wohlstands vollzieht sich dann zu Ungunsten der im Wettbewerb stehenden ArbeitnehmerInnen im Niedriglohnbereich, wohingegen die Einkommen im Hochlohnsektor steigen (vgl. Borjas 1995: 19). Im umgekehrten Fall eines nicht-proportionalen Anstiegs hochqualifizierter Immigration, würde dies zunächst zu einer sinkenden Einkommensungleichheit führen (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 112), darüber hinaus zusätzliche Jobs für die gering- und komplementärqualifizierte Bevölkerung schaffen sowie ökonomische Effizienzsteigerungen vorantreiben (vgl. Zimmermann 2014: 6). Wenn nun das relative Arbeitskräfteangebot in Bezug auf Qualifikationen und Lohnklassen nicht verändert wird, gibt es in Bezug auf das Einkommen keine negativen Folgen (vgl. Peri 2013: 15).

Eine Antizipation der Auswirkungen auf Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit wird durch institutionelle Faktoren (wie beispielsweise kollektivvertraglich festgelegte Entlassungskriterien) zusätzlich erschwert. Eine Analyse von 14 OECD-Ländern zeigt jedenfalls, dass Beschäftigung mit Immigration im Verhältnis eins zu eins wächst (vgl. Ortega/Peri 2009) und auch Winter-Ebmer und Zweimüller (1999) finden keine nachteiligen Auswirkungen von Immigration auf die Beschäftigungsquote von jungen ArbeitnehmerInnen in Österreich (vgl. ebd.: 12).

Ein weiterer durch Immigration geförderter Mechanismus am Arbeitsmarkt betrifft die Spezialisierung und technologische Anpassung, etwa hinsichtlich veränderter Produktionsabläufe von Gütern und Dienstleistungen (z. B. Produktionstechniken) oder hinsichtlich des Output-Mixes selbst (z. B. höhere Anzahl von selbstständigen Einzelbetrieben)²⁶ (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 118). ImmigrantInnen belegen aufgrund der Sprachbarrieren vermehrt Arbeitsplätze im manuellen Bereich und im Dienstleistungssektor des Haushaltsbereiches (Kinder- und Altenbetreuung, Reinigung, Essenszubereitung, Gartenarbeit), wodurch es zu einer Reorganisation der Produktion entlang von Spezialisierungen und generell zu Effizienzsteigerungen kommen kann (vgl. Peri 2013: 16). Da jene Dienstleistungen einerseits durch Lohndruck aufgrund erhöhten Wettbewerbs und andererseits durch Schwarzarbeit für eine größere Bevölkerungsgruppe leistbar werden, führt dies zu einem höheren Arbeitskräfteangebot von v. a. gut-ausgebildeten bzw. hochqualifizierten Frauen (vgl. ebd.: 17; Orrenius/Zavodny 2012: 113; siehe auch Hochschild 2002). Diese Faktoren können die Art der Beschäftigung und womöglich auch die Lohnklasse der bereits im Zielland lebenden Bevölkerung verändern,

²⁶ So gründen laut einer Studie in den USA ImmigrantInnen – trotz des meist geringeren Wohlstands, schlechterer Sprachkenntnisse und niedrigerer Kreditancen – womöglich als Reaktion auf Arbeitsmarktdiskriminierung, mit 30 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit ein selbstständiges Unternehmen als jene bereits im Aufnahmeland lebende Bevölkerung (vgl. Fairlie 2008, zitiert in Orrenius/Zavodny 2012: 118).

etwa durch die vermehrte Schaffung von Jobs im Kommunikationsbereich und in Folge natürlich auch durch neue Anreize für modifizierte Berufsausbildungen (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 113). Natürlich inkorporieren Immigrationsstatuten diverse sozioökonomische, politische und humanistische Interessen und Überlegungen in Bezug auf verschiedene demographische, sozioökonomische und ethnische Gruppen und insofern ist eine rein kompetitive und auf die Nachfrage abgestimmte Immigrationspolitik unwahrscheinlich. Nichtsdestotrotz sei nach Borjas (1995) ein ökonomischer Ansatz sinnvoll, um jene Opportunitätskosten aufzuzeigen, die durch eine Immigrationspolitik entstünden, die ökonomische Überlegungen nicht miteinbezieht (vgl. ebd.: 19).

2.4.2 Öffentlicher Haushalt und Wirtschaftswachstum

Mit einem Verweis auf die Großzügigkeit europäischer Wohlfahrtssysteme ist die Belastbarkeit des öffentlichen Haushalts bzw. das Verhältnis von Regierungseinnahmen und -ausgaben ein häufig erwähnter Aspekt, wenn von den Kosten und Risiken der Immigration die Rede ist. Die Differenz zwischen gezahlten Steuern (Einkommen, Eigentum, Verkauf und Mehrwertsteuer) und den Kosten von in Anspruch genommenen Leistungen (Wohlfahrt, öffentliche Gesundheitsversicherung, Pensionsversicherung, Bildungssystem, Polizei, Feuerwehr etc.) ergibt die Summe der steuerlichen Belastungen (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 120; Kerr/Kerr 2001: 3). Empirische Evidenzen aus der EU und den USA zeigen, dass sich die steuerlichen Auswirkungen typischerweise im Bereich plus-minus ein Prozent des BSP befinden. Dass der Einfluss so gering sei, könnte zum Teil daran liegen, dass steuerliche Einnahmen von ImmigrantInnen im Hochlohnsektor die steuerlichen Kosten für gering-qualifizierte ImmigrantInnen, die in die Wohlfahrtsprogramme des Staates fallen sowie für Flüchtlinge und AsylwerberInnen kompensieren (vgl. Rowthorne 2008, zit. in Orrenius/Zavodny 2012: 120). Borjas (1995) erstellt in seiner Studie die Grundlage für eine positive Theorie der Immigrationspolitik. Ausgehend von der steuerlichen Belastung, zeigt er in seinem Paper, dass die Bevölkerung des Aufnahmelandes aufgrund von Produktionskomplementaritäten insgesamt profitiere. Allerdings liege hier der Fokus auf kompetitiven Ökonomien, die unter den Prinzipien des freien Handels die Bewegungsfreiheit der Produktionsfaktoren bzw. ArbeitnehmerInnen voraussetze. In einer solchen Berechnung könnten allerdings potenziell schädliche Auswirkungen von Immigration in Situationen strukturell bedingter Arbeitslosigkeit im Zielland nicht berücksichtigt werden (vgl. Borjas 1995: 5).²⁷

Einer der auffälligsten makroökonomischen Effekte von Immigration betrifft das „immigration surplus“, das Verschieben der Angebotskurve und damit das Erhöhen des BSP in Form von Arbeitseinkommen: „immigration increases the total GDP of the receiving country in the short-run *one-for-one*,

²⁷ Nichtsdestotrotz finden sich Hinweise, dass Immigration auch in ländlich, peripheren Räumen positive Auswirkungen zeigen kann. Mehr dazu in Kapitel 2.5.1 (siehe auch Hugo/Morén-Alegret 2008: 477; Machold/Dax/Strahl 2013: 148; Jentsch 2007: 1).

without affecting average wages and average income per person" (Ortega/Peri 2009: 1). Das Anwachsen der Erwerbsbevölkerung in Kombination mit bereits erworbenen Qualifikationen trägt zur Entwicklung des Humankapitals und zum technologischen Fortschritt im Aufnahmeland bei. Des Weiteren reagieren Investitionen sensibel auf prognostizierte Immigrationsströme. Nicht nur Firmen zeigen eine höhere Investitionsbereitschaft, auch Projekte der öffentlichen Hand und Investitionen in Infrastruktur werden durch das Bevölkerungswachstum angekurbelt (vgl. Peri 2013: 15; OECD 2014: 1). Vor allem hochqualifizierte Immigration verstärkt in einem endogenen Wachstumsmodell²⁸ die Innovationsbereitschaft beträchtlich, treibt damit das „immigration surplus“ in die Höhe und führt zu einer größeren Langzeitwachstumsrate. Ebenso ergeben sich durch die wachsende Bevölkerung auch Effizienzsteigerungen i. S. v. „economies of scale“ (Skaleneffekte): Wenn beispielsweise die Produktion steigt, fallen die Fixkosten pro Einheit und es ergeben sich durch die Produktionsvergrößerung Kostenersparnisse, die in Form von geringeren Preisen an die KonsumentInnen weitergegeben werden (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 116, 119). Darüber hinaus zeichnen sich ImmigrantInnen durch eine höhere Bereitschaft zur Mobilität aus, wodurch lokale Wirtschaftsaufschwünge und -krisen leichter abgefedert und Prozesse regionaler ökonomischer Integration gefördert werden können (vgl. ebd.: 119).

Unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Einkommen, Regierungseinnahmen und -ausgaben sowie Wirtschaftswachstum zeigt sich, dass Immigration für das Aufnahmeland auf vielfältige Weise gewinnbringend sein kann. Die Wirtschaft wächst schon allein durch das Wachsen der Population in arbeitsfähigem Alter. Größere Märkte führen zu komplexerer Arbeitsteilung und eine größere Bevölkerung macht öffentliche Projekte lohnenswerter. So kann durch den Ausgleich eines demographisch bedingten Arbeitskräftemangels die Arbeitsmarkteffizienz erhöht werden und Schrumpfs- und Überalterungsprozesse gemildert oder gar gestoppt werden. Die Größe und Richtung der ökonomischen Auswirkungen von Immigration hängen zum einen von den Immigrationsstatuten und den dadurch resultierenden Charakteristika der ImmigrantInnen, zum anderen vom politischen Regelwerk am Arbeitsmarkt und den Integrationsmöglichkeiten im Aufnahmeland insgesamt ab und daher lassen sich nur schwer generelle Schlüsse ziehen. Politiken und Strategien, die die positiven Effekte im Aufnahmeland maximieren können, werden natürlich von Land zu Land variieren, die Notwendigkeit solche zu entwickeln, wird jedoch für alle OECD-Staaten in den nächsten Jahren an Relevanz gewinnen (vgl. OECD 2014: 1). Inwiefern Immigration in ländliche, strukturschwache und bevölkerungsentleerte Räume ein Potenzial darstellen kann, soll Gegenstand des nächsten Kapitels sein.

²⁸ Die endogene Wachstumstheorie erklärt im Gegensatz zu neoklassischen Modellen (in denen Wachstum ohne exogene Faktoren nicht möglich ist), das Wachstum endogen, d. h. aus dem Modell heraus (wirtschaftslexikon.de).

2.5 Immigration in ländliche Räume

In den vorangegangenen Kapiteln erfolgte eine Auseinandersetzung mit dem demographischen Wandel in ländlichen Regionen Europas, mit den Begriffen Peripherie und Abgelegenheit, Schrumpfung und Erosion, mit der regionalen Siedlungsentwicklung in Österreich sowie den allgemein identifizierbaren Chancen und Risiken von Migration für das Aufnahmeland. In den folgenden Abschnitten soll nun eine spezifische Betrachtung des Phänomens der internationalen Migration in ländliche Räume stattfinden, das seit den 1990er Jahren an Bedeutung gewinnt. In Österreich verlieren ländlich periphere Regionen zwar im Allgemeinen durch internationale Wanderungen an Bevölkerung, jedoch ist die Außenwanderungsbilanz für alle Regionen positiv. Mittlerweile sind auch ländlich periphere Gebiete von internationaler Zuwanderung betroffen²⁹ (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 147). Nichtsdestotrotz gibt es bisher wenig wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Phänomen.

Fassmann (2011) verweist darauf, dass Migration vor allem in solchen Zusammenhängen entstünde, in denen langfristiges ökonomisches Wachstum mit gleichzeitiger rückläufiger demographischer Reproduktion einhergehe und einen Arbeitskräftemangel hervorrufe (vgl. ebd.: 62). Auch Hugo und Morén-Alegret (2008) argumentieren, dass sinkende Fruchtbarkeit und Überalterung der Bevölkerung in Hocheinkommensländern ein mächtiger Impulsgeber für Immigration sein könne (vgl. ebd.: 473). Wie verhält es sich allerdings mit der Immigration in strukturschwache periphere ländliche Räume? Nach einem Überblick über die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Potenziale und Herausforderungen soll im Folgenden konkret auf die Entstehungsbedingungen von Akzeptanz und Integration bei der lokalen Bevölkerung eingegangen werden. Abschließend erfolgt eine Zusammenstellung jener (politischen) Handlungsempfehlungen, wie sie in den rezenten Untersuchungen über Immigration in ländliche Räume zu finden sind.

2.5.1 Potenziale der Migration in ländliche Räume

Da der ländliche Raum historisch als Lieferant und nicht als Ziel für Migration fungiert hat, haben Migrationsforschungen traditionell ihren Fokus auf Metropolregionen gelegt. Allerdings lassen sich urbane Migrationstheorien nicht ohne weiteres auf ländliche Räume übertragen (vgl. Nadler et al. 2010: 129). Die Untersuchung des Phänomens der internationalen Migration in nicht-urbane Räume ist nach Hugo und Morén-Alegret (2008) aus drei Gründen von hoher Relevanz: Erstens spiele Immigration eine wichtige Rolle hinsichtlich demographischer, ökonomischer und sozialer Transformationen, die gerade in ländlichen Räumen westlicher Wohlfahrtsstaaten vonstattengehen (wie beispielsweise der verstärkte Einfluss von sinkender Fertilität durch die Abwanderung der jungen Bevölke-

²⁹ 21 Prozent der Bevölkerung mit ausländischer Herkunft leben in kleineren Gemeinden mit weniger als 5000 EinwohnerInnen, zehn Prozent davon in Gemeinden mit unter 2.500 EinwohnerInnen (vgl. ebd.: 6).

rung). Zweitens vollziehe sich der Integrationsprozess in ländlichen Räumen nach anderen Mustern als in städtischen und drittens wäre der Effekt – obwohl Immigration in solche Räume geringer sei – aufgrund der geringeren lokalen Bevölkerung sehr viel ausgeprägter als in größeren Städten (vgl. ebd.: 475).

Bei einer intensiveren Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Migration in ländliche Räume lassen sich spezifische Herausforderungen und Potenziale identifizieren. Auf der einen Seite gelten die Attribute ländlicher peripherer Regionen wie Überalterung und die Erschöpfung wirtschaftlicher und infrastruktureller Ressourcen zugleich als Gründe für deren demographische Ausdünnung durch Abwanderung in Ballungsräume (vgl. Nadler et al. 2010: 7). Herausforderungen der Zuwanderung finden sich daher in der Erosion der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur (z. B. die Schließung von Schulen und Nahversorgern), in den größeren räumlichen Distanzen, einer schlechten Anbindung an den öffentlichen Verkehr und den geringen Kapazitäten in der Verwaltung. Darüber hinaus gebe es in ländlichen Räumen weniger Erfahrung mit Immigration und dem Umgang mit „dem Fremden“. So sei das Kriterium der Fremdheit im städtischen Kontext eine untergeordnete, im ländlichen Raum allerdings durchwegs relevante Kategorie, da Zugewanderte länger die Zuschreibung des „Zugewandertseins“ behielten, weil die Sichtbarkeit „des Fremden“ im ländlichen Raum höher sei und häufig als überproportional hoch empfunden werde (vgl. Gruber 2014: 39).

Auf der anderen Seite könne Immigration in ländliche Räume Bevölkerungsrückgang reversieren, einem Arbeitskräftemangel entgegenwirken, eine Abfederung der Überalterung darstellen und ökonomische und soziale Nachhaltigkeit sicherstellen (vgl. Hugo/Morén-Alegret 2008: 477; Jentsch 2007: 1). So zeigt sich, dass Zuwanderung die Aufrechterhaltung der lokalen Infrastruktur, vor allem hinsichtlich Nahversorgung, Gesundheitswesen, Bildungssystem, öffentlichem Verkehr, Nutzung alter Bausubstanz etc. gewährleisten kann. Darüber hinaus würden zugewanderte Personen vermehrt im Dienstleistungssektor unterkommen und auf diese Weise das Angebot vor allem innerhalb der Nahversorgung erhöhen (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 148). Auch Carr, Lichter und Kefalas (2012) untersuchen in einer komparativen Gemeindestudie, dass in Kleinstädten des ländlichen Raums durch internationale Immigration der Rückgang wirtschaftlicher Leistung auf mehreren Ebenen gestoppt werden könne, je nachdem, ob lokale EntscheidungsträgerInnen mit Zurückhaltung oder Aufgeschlossenheit reagieren (vgl. ebd. 38f). Nuissl und Schmitz (2012) verweisen darauf, dass sich Ansätze zur Förderung migrantischer wirtschaftlicher Aktivitäten ausschließlich in urbanen Kontexten finden ließen, da MigrantInnen nicht Gegenstand kommunalpolitischer Aufmerksamkeit seien (vgl. ebd.: 191). Sie vermuten, dass sich im Bereich der migrantischen Ökonomie Potenziale der räumlichen Entwicklung verbergen, die sich kommunalpolitisch vorteilhaft auswirken könnten. Laut Golebiowska, Valenta und Carter (2011) würde eine auf Regionen ausgeglichene Verteilung außerdem immigra-

sche Konzentrationen in größeren Städten vermeiden und damit die nachteiligen Effekte internationaler Immigration minimieren (vgl. ebd.: 53, 54). So würden hohe Konzentrationen von ImmigrantInnen in den größeren Städten zur städtischen Überfüllung beitragen, den Druck auf die Infrastruktur erhöhen und die regionale sozioökonomische Disparität verstärken. Immigrationsansiedelung in peripheren Räumen hingegen minimiere immigrationsinduzierten Druck auf die Infrastruktur großer Städte, mildere die interne Bevölkerungsabwanderung, trage zum Bevölkerungswachstum bei und unterstütze die ökonomische Entwicklung (vgl. ebd.: 77).

Lassen sich auch zahlreiche Potenziale von Immigration auf kommunaler Ebene identifizieren, so stellt sich dennoch die Frage, aus welchen Gründen internationale MigrantInnen ländliche Regionen zum Ziel ihrer Wanderung erklären. Ländliche Räume können laut Nadler et al. (2010) als Nischen für bestimmte Typen von internationalen MigrantInnen verstanden werden. Sie identifizieren spezifische Motivationen, wie beispielsweise die Bevorzugung eines ruralen Lebensstils, die Sozialisierung im ländlichen Raum oder ein positives Verhältnis zum ländlichen Raum im Allgemeinen (vgl. ebd.: 120). Auch Machold, Dax und Strahl (2013) verweisen auf Gründe der persönlichen Lebenssituation (z. B. soziale Netzwerke oder Familienzusammenführung), aber auch auf erleichterte Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt bzw. günstigeren Wohnraum (vgl. ebd.: 153). So finden sich in Räumen mit geringen Siedlungsdichten nicht nur entspanntere Wohnungsmärkte – wenn nicht gar eine Leerstandsproblematik vorliegt –, sondern auch integrationsfördernde Aspekte, wie beispielsweise die erschwerte Segregation aufgrund der geringen Anzahl an MigrantInnen und die Unwahrscheinlichkeit zur Tendenz des „Untersichbleibens“ (vgl. Pollermann 2016: 30). Kreichauf (2012) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass Segregation in kleineren Städten zwar nicht völlig ausbleibe, jedoch vornehmlich ein urbanes Phänomen darstelle. Vor allem die geringere Stadtgröße und die kleinere Anzahl an MigrantInnen verunmögliche einen sozialräumlichen Rückzug aufgrund der sozialen Nähe, unvermeidlicher sozialer Kontakte und der überschaubaren Versorgungseinrichtungen und Strukturen (vgl. ebd.: 84f). Nadler et al. (2010) fügen hinzu, dass sich aus ebenjenen Gründen die Herausforderung der Integration nicht unbedingt schwieriger als in Metropolregionen darstelle, selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass homogene Gemeinschaften aufgrund dominanter Wertvorstellungen verschlossener agieren könnten (vgl. ebd.: 119). Wie Integration in Kleingemeinden des ländlichen Raums bewerkstelligt werden kann und welche Faktoren dabei einen Einfluss nehmen können, soll im nächsten Kapitel erörtert werden.

2.5.2 Die Soziogenese von Akzeptanz und Integration

Im Anschluss an die theoretische Auseinandersetzung mit den Potenzialen von Immigration in ländliche Räume, soll im Folgenden auf eine Studie verwiesen werden, die sich vor über zwanzig Jahren

mit ähnlichen Fragen wie die vorliegende Untersuchung beschäftigte. Brunner, Jost und Lueger (1994ab, 1998) führten im Kontext der Flüchtlingsaufnahme in Österreich, im Zuge der Migrationsfolgen im ehemaligen Jugoslawien, eine komparative Gemeindestudie in drei österreichischen Kleingemeinden durch, um die Soziogenese von Akzeptanz und Integration hinsichtlich der Flüchtlingsunterbringung in Kleingemeinden zu untersuchen. Der Fokus ihrer Untersuchung lag dabei auf der Perspektive der lokalen Bevölkerung und den Gemeindestrukturen, die den Umgang mit den Flüchtlingen formen. Darüber hinaus sollten die Änderungen dieser Strukturen durch die Folgen der Aufnahme, die Bedingungen des Zusammenlebens und die Möglichkeiten, die sich im Hinblick auf Integration durch spezifische politische Maßnahmen ereigneten, offengelegt werden (vgl. Brunner/Jost/Lueger 1994b: 126). Sie verweisen darauf, dass vielfach differenziertes Wissen darüber fehle, welche Dynamiken bei der lokalen Bevölkerung durch Zuwanderung von internationalen MigrantInnen ausgelöst werden und wieso die Aufnahme und Unterbringung an manchen Orten mit beträchtlichen Schwierigkeiten einhergehe und an anderen wiederum nicht (vgl. ebd.: 125).

Ihre Ergebnisse zeigen, dass Faktoren wie die Identität und Historie der Gemeinde sowie deren Positionierung im regionalen, gesamtgesellschaftlichen Umfeld von Relevanz sein können. Außerdem würden gemeindeinterne Beziehungen bzw. das Zusammenspiel von politischer Struktur, Kirche und wirtschaftlicher Situation (die Politik als Wächterin über Toleranzgrenzen, die Rolle des Pfarrers als moralische Instanz und die Rolle der WirtInnen als UnterkunftgeberInnen) und deren enge verwandtschaftliche Verknüpfung in der lokalen Bevölkerung eine große Rolle spielen (vgl. ebd. 1994a: 315ff). Darüber hinaus würde die Gemeinde ökonomisch und demographisch von der Flüchtlingsaufnahme profitieren (vgl. ebd. 1994b: 136f). Obwohl noch keine nennenswerte Abwanderung zu verzeichnen wäre, so sei doch im Hinblick auf letzteren Aspekt die Überalterung der Bevölkerung am Fortschreiten und die Aufnahme von Flüchtlingen eine Chance zum Erhalt der sozialen Struktur (vgl. ebd. 1994b: 143). Die Vorteile der Flüchtlingsaufnahme (erhöhte Zuwendungen, Revitalisierung des Ortskerns, Ausgleich der langfristig ungünstigen Bevölkerungsentwicklung, Erhalt der Grundschule etc.) werden allerdings ausschließlich auf politischer Ebene und von den WirtInnen thematisiert (vgl. ebd. 1994a: 322). Jene hätten ein spezifisches, ökonomisches Interesse an der Aufnahme der Flüchtlinge, da die Unterbringung in deren Gaststätten eine ganzjährige Auslastung der Betriebe sicherstellen würde (vgl. ebd. 1994b: 135).

Hinsichtlich der Formen kulturellen Zusammenlebens kämen verschiedene Strategien im Umgang mit den Flüchtlingen zur Anwendung (vgl. ebd. 1994a: 315ff). So würden beispielsweise „unübliche Verhaltensweisen“ den Flüchtlingen als Manko zugeschrieben und konfliktöse Interaktionen in deren Verantwortungsbereich verortet werden. Kriterien wie Hilfsbedürftigkeit (zum Beispiel hinsichtlich akzeptabler Fluchtmotive oder Attribute wie Genügsamkeit und Sparsamkeit) sowie die Anpassung

an lokale Normen seien ausschlaggebend, um die Aufnahme der Flüchtlinge in der Gemeinde zu legitimieren oder zu kritisieren (vgl. ebd. 1994b: 128). Die lokale Bevölkerung würde Flüchtlingen eine spezifische Erwartungshaltung entgegenbringen, so etwa deren „Demonstration der Bereitschaft zur Arbeit“ oder der Bemühung das „Leben selbst in den Griff zu bekommen und dafür auch Unannehmlichkeiten in Kauf [zu] nehmen“ (ebd. 1994b: 129). Darüber hinaus seien spezifische Attribute gefordert, wie ein in der Öffentlichkeit ruhiges, lärmvermeidendes und zurückhaltendes Auftreten sowie das aktive Suchen nach Kontakt zur lokalen Bevölkerung. Brunner, Jost und Lueger (1994b) bezeichnen jene Verhaltenserwartungen als „Legierung aus tradierten Vorstellungen über soziale Ordnung, für legitim erachtete Aufnahmekriterien, stereotype Zuschreibungen und selektive Beobachtungen“ (vgl. ebd. 1994b: 130). Sie sprechen einerseits von „separierter Integration“, da die soziale Einbindung der Flüchtlinge ins Gemeindeleben nur marginal erfolge und andererseits davon, dass die Voraussetzungen für eine Integration ungünstig seien, weil die Orientierung beider Seiten nicht auf Dauer ausgerichtet sei. So erfolge lediglich die Integration einer fluktuierenden Personengruppe, nicht jedoch einzelner Flüchtlinge (vgl. ebd. 1994a: 322f). Schließlich verweisen Brunner, Jost und Lueger (1994a) auf ein Zusammenspiel von kulturellen, ökonomischen, religiösen und politischen Faktoren sowie komplexen divergierenden Interessen. So wären eine positive Haltung der zentralen Instanzen (Gemeinderat, Kirche, Gastwirtschaft) sowie strukturelle, verwandtschaftliche Bindungen in der Bevölkerung ausschlaggebend, um die Haltung der lokalen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen zu beeinflussen (vgl. ebd. 1994a: 328).

2.5.3 Handlungsempfehlungen und das Ausschöpfen der Potenziale

Vor allem vor dem Hintergrund der wachsenden Zuwanderung in ländliche Räume, ist eine verstärkte Auseinandersetzung mit kommunalen Integrationsanforderungen und mit den vielfach nicht bewussten und genutzten Potenzialen der internationalen Zuwanderung in ländliche Räume vonnöten (vgl. Kreichauf 2012: 84f; Machold/Dax/Strahl 2013: 149f). Welche Schlussfolgerungen und (politischen) Handlungsempfehlungen lassen sich in der rezenten Literatur über Migration in ländliche Räume und die Fragen nach möglicher Integration und das Ausschöpfen der Potenziale finden?

Politische Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz und Integration seien aus einer traditionellen Integrationsperspektive das rasche Erlernen der Sprache und umfangreiche dementsprechende Angebote (vgl. Brunner/Jost/Lueger 1994a: 326). Dem Spracherwerb werde eine hohe Bedeutung beigemessen, um gesellschaftliche Teilhabechancen wahrnehmen zu können (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 149f). Auch Gruber (2015) verweist auf die Bedeutung des regionalen Angebots von integrationsfördernden Strukturen, allen voran Sprach- und Integrationskurse, aber auch ein „Willkommen heißen“, Informationsabende bzw. -mappen, interkulturelle Veranstaltungen, soziale Treffpunkte

und Einbindung (vgl. ebd.: 2f). Laut Machold, Dax und Strahl (2013) sei neben einer Sensibilisierung und Informierung der Verantwortlichen in der Gemeinde die Implementierung von Anreizsystemen notwendig, wie beispielsweise die Schaffung und Zugänglichmachung von sozialem Wohnraum. Die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens müssten kommunal und regional geschaffen werden (vgl. ebd.: 149f). Brunner, Jost und Lueger (1994a) heben die Bedeutung einer schnellen ökonomischen Integration hervor, da Arbeit ein statusbegründendes Merkmal sei und soziale Identität definiere (vgl. ebd.: 326). Darüber hinaus müssten Flüchtlingen, entsprechend des Konzepts einer multikulturellen Gesellschaft, Möglichkeiten zur kulturellen Praxis einräumt werden (vgl. ebd. 1994a: 327). Pollermann (2016) argumentiert für eine Mehrebenenpolitik, für das Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, um migrations- und integrationsrelevante Faktoren zu identifizieren und regionsspezifische Konzepte entwickeln zu können (vgl. ebd.: 33).

Den theoretischen Rahmen abschließend soll hier der Hinweis auf zwei relevante Aspekte im Hinblick auf die in den vorangegangenen Kapiteln dargelegten Sachverhalte und Schwerpunktsetzungen erfolgen: Erstens werde durch eine potenzialorientierte Perspektive insbesondere der Fokus auf ökonomische Aktivitäten und den Zusammenhang von Migration und Wirtschaftsleben gelenkt (vgl. Nuissl/Schmiz 2012: 182); zweitens sei die für analytische Zwecke vorgenommene Abgrenzung von ImmigrantInnen und lokaler Bevölkerung konzeptionell zu hinterfragen, da ein auf längere Sicht ausgelegtes Zusammenleben und eine wirkliche Integration die Auflösung jener Grenzziehung erfordern würde (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 151). Bevor nun auf die empirischen Ergebnisse der Untersuchung eingegangen werden soll, wird im nächsten Kapitel die methodische Vorgangsweise erläutert und eine Reflexion über den Forschungsprozess gegeben.

3 Beschreibung der Methoden und der Vorgehensweise

Im folgenden Kapitel erfolgt die Beschreibung der Vorgehensweise, wie auf Grundlage der Literaturrecherche und theoretischen Einbettung bei der Wahl der Methodologie und des Feldes vorgegangen wurde und welche Methoden der Datenerhebung und -analyse zu Anwendung kamen. Das grundsätzliche Forschungsinteresse richtet sich auf das Spannungsfeld zwischen ruralem Bevölkerungsrückgang und internationaler Zuwanderung in Österreich. Da Forschungen über Migration und Zuwanderung ihren Fokus meist auf Städte und nicht den ländlichen Raum legen und kaum auf bereits vorhandenes empirisches Material zurückgegriffen werden konnte, wurde ein explorativer Ansatz verfolgt.

Qualitative Forschung will „soziale Phänomene aus der Sicht der Akteure [...] rekonstruieren“ (vgl. Bortz/Döring 1995: 624), daher wird zur Beantwortung der Frage, welche Faktoren für die Akzeptanz aufgenommener AsylwerberInnen vonseiten der lokalen Bevölkerung im ländlichen Raum Öster-

reichs determinierend wirken, ein qualitativer Zugang verfolgt. Um Aufschluss über die Meinungen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung vor Ort zu erhalten und um aufzuzeigen, wie sich diese in sozialen Interaktionen äußern, liefert die ethnographische Feldforschung ein nützliches methodisches Instrumentarium, das mit der Untersuchung sozioökonomischer Interaktionen und Praktiken auf lokaler Ebene den Bezug auf größere Zusammenhänge erlaubt (vgl. Eriksen 2010: 2). Die qualitative Datenerhebung folgte sowohl einer deduktiven als auch induktiven Vorgehensweise (vgl. Mayring 2008: 74f). So sollte einerseits explanativ die Überprüfung der theoretischen Vorannahmen, andererseits explorativ die Generierung theoretischer Hypothesen aus dem empirischen Material ermöglicht werden.

Eine spezifische theoretische Orientierung, die sich aus den forschungsleitenden Grundannahmen ergibt, war von Beginn Teil des Forschungsvorhabens. Wie Forschung ohne jegliche Vorannahme vonstattengehen soll, ist schwer vorstellbar, da „ein voraussetzungsloses Wahrnehmen, ein die Faktizität bloß reproduzierendes Beobachten“ (Damman 1991: 69) nicht möglich ist. Die hier zugrundeliegende Annahme, dass gemeindeinterne sowie antizipierte sozioökonomische Aspekte maßgeblichen Einfluss auf das Meinungsbild der lokalen Bevölkerung haben, soll allerdings der Identifizierung weiterer determinierender Faktoren aus dem empirischen Material nicht im Wege stehen. Des Weiteren soll mit Rückgriff auf Konzepte aus Nachbardisziplinen eine möglichst breit gefächerte Durchleuchtung des Forschungsgegenstandes gewährleistet werden. Ziel ist es, jene interdisziplinär geborgten Konzepte unter einer kultur- und sozialanthropologischen Perspektive zu vereinen und durch die Zusammenführung der verschiedenen Ebenen ein Verständnis für das gesamtgesellschaftliche Umfeld zu generieren, in dem sich die hier untersuchten sozialen Phänomene manifestieren.

Die Recherche zur Wahl des Forschungsfeldes umfasste jene Regionen Österreichs, denen bis 2050 ein hoher Bevölkerungsrückgang prognostiziert wird (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 18; statistik.at 8) und die eine rezente internationale Zuwanderung durch die Aufnahme von AsylwerberInnen zu verzeichnen hatten. In die engere Wahl kamen schließlich das nördliche Waldviertel Niederösterreichs und das untere Gailtal Kärntens. Zum Zeitpunkt der Recherche gab es eine Gemeinde im oberen Waldviertel, die einerseits aufgrund des Engagements der Bevölkerung, andererseits wegen kleinerer immigrationsassoziiierter Konflikte im Gemeindealltag, relativ präsent in regionalen Medien war. Die Auswahl des Feldes erfolgte darüber hinaus auf Basis pragmatischer Überlegungen, so waren die Erreichbarkeit und geographische Distanz zu Wien sowie die Möglichkeit über private soziale Kontakte einen leichteren Feldeinstieg herzustellen letztlich entscheidend.

Die empirische Datenerhebung erfolgte im Rahmen einer stationären, ethnographischen Feldforschung mit den zentralen Methoden der teilnehmenden Beobachtung und qualitativen Interviews. In

den folgenden Abschnitten soll näher auf die spezifische Anwendung der Methoden und die einzelnen Schritte der Datenerhebung und -analyse eingegangen werden.

3.1 Datenerhebung

Das breite Methodenspektrum der ethnographischen Feldforschung ist auf die Beschäftigung mit kleinen Einheiten ausgerichtet und eignet sich gut, Einblick in das soziale Geflecht des Ortes sowie Aufschluss über die Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung zu erhalten. Im Sinne der Methodentriangulation erfolgte die Datenerhebung auf mehreren Ebenen, dabei kamen vor allem zwei zentrale Forschungsmethoden zur Anwendung: die teilnehmende Beobachtung sowie qualitative Interviews (vgl. Beer 2003: 11). Die empirische Datenerhebung fand im Rahmen einer in zwei Abschnitte gegliederten ethnographischen stationären Feldforschung in einer Gemeinde im niederösterreichischen Waldviertel statt, deren erster Teil im August 2015 erfolgte. Nach einer Analysephase im Herbst 2015, in der eine Ordnung des empirischen Datenmaterials vorgenommen wurde, fand der zweite Teil der Feldforschung im Februar 2016 statt, im Zuge dessen fehlende Daten erhoben werden konnten. In den folgenden Abschnitten werden die Details der ethnographischen Feldforschung hinsichtlich Feldeinstieg, Sampling sowie der verwendeten Methoden der teilnehmenden Beobachtung, qualitativer Interviews und Erhebung des lokalspezifischen Kontextmaterials beschrieben.

3.1.1 Feldeinstieg und Sampling

Der Feldeinstieg erfolgte über die Vermittlung von sozialen Kontakten ins Waldviertel und wurde bereits im Februar 2015 mittels eines Telefoninterviews mit dem Bürgermeister einer Nachbargemeinde hergestellt. Der Feldzugang in der Gemeinde selbst sollte durch die Wahl einer Unterkunft in direkter Nähe zum Stadtplatz und damit zur Unterkunft der AsylwerberInnen vor Ort erleichtert werden. Auf einer Veranstaltung, einem interkulturellen Begegnungs- und Musikabend, konnte die Kontaktaufnahme zu zentralen AkteurInnen des Feldes hergestellt werden und die weitere Erschließung des Feldes erfolgte daraufhin über persönliche Vermittlung.

Die Grundgesamtheit des Feldes war zu Beginn nicht bekannt, aber durch vorab festgelegte Kriterien begrenzt. So waren all jene Personen als geeignete InterviewpartnerInnen einzustufen, die einen Einblick in die Situation vor Ort hatten, Interaktionsflächen unterschiedlicher Art mit den AsylwerberInnen aufwiesen und andere zentrale SchlüsselakteurInnen des Feldes identifizieren konnten. Die Auswahl der GesprächspartnerInnen für narrative und problemzentrierte Interviews erfolgte gezielt und schrittweise mithilfe des Schneeballverfahrens bzw. über die Vermittlung der SchlüsselakteurInnen. In diesem Sinne definierten die Befragten selbst, wer als AkteurIn des Feldes zu betrachten sei und mit der wechselseitigen Verweisung aufeinander erschlossen sich die Ausmaße und Grenzen des

Feldes sobald keine neuen Namen mehr ins Spiel gebracht wurden und alle Mitglieder des Feldes bekannt waren (vgl. Schütze 1976: 163, 252; zit. in Küsters 2009: 49). Die Stichprobengröße wurde darüber hinaus im Laufe der Datenerhebung aufgrund zweier Phänomene zusätzlich verkleinert: Zum einen konnten eine theoretische Sättigung im Datenmaterial entdeckt und damit keine neuen relevanten Informationen mehr erhoben werden (vgl. Küsters 2009: 48)³⁰, zum anderen stimmten nicht alle identifizierten und kontaktierten AkteurInnen einem Gespräch zu (siehe Kap. 3.3). Über Interview- und GesprächspartnerInnen erfolgte ebenfalls der Hinweis auf und Zugang zu themenrelevanten Veranstaltungen und Zusammenkünften.

3.1.2 Teilnehmende Beobachtung

Die Intensive Feldforschung mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung dient als nicht standardisierte Form der Beobachtung dazu, die lebensweltlichen Konzepte, Erfahrungen und Strategien der AkteurInnen des Feldes kennenzulernen und deskriptiv dokumentieren zu können. Eine generelle Voraussetzung dafür ist die weitest mögliche Teilnahme am lokalen Leben des Forschungsfeldes (vgl. Eriksen 2010: 28). Die ersten Tage des Aufenthalts eigneten sich dazu, mit unfokussierten Anfangsbeobachtungen einen Überblick über das Forschungsfeld zu erhalten sowie zentrale Personen und Gruppen zu identifizieren. Mit zunehmender Kenntnis des Feldes erhielten die Beobachtungen einen fokussierteren und selektiveren Charakter hinsichtlich einer gezielten Auswahl von Personen, Interaktionen und Veranstaltungen, mit dem der Ausschnitt des Feldes nach und nach begrenzt werden konnte. Wurden zu Beginn beispielsweise auch Veranstaltungen besucht, die nicht direkt mit dem Forschungsinteresse in Verbindung standen (Stadtfeiern, Theaterinszenierungen, Schlossbesuche, Stadtmuseumsführungen, sonntägliche Konditorei- und Wirtshausbesuche nach der Kirche etc.), so beschränkte sich die Teilnahme an sozialen Zusammenkünften gegen Ende des Forschungsaufenthaltes auf thematisch relevante Veranstaltungen (Gedenkveranstaltungen, interkulturelle Begegnungsabende, informelle Zusammenkünfte u. Ä.). In der Bemühung um eine ausreichende Distanzierung zum Feld für analytische Zwecke, kamen unterschiedliche Strategien zur Anwendung und es erfolgte ein Wechsel zwischen der aktiven Teilnahme im Feld und einer Phase der distanzierteren Betrachtung. Grob lassen sich die beiden Feldforschungsaufenthalte in einen ersten Abschnitt (August 2015) mit stärkerer Involvierung (teilnehmende Beobachtung) und in einen zweiten Abschnitt (Februar 2016) mit geringerer Involvierung (beobachtende Teilnahme) voneinander abgrenzen. Die Protokollierung erfolgte auf drei Ebenen. Relevante Beobachtungen und Erlebnisse im Laufe des Tages wurden, wenn möglich, sofort in Stichworten notiert und abends ausführlicher anhand der Stichwortsammlung digital dokumentiert und zusammengefasst. Abends erfolgte ebenso eine deskriptive Auf-

³⁰ Küsters zufolge tritt eine Sättigung zumeist bei einer Anzahl von zwölf bis dreißig Interviews ein (vgl. ebd.).

zählung der am selben Tag getätigten Aktivitäten mit Zeit- und Funktionsangabe, die in weiterer Folge und im Laufe der Datenauswertung als Gedächtnisstütze dienen sollte. Darüber hinaus wurde in größeren Abständen eine schriftliche Reflexion über die Summe der erlebten Interaktionen und Geschehnisse verfasst, deren Handlungsdauer sich über mehrere Tage streckte und deren Ergebnisse und Auswirkungen sich erst zu späterem Zeitpunkt erkennen und verstehen ließen.

3.1.3 Qualitative Interviews

Das qualitative Interview übergibt „dem Befragten selbst das Wort“ (Friebertshäuser 1997: 371), kann situativ adaptiert werden (vgl. Lamnek 1995: 35) und schafft neues Wissen – im Gegensatz zu jenem, das man zuvor „schon als hypothetische Antwort zu denken imstande“ war (vgl. Sieder 2008: 153). Insgesamt wurden im Verlauf der beiden Feldaufenthalte 22 qualitative Interviews mit den AkteurInnen des Feldes³¹ geführt, die mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet wurden und im Schnitt zwischen 60 und 120 Minuten betrugen. Fünf ExpertInneninterviews, eines davon telefonisch, sollten einerseits dazu dienen, einen Einblick in die Situation im gesamten Bezirk zu erhalten und andererseits, ein detailliertes Wissen über die Rahmenbedingungen in der Stadtgemeinde selbst anzusammeln. Als ExpertInnen galten relevante EntscheidungsträgerInnen in unterschiedlichen, sozial institutionalisierten Rollen im Bezirk sowie RepräsentantInnen der Gemeindebevölkerung (Gemeindebürgermeister, Gemeinde- und StadträtInnen, Vereinsvorstände, NGO- und GmbH-MitarbeiterInnen in thematisch relevanten Organisationen). Jene Interviews waren leitfadengestützt und durch zentrale Fragestellungen und Themen vorstrukturiert, das Frageschema verlief allerdings nicht standardisiert und konnte daher flexibel auf spezifische Gesprächssituationen angepasst werden (vgl. Flick 1991: 177ff).

In 17 narrativen, zum Teil problemzentrierten und teilstrukturierten Interviews sollte ein Verständnis für das soziale Geflecht des Ortes und Aufschluss über die Meinungen, Werte und Einstellungen der

³¹ Drei der 22 qualitativen Interviews fanden als Doppelinterviews mit EhepartnerInnen oder LebensgefährtInnen statt. Sechs Personen, die als AkteurInnen des Feldes zu betrachten sind, mit denen allerdings kein Interview möglich war, wurden – da Informationen über sie vorhanden waren – trotzdem in der Tabelle (siehe Anhang) inkludiert. Die betreffenden Informationen wurden entweder im Rahmen von informellen Gesprächen oder im Zuge der qualitativen Interviews aus zweiter Hand erworben. AkteurInnen des Feldes teilen das Merkmal, dass sie sich einer Auseinandersetzung und Konfrontation mit der Thematik nicht entziehen können, sei es durch die geographische Nähe des privaten Wohnortes zur Unterkunft der AsylwerberInnen, sei es durch beruflich erforderliche Interaktionsflächen oder solchen, die sich aus dem generell stärker ausgeprägten privaten Gemeindeengagement ergeben. Aus Gründen der Anonymisierung erfolgen im Rahmen der Arbeit keine Namensangaben der GesprächspartnerInnen. Direkte Zitate der InterviewpartnerInnen werden mit Int.1, Int.2 etc. abgekürzt (die Zahl entspricht dabei der Auflistung in der Tabelle mit der jeweiligen Angabe des Absatzes, Abs.1, Abs.2 etc. Die Auflistung in der Tabelle entspricht nicht der Reihenfolge der gehaltenen Interviews, sondern einer für Analysezwecke inhaltlichen und funktionalen Gliederung. Bei vereinzelt Zitate wurden zur Wahrung der Anonymität die Nummernangaben verändert. Statt merkmalspezifischer Personenbeschreibungen erfolgen allgemein gehaltene Darstellungen zu beruflichen Aktivitäten oder sozial institutionalisierten Funktionen und vage gehaltene Herkunftsbeschreibungen der Personen.

lokalen Bevölkerung erreicht werden (vgl. Küsters 2009: 30f). Dafür geeignete GesprächspartnerInnen waren Personen mit Wohnort in direkter Nähe zur Unterkunft der AsylwerberInnen, ehrenamtlich engagierte Personen, BetreiberInnen von Wirtshäusern und Geschäften, GemeindeärztInnen, VertreterInnen der Gemeindeverwaltung, DeutschlehrerInnen, stadtspezifische VeranstaltungsorganisatorInnen, VertreterInnen von Vereinen etc. – d. h. all jene GemeindebewohnerInnen, die Interaktionsflächen mit den AsylwerberInnen aufwiesen. In den Interviews gab es vorab eine generelle Festlegung auf das Thema und eine Eingrenzung des Problembereiches, darüber hinaus wurde der Gesprächsverlauf stark von den InterviewpartnerInnen selbst gelenkt (vgl. Küsters 2009: 55f). Bei Bedarf wurde durch die Aufforderung zu weiteren Spezifizierungen und durch Verständnisfragen eine gewisse Gesprächslenkung herbeigeführt und ein unstrukturierter Pool an Fragen half als Gedächtnisstütze und Orientierungsrahmen, der ebenso die notwendige Komparabilität der Daten sicherstellen sollte (vgl. Stier 1999: 188).

Um ein angenehmes Befragungsklima garantieren zu können, wurde die Wahl des Gesprächsortes von den GesprächspartnerInnen selbst gewählt (vgl. Lamnek 1995: 68). Oft wurde der Besuch eines Kaffee- oder Wirtshauses vorgeschlagen, aber ebenso wurden Einladungen in die Privatwohnung oder zum Arbeitsplatz ausgesprochen oder das Gespräch fand auf Parkbänken, während einer Autofahrt oder im Rahmen größerer Veranstaltungen statt. Darüber hinaus wurden zusätzlich zahlreiche informelle Gespräche geführt, die mithilfe von Gesprächsprotokollen nachträglich festgehalten werden konnten. Jene informellen Gespräche stellen als ethnographische Interviews ein wichtiges Instrument dar, um in schwer zugänglichen Feldern und heiklen Themen angenehme Gesprächssituationen zu schaffen. Die Rolle als Forscherin wurde in solchen Gesprächen ebenso transparent gemacht wie in allen anderen Interviews.

3.1.4 Lokales Kontextmaterial und Fotos

Im Laufe des Feldforschungsaufenthaltes entstand eine Sammlung lokalen Kontextmaterials, dessen Durchsicht dabei half, fehlende Informationen der empirischen Befunde zu ergänzen und das Verständnis für Interaktionen vor Ort durch vermehrtes Hintergrundwissen zu erhöhen. Darunter befanden sich Auszüge einer Printversion der Publikation des Stadtlehrers und Heimatforschers Karl Zimmel (1910) „Geschichte der Stadt Reinschlag“ sowie die auf Datenträgern gespeicherte digitalisierte Verschriftlichung dieser Publikation. Weitere Dokumente historischer und folkloristischer Natur wurden über das Heimatmuseum der Stadtgemeinde bezogen. Darüber hinaus konnte Zugang zu Unterlagen der Gemeinde bezüglich administrativer, organisatorischer Informationen über die vor Ort untergebrachten AsylwerberInnen erhalten werden. Weitere Dokumente der Sammlung betreffen Publikationen von Regionalzeitungen im Zusammenhang mit der Thematik sowie Auszüge aus Ge-

meindeblättern und Informationsbroschüren. Des Weiteren sollte die fotografische Dokumentation des Ortes nicht nur dazu beitragen Beobachtungen zu ergänzen und das Feld umfassend zu beschreiben, sondern auch mit dem Festhalten spezifischer Situationen eine visuelle Gedächtnisstütze für nachträgliche Protokolle gewährleisten.

3.2 Datenanalyse

Die Verschriftlichung des empirischen Materials erfolgte in Form von Transkripten, Beobachtungsprotokollen und Feldnotizen. Die qualitativen Interviews wurden mithilfe der Software MaxQDA transkribiert. Die Verschriftlichung wurde wörtlich und in Annäherung an die Schriftsprache unter Beibehaltung sprachlicher Besonderheiten des lokalen Dialekts vorgenommen (vgl. Mayring 2002: 89). Die Interviews ergaben in digitalisierten Textdokumenten einen Fließtext von jeweils sechs bis 22 Seiten. Im Anschluss an die Transkription wurde das Material im Hinblick auf für die Beantwortung der Forschungsfrage thematisch relevante Passagen gesichtet und geordnet sowie auf das Wesentliche reduziert (vgl. Mayring 2008: 58). Die Kategorienbildung erfolgte ebenfalls mittels der Software MaxQDA und ergab sich zum einen aus den in der Einleitung formulierten Grundannahmen, die – zu Phrasen abstrahiert – zugleich das Selektionskriterium der Materialordnung darstellten und zum anderen aus der Formulierung von Stichwörtern, die aus der schrittweisen Abstraktion von relevanten Textpassagen gebildet wurden. Mittels der Paraphrasierung und Kodierung wurde ein Zusammenhang zwischen den einzelnen Interviewpassagen und den theoretischen Vorüberlegungen hergestellt und die Extrahierung und Generalisierung der zentralen Kernaussagen erfolgte sowohl deduktiv wie induktiv.

Die Anwendung deduktiver und induktiver Kategorienbildung sollte eine breite Erfassung des empirischen Materials gewährleisten, allerdings sieht sich die Operationalisierung der aus den Interviews gewonnenen Daten einigen Herausforderungen gegenüber. So fanden sich einige Textpassagen, die nicht eindeutig zu kategorisierenden Einheiten zugeordnet werden konnten. Passagen unklaren Inhalts wurden entweder mehrfach zugeordnet oder zunächst unter der Kategorie „Sonstiges“ gesammelt. Im Verlauf des Analyseprozesses konnte jene Sammelkategorie der uneindeutigen Fälle mittels der Bildung von neuen Gruppierungen oder dem Verwerfen und Streichen von nur vermeintlich relevanten Passagen nachträglich aufgelöst werden. Potenziell auftretende Abgrenzungsprobleme themen- und sinnverwandter Kategorien wurden mittels der Bildung von stärker abstrahierten Gruppen zusammengefasst. Im Anschluss an die Kodierung aller Analyseeinheiten erfolgte abschließend die zusammenfassende Komprimierung und analytische Betrachtung des empirischen Materials.

3.3 Reflexionen über den Forschungsprozess

Zunächst soll auf allgemeine Aspekte und Konsequenzen der verwendeten Methoden eingegangen werden und daraufhin auch ein Hinweis auf persönlich gemachte Erfahrungen im Feld erfolgen. Zu letzteren zählen v. a. die Herausforderungen des Feldeinstiegs, die aufgrund der politischen Natur des Themas teils anspruchsvolle Interviewtechnik, die signifikant höhere Zahl an männlichen GesprächspartnerInnen und die bisweilen falsch eingeschätzte vermeintliche Verwertbarkeit des Materials.

Die Methoden der ethnographischen Forschung sind gut dafür geeignet, neues Wissen zu generieren, da sie einen Schlüssel zu Informationen darstellen, die auf keinem anderen Weg erhoben werden können. Die Inhaltsanalyse narrativer Interviews verschafft Einblick in subjektive Meinungen, Einschätzungen und Perspektiven (vgl. Küsters 2009: 35). Allerdings muss bedacht werden, dass es sich beim menschlichen Gehirn um einen selektiven Aufnahmeapparat handelt: einerseits wird erinnert, was von subjektiver Relevanz ist, andererseits unterliegt die Sinnggebung einer konstanten Veränderung (vgl. Bertaux/Bertaux-Wiame 1980: 110ff). „Erinnerungen wandeln sich wie das Holz, das modert und trocknet“ (ebd.: 112). Außerdem müssen informationsspezifische Mängel, die sich aus der Erhebungsmethode der Interviews ergeben, in Erwägung gezogen werden, da GesprächspartnerInnen nicht notwendigerweise alles sagen müssen, was sie denken. Die beiden letzteren angesprochenen Phänomene können in der vorliegenden Untersuchung jedoch weitestgehend ausgeschlossen werden. Einerseits erlauben der Ausschnitt und die Begrenzung des Feldes mittels der Methode des Schneeballverfahrens (und des wechselseitigen Verweisens der AkteurInnen aufeinander) ein kontinuierliches Vergewissern und Überprüfen der Faktizität der erwähnten Vorkommnisse und Interaktionen im Feld, andererseits können mithilfe der Methode der teilnehmenden Beobachtung bis zu einem gewissen Grad interviewspezifische Informationsmängel komplementiert werden. In sozialen Interaktionen können soziale Dynamiken und Beziehungen innerhalb der Gruppe sowie kollektiv verankerte Orientierungen ergründet werden und sich darüber hinaus Meinungen, Einstellungen und Werte manifestieren, die im Gespräch und im verbalen Ausdruck leichter verschleiert werden können. Die Analyse des empirischen Materials mittels qualitativer Methoden kann also nicht dem Ansinnen der Verifizierung subjektiver Erfahrungen dienen, sondern zielt auf ein Verständnis des untersuchten Sachverhalts ab.

Die direkte Kontaktaufnahme bzw. das Ausfindigmachen der relevanten Schlüsselpersonen gestaltete sich in den ersten Tagen des Feldaufenthalts schwieriger als erwartet. Erste informelle Gespräche in jenen Tagen ließen an der Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit des Vorhabens zweifeln, da sich die GesprächspartnerInnen für das Thema nicht wirklich zu interessieren schienen – weder war ihnen die Existenz und Unterbringung der AsylwerberInnen ein Anliegen noch ein Dorn im Auge. Letztendlich

erfolgte der Feldzugang über meinen Vermieter, der auf einen interkulturellen Begegnungs- und Musikabend in einem Nachbarort aufmerksam machte. Die zuvor empfundene Außenseiter- und Eindringlingsrolle wurde an diesem Abend von dem Gefühl abgelöst, selbst AkteurIn des Feldes zu werden, an die einerseits Erwartungen gestellt werden und die sich andererseits der Bewertung anderer AkteurInnen nicht entziehen kann – was zusätzlich durch die Tatsache verstärkt wurde, dass in einer Gemeinde des ländlichen Raums keine Handlung oder Interaktion unbeobachtet bleibt. Die persönliche Auseinandersetzung mit den AkteurInnen des Feldes und die aktive Teilnahme an Veranstaltungen und Zusammenkünften führten sehr schnell zu einer emotionalen Involvierung in die Thematik, die sich unvorteilhaft auf die angestrebte neutrale Haltung, die Abstraktionsfähigkeit und damit auf die Reflexion der Erfahrungen und der angewendeten Methoden auswirkte. Der Wechsel zwischen teilnehmender Beobachtung und beobachtender Teilnahme im Feld war hilfreich, um die zur Reflexion notwendige Distanz herzustellen, allerdings konnte diese erst nach dem Verlassen des Feldes zur Gänze erlangt werden.

Die politische Natur des Themas brachte mit sich, dass in informellen Gesprächen oft entspannter und offener über subjektive Werte und Einstellungen kommuniziert werden konnte. Daher war es wichtig, jene Gespräche in Stichworten im Gedächtnis zu behalten und wenn möglich im direkten Anschluss ein Protokoll anzufertigen. Trotzdem gab es AkteurInnen, mit denen selbst das informelle Gespräch nicht möglich war. So war beispielsweise die mehrmalige Kontaktaufnahme zu den Jugendlichen der Gemeinde (Altersgruppe 14 – 25 Jahre) völlig erfolglos.³² Eine große Herausforderung stellte außerdem die angemessene Reaktion in Interviews dar, in denen xenophobe Äußerungen getätigt wurden. Die Anforderung nach Objektivität und Werturteilsfreiheit bzw. in narrativen Interviews nur zuzuhören, zu nicken und gesprächsfördernde Äußerungen zu tätigen (wie beispielsweise „mhm, aha“), war in solchen Fällen besonders schwierig und konnte nicht zur Gänze gewährleistet werden.

Signifikant höher zeigte sich die Anzahl der 17 männlichen Gesprächspartner im Vergleich zu acht weiblichen Gesprächspartnerinnen.³³ Dieses Verhältnis stellt das spiegelbildliche Abbild der wechselseitigen Verweisung der AkteurInnen aufeinander dar und es kann über die Ursachen dieser Verteilung spekuliert werden: Gibt es wirklich weniger weibliche AkteurInnen im Feld? Verweisen Männer bevorzugt auf Männer? Nehmen Männer vermehrt repräsentative Öffentlichkeitsfunktionen wahr und sind damit sichtbarer als weibliche ProtagonistInnen? Oder fürchten potenzielle weibliche AkteurInnen die schlechte Nachrede und gehen daher der Interaktion mit den (damals ausschließlich

³² Wenn indirekt Informationen über jene Personen vorhanden waren, wurden sie mit der Angabe „k. l.“ (kein Interview) in der Tabelle inkludiert (Tabelle siehe Anhang).

³³ Eine der Frauen war die Vertreterin der zuständigen Betreuungsfirma und damit nur begrenzt Akteurin des Feldes. Drei Frauen waren beim Interviewtermin gemeinsam mit ihren Ehemännern bzw. Lebensgefährten anwesend, wobei das Interview bei zwei Paaren mit dem Mann vereinbart wurde.

männlichen) Asylwerbern aus dem Wege?³⁴ Auffällig war darüber hinaus, dass in den Gesprächen keine Bereitschaft vorhanden war, über die Ursache dieses Verhältnisses zu reflektieren bzw. die Tatsächlichkeit dieses Verhältnisses anzuerkennen, wie beispielsweise die folgende Antwort auf meinen Hinweis des männlichen Überhangs veranschaulicht:

VR: „Ich habe vier bis fünf Frauen und circa 26 männliche Kontaktpersonen.“

IP: „Naja, ich glaub, da tust du jetzt was reinprojizieren.“ (Int. 19/Abs. 102).

Im Hinblick auf das Geschlecht zeigte sich eine weitere Auffälligkeit, nämlich, dass die Referenz auf weibliche AkteurInnen oft über die Verbindung zu deren Lebensgefährten stattfindet. Wenn über eine Frau gesprochen wird, muss deren Namen zur Identifikation nicht erwähnt werden, da der Bezug immer über den Namen ihres Mannes hergestellt werden kann. Referenzen lauten meist folgendermaßen: „Die Frau vom X, der Y mit seiner Frau“.

Abschließend noch ein Wort zur vermeintlichen Verwertbarkeit von Interviews. So stellte sich oft erst bei der Transkription oder Kategorienbildung heraus, dass in zuvor als wenig relevant erachteten Gesprächen, mitunter aufgrund des Eindrucks eines aneinander Vorbeiredens oder eines Missverständnisses, bisweilen doch Schlüsselpassagen und wichtige Hinweise identifiziert werden konnten, wohingegen andere Gespräche, die zuvor als äußerst relevant eingestuft wurden, letztlich weniger verwertbares Material als gedacht liefern konnten. Nach der hier erfolgten Beschreibung der Methoden und Vorgehensweise, soll im nächsten Kapitel eine Darlegung der strukturellen Rahmenbedingungen der Stadtgemeinde stattfinden. Dabei wird der geographische, historische, wirtschaftliche und politische Kontext geschildert, in dem daraufhin die empirischen Ergebnisse eingebettet werden sollen.

4 Strukturelle Rahmenbedingungen der Stadtgemeinde

„Eine furchtbare Armut und Not brach nun unter der arbeitenden Bevölkerung aus. Viele wanderten nach Wien oder in andere Gegenden aus, um sich einen Erwerb und Fortkommen zu suchen. Viele lebten größtenteils vom Betteln.“
(Zimmel 1910: 92)

In diesem Kapitel erfolgt eine Beschreibung des regionalen, gesamtgesellschaftlichen Umfelds der untersuchten Gemeinde mithilfe historischen, statistischen, geographischen und empirischen Kontextmaterials. Ein Blick auf die historische Entwicklung der Region soll veranschaulichen, dass Strukturschwäche und Abwanderung im Waldviertel keine rezenten Phänomene sind. Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft, geographische Lage und politische Struktur sind eng miteinander verbunden und können einander gegenseitig bedingen. Daher soll hier ausführlich auf jene strukturellen Rah-

³⁴ „Ah, die Fraun gehen zu di Männer.“ (Int. 19/Abs. 106).

menbedingungen eingegangen werden, die für die Stadtgemeinde charakteristisch sind und die als Variablen für überregionale Vergleiche mit anderen Gemeinden herangezogen werden können.³⁵

4.1 Stadt oder Land, ganz oben oder am Rande?

Die offizielle Homepage der Ortschaft trägt den Untertitel „Ganz oben in Österreich“ und der erste Satz der Beschreibung beginnt mit den Worten: „Reinschlag, die nördlichste Stadt Österreichs im Waldviertel“. Die geographische Referenz findet sich ebenso im Namen einer der beiden größten öffentlichen Facebook-Gruppen Reinschlags „also wirklich ganz oben“ (in Anlehnung an die Markenbezeichnung des Waldviertels „Wo wir sind, ist oben“) (waldviertel.at). Die geographische und superlativische Verortung scheint von Bedeutung, ebenso der Hinweis auf den städtischen Charakter. In Österreich liegt die MindesteinwohnerInnenzahl zur Abgrenzung von Stadtregionen bei 20.000 EinwohnerInnen (statistik.at 9). Mit einer Bevölkerung von insgesamt 2.298 erreicht Reinschlag ein gutes Zehntel dieses Schwellenwerts und dennoch erhält es einen Eintrag in der Publikation „Österreichs Städte in Zahlen 2015“ (vgl. Österreichischer Städtebund 2016). In der Chronik Reinschlags³⁶ ist festgehalten, dass die Erhebung zur Stadt 1386 erfolgte und dennoch kann dieses historische Stadtrecht nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier um eine Ortschaft des ländlichen Raums handelt. Entsprechend der Urban-Rural-Typologie der Statistik Austria, gehört die Stadtgemeinde gar der „ländlichsten“ aller Kategorien an, der 370 Gemeinden zählenden Untergliederung „peripherer ländlicher Raum“³⁷ (statistik.at 6). Auch laut OECD-Typologie, deren Abgrenzungskriterium die Bevölkerungsdichte auf NUTS-3-Ebene ist, zählt das Waldviertel zu den 25 NUTS-3-Regionen in Österreich, die als „überwiegend ländliche Räume“ klassifiziert werden (vgl. Sinabell 2006: 13f, 82; oecd.org).

Mit jeweils rund zweistündiger Erreichbarkeit im motorisierten Individualverkehr liegt die Ortschaft zwischen Prag und Wien. Busse des öffentlichen Verkehrsnetzes verkehren mehr oder weniger regelmäßig und teils auch mehrmals täglich in alle angrenzenden Bezirkshauptstädte und Nachbargemeinden sowie nach Wien. Vergeblich allerdings ist die Suche nach Verbindungen des Regionalverkehrs in Nachbarstädte auf der tschechischen Seite der Grenze sowie nach Prag. Während im südlichen Waldviertel die Nähe zur Achse der Westautobahn als Wachstumsmotor gilt, ist das nördliche

³⁵ Der Großteil der rezenten Datenangaben stammt aus den Datenbanken der Statistik Austria sowie aus der aktuellsten Publikation „Österreichs Städte in Zahlen 2015“ des Österreichischen Städtebundes. Zusätzlich zur Printversion der Publikation wurde die ergänzende tabellarische, digitale Aufbereitung für 242 Städte und Gemeinden als Datenquelle herangezogen.

³⁶ Der Oberlehrer und Heimatforscher Karl Zimmel, *1862 in Steinbach bei Schrems, der die Gemeinde zu seiner Wahlheimat machte, verfasste „Die Geschichte der Stadt Reinschlag“, aus der im Folgenden Textstellen zur zusätzlichen Veranschaulichung wiedergegeben werden.

³⁷ Die Kriterien zur Untergliederung der vierten Kategorie „ländlicher Raum“ (Erreichbarkeit einer städtischen Kernzone in weniger als 30 Minuten und eines regionalen Zentrums in weniger als 20 Minuten) können nicht erfüllt werden (siehe Kapitel 1.3.3; statistik.at 6).

Waldviertel von den großen europäischen Verkehrsachsen abgeschnitten. Bereits in Zimmel's Stadtchronik² steht geschrieben, dass sie bis zur Wende des 19. Jahrhunderts weit abseits von großen Verkehrsadern lag, „nur minder gute Straßen und Wege“ (vgl. Zimmel 1910: 61) dorthin führten und jene in schlechtem Zustand waren. Die Reichsstraße, deren Bau um 1828 erfolgte, die Wien über Waidhofen an der Thaya mit Prag verband, lag eine Stunde entfernt:

„Bis zur Eröffnung der Franz Josef Bahn gingen die Leute, wenn sie nach Wien fahren wollten, nach Eisgarn und fuhren von hier mit Stellwagen in zwei Tagen nach Wien. Ärmere Leute gingen auch zu Fuß nach Wien, gewöhnlich in drei Tagen. Da der Verkehr ein elender war, so gab es viele alte Leute, die Wien noch nicht gesehen hatten“ (Zimmel 1910: 71).

Als 1867-1871 die Franz-Josefs-Bahn als erste Bahn ins Waldviertel gebaut wurde, wurde die Stadt abseits liegengelassen (vgl. Zimmel 1910: 71). Der nächstgelegene Bahnhof Pürbach liegt 25 km entfernt und die Endhaltestelle befindet sich im ebenfalls 25km entfernten Gmünd. Der Ausbau des „sackgassenartigen, ausschließlich auf den Wiener Raum orientierten“ (Komlosy 1988: 237) Verkehrssystems half im 19. Jahrhundert bei der Rekrutierung der Arbeitskräfte reserven, als die niedergehende Landwirtschaft das Land mit seiner verarmten, „überschüssigen Bevölkerung“ (Parnreiter 1995: 356) zum Arbeitskräftelieferanten für die wachsende Stadt werden ließ (vgl. ebd.).

Die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs entstandene Randlage des Waldviertels im ostösterreichischen Wirtschaftsraum wurde in ihrem peripheren Charakter noch zusätzlich durch die über mehrere Jahrzehnte andauernde isolierte Lage am Eisernen Vorhang verstärkt. Der geographische Standort, größtenteils außerhalb des Pendeleinzugsbereichs von Wien, bestimmt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der peripheren Grenzregion bis zum politischen Umbruch in Osteuropa und das Waldviertel wird mit Abwanderung, Kapitalabfluss und dem Mangel an staatlichen und privaten Investitionen konfrontiert (vgl. Giffinger/Kramar 2012: 66). Seit Jahren taucht immer wieder die Idee vom Bau einer Autobahn ins Waldviertel auf, allerdings gibt es hierzu keine konkreten Pläne (nön.at).

4.2 Regionale und kommunale demographische Entwicklung

„Und man muss sich ja nur das Kirchenblatt anschauen, wie viele Geburten und wie viel Sterbefälle wir haben. Im Monat hast du im Schnitt 13 bis 14 Sterbefälle und eine Geburt. Und dann wirds natürlich übersichtlich.“ (Int. 4/Abs. 6)

Während das Bundesland Niederösterreich laut der Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria weiterhin wachsen wird, zeigen sich auf Bezirks- und Gemeindeebene große regionale Unterschiede, wobei vor allem das Waldviertel zu jenen Regionen mit den stärksten Bevölkerungsverlusten zählt (statistik.at 8). Hauptsächlich verantwortlich für den Bevölkerungsrückgang ist aber nicht mehr die Abwanderung, sondern die sinkende Fertilität. Weitere demographische Auffälligkeiten betreffen

den rasant fortschreitenden Überalterungsprozess und die hinsichtlich Staatsangehörigkeit ausgeprägte Homogenität. Im Folgenden soll zunächst die demographische Entwicklung des Waldviertels und daraufhin der Stadtgemeinde anhand historischer und gegenwärtiger Daten sowie zukünftiger Prognosen dargestellt werden.

Die für das Waldviertel typischen innerregionalen Wanderungen kurzer und mittlerer Distanzen wurden bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Abwanderung in industrielle oder administrative lokale Zentren (Gmünd, Schrems, Heidenreichstein, Waidhofen, Allentsteig, Brand-Nagelberg und Horn) sowie in die Bundeshauptstadt Wien³⁸ abgelöst (vgl. Parnreiter 1995: 349, 356). Parnreiter (1995) geht der Frage nach, welche Faktoren für die hohen Migrationsraten verantwortlich sind – allein zwischen 1881 und 1910 migrierten immerhin rund 30.000 WaldviertlerInnen (5 Prozent der Bevölkerung)³⁹ – und argumentiert, dass die Ende des 19. Jahrhunderts entstandene „überschüssige“ Bevölkerung im Waldviertel nicht natürlich, sondern aus sozioökonomisch herbeigeführten Prozessen hervorgegangen war (vgl. ebd.: 349). Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutungsverlust, den das Land gegenüber der Stadt erlitt, begleitet vom Rückgang landwirtschaftlicher Bevölkerung, traf im Zeitalter der Industrialisierung auf den ländlichen Raum im Allgemeinen zu. Während allerdings die Beschäftigung in Industrie und Gewerbe andernorts wuchs, ging sie im Waldviertel zwischen 1880 und 1910 um 4.500 Personen auf 26,3 Prozent zurück (vgl. ebd.: 355; Kap 4.3).

In der Zwischenkriegszeit nahm das Ausmaß der Abwanderung zu und, mit einer Unterbrechung während des Krieges, gipfelte – aufgrund der Anziehungskraft des expandierenden Wiener Arbeitsmarktes⁴⁰ und den Folgen des agrarischen Strukturwandels mit der Freisetzung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte – die Abwanderungsraten in den 50er und 60er Jahren (vgl. Parnreiter 1995: 350, 358f). Ab den 70ern gehen die Zahlen zurück, einerseits war der Wiener Arbeitsmarkt nicht mehr so attraktiv, andererseits hatten sich die Waldviertler Arbeitskraftreserven erschöpft, hatte das Waldviertel ja „in den letzten 100 Jahren rund 90.000 Personen durch Abwanderung verloren“ (vgl. ebd.: 359f). Dass die demographische Entwicklung des Waldviertels in den 80ern, 90ern und 2000ern trotzdem einem negativen Trend folgt, sei nicht mehr hauptsächlich der Abwanderung zuzuschreiben, sondern den ab den 60ern sinkenden Geburtenraten (vgl. Giffinger/Kramar 2012: 66). Auffällig

³⁸ 1910 war nur knapp die Hälfte der in Wien Ansässigen auch dort geboren (vgl. Parnreiter 1995: 350).

³⁹ Zunächst wurde die Abwanderung durch direkte Rekrutierung und organisierte Anwerbetätigkeit von ArbeiterInnen für Fabriken angeleitet, später reproduzierte sie sich selbst über Familien und Netzwerke (vgl. Parnreiter 1995: 356).

⁴⁰ Die Abwanderung ist nach 1945 maßgeblich von der Nachfrage des Wiener Arbeitsmarktes geprägt, der in den 50ern wächst und eine massive interne und internationale Immigration auslöst. Der darauf folgende Schrumpfungsprozess wird durch positive Wanderungssalden gebremst und 1988 ist ein Drittel aller WienerInnen zugewandert, 37 Prozent davon (19.000 Personen) aus Niederösterreich (vgl. Parnreiter 1995: 359).

ist, dass die demografische Entwicklung in den lokalen Zentren des Waldviertels (Krems, Horn, Waidhofen, Zwettl) deutlich günstiger als in den ländlich-peripheren Gemeinden ausfällt, da es dort sogar zu leichten Bevölkerungszunahmen kam, während in den Einzugsbereichen zum Teil massiver Bevölkerungsverlust stattfand (vgl. ebd.: 70).

Laut Statistik Austria beläuft sich die Bevölkerung Reinschlags im Jahr 1869, als erstmals österreichweit demographische Daten erhoben wurden, auf 4.645 Personen. In den folgenden knapp 150 Jahren von 1869 bis 2016 halbiert sich jedoch die Bevölkerung um 51 Prozent (statistik.at 10). Heute leben in der Stadtgemeinde, die samt ihrer Katastralgemeinden elf Ortschaften zählt, 2.298 Personen, wobei auf die Stadt selbst rund 1.400 EinwohnerInnen entfallen (statistik.at 5). Die Bevölkerungsentwicklung von 2001-2011 entspricht mit -10,3 Prozent dem Trend der letzten 150 Jahre, allerdings lässt sich 2011-2016 ein Wachstum von 1,5 Prozent ablesen (statistik.at 10). Dieses ergibt sich durch positive Wanderungsbilanzen seit dem Jahr 2012, wodurch nicht nur die ebenfalls hohen Geburtenrückgänge ausgeglichen werden konnten, sondern gar ein, wenn auch dezenter, Bevölkerungsgewinn entstanden ist (vgl. Österreichischer Städtebund 2016). Dieses rezente Bevölkerungswachstum ist eine Konsequenz positiver Netto-Immigration und einerseits auf die Fertigstellung des Baus des Landespflegeheims im Jahr 2012 zurückzuführen, das seither einen konstanten Zuzug von hauptwohnsitzgemeldeten SeniorInnen hervorruft, andererseits auf die Aufnahme und Unterbringung von AsylwerberInnen seit April 2015. Ersteres ist laut einer Gemeinderätin/eines Gemeinderates, wenn auch hinsichtlich des Arbeitsplatzangebots lohnend und als Win-win-Situation zu verstehen, für die Bevölkerungsstatistik jedoch ein demographisch einmaliges und wenig dynamisches Phänomen:

„Mit der Fertigstellung des Pflegeheims Reinschlag kamen auf einen Schlag 70 Leute, die ihren Hauptwohnsitz plötzlich in Reinschlag hatten. Das verfälscht die Statistik. Bringt der Gemeinde die Bundesumlage. Und natürlich auch die Angestellten, diese 70, 80 Leute. [...] Eine Win-win-Situation. Für die Stadt unbedingt, weil die 80, wenn sie wegsterben, werden ja sofort wieder ersetzt. Die Meldestatistik bleibt gleich, der Arbeitgeber und alle, die arbeiten, bleiben da.“ (Int. 17/Abs. 88-92)

Der gesamte Bezirk Gmünd zählt zu den stärksten Abwanderungsregionen Österreichs und es wird bis 2030 mit einem Bevölkerungsrückgang von -5,5 und bis 2050 sogar von -11,1 Prozent gerechnet. Prognosewerte bis 2030 und 2050 liegen nur auf Bezirks- und nicht auf Gemeindeebene vor. Da aber die Gemeindewerte für den Zeitraum 1991-2001 und 2001-2011 jeweils sehr viel höher im Vergleich zu den Bezirkswerten waren (-13,7 vs. -3,1 bzw. -10,3 vs. -5,7 Prozent), kann bei unveränderten Rahmenbedingungen davon ausgegangen werden, dass die hier präsentierten Werte vermutlich einem Minimum entsprechen (statistik.at 10; Österreichischer Städtebund 2016). Der Bevölkerungsrückgang entspricht dem allgemeinen Trend des Schrumpfungsprozesses in europäischen Ländern, der einerseits von einer sinkenden Fertilität, andererseits von der Abwanderung erwerbstätiger Bevölkerung aus strukturschwachen Räumen gekennzeichnet ist. Eine damit korrelierende Dynamik ist

der Prozess der demographischen Alterung, der sich in Abwanderungsgebieten besonders stark auswirkt. Das im Bezirk Gmünd bereits sehr hohe Durchschnittsalter wird in der Stadtgemeinde durch den Betrieb des Landespflegeheims noch verschärft. Laut Österreichischem Städtebund (2016) liegt die Gemeinde mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren von allen österreichischen Städten an dritter Stelle.⁴¹ 10 Prozent der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt; 60,7 Prozent zwischen 15 und 64 Jahre und 29,3 Prozent 65 Jahre und älter (statistik.at 11).

Ein weiterer statistisch auffälliger Aspekt betrifft die Homogenität der Bevölkerung in Bezug auf die Staatsangehörigkeit. Ende des 19. Jahrhunderts, als 5 Prozent der Waldviertler Bevölkerung in die industriellen Zentren migrierten, war das Waldviertel selbst Zielgebiet saisonaler, in der Landwirtschaft benötigter, tschechischer Wanderarbeit (vgl. Parnreiter 1995: 356). Mit Ende des Ersten Weltkriegs wurde das Waldviertel zum Grenzgebiet und erst mit der Öffnung der Grenzen 1989 wird wieder eine grenzüberschreitende, kleinräumige Arbeitsmigration ermöglicht. Die Ausländerquote verblieb allerdings, entgegen der landläufigen Meinung, weit unter niederösterreichischem und österreichischem Schnitt (vgl. ebd.: 352). Ein Blick auf die Bevölkerungsstruktur nach Staatsangehörigkeit zeigt, dass die Bevölkerung der Gemeinde in Bezug auf jenes Merkmal höchst homogen ist. 95,9 Prozent der EinwohnerInnen wurden in Österreich geboren; 98,1 Prozent besitzen die österreichische Staatsangehörigkeit. Von jenen 1,9 Prozent, die sie nicht besitzen, halten 1,5 Prozent die Staatsangehörigkeit eines Landes aus der EU, dem EWR oder der Schweiz (Österreichischer Städtebund 2016). Im April 2015 wurden in Reinschlag erstmals 15 männliche Asylwerber untergebracht – dies entspricht auf die Stadtbevölkerung gerechnet einem Prozent, d. h., dass der 2015 implementierte Bezirksschlüssel von zwei Prozent, der für eine ausgeglichene Verteilung von AsylwerberInnen sorgen sollte, nicht erreicht wurde. Die Zwei-Prozent-Grenze sollte die Aufnahme und Unterbringung von AsylwerberInnen, gemessen in Prozent an der Gemeindebevölkerung, ohne Zustimmung der Gemeinde oder der/des BürgermeisterIn, ermöglichen (orf.at). Im darauffolgenden Jahr stieg die Zahl der in Reinschlag hauptwohnsitzgemeldeten AsylwerberInnen auf knapp hundert Personen an. Aktuell sind in 78 Prozent der Gemeinden Niederösterreichs, an 650 Standorten, 15.500 AsylwerberInnen untergebracht (noe.orf.at 2).

⁴¹ Nach Eisenerz mit 54,8 und Bad Radkersburg mit 51,3 Jahren (vgl. Österreichischer Städtebund 2016: Kap. 1).

4.3 Wirtschaftsgeschichte des Waldviertels

„Wir sind fünf Kilometer von Tschechien. Wir haben zu wenig Betriebe. Ein, zwei größere, die gut funktionieren. Aber so wie früher mal, das war ja das sogenannte Bandlkammerland⁴², die Leute hatten hier die Textilindustrie, Bänder geflochten usw. Es war eine große Industrie und das ist alles vorbei.“ (Int. 4/Abs. 6-13)

Der traditionelle Haushalt im gesellschaftlich wenig differenzierten, bäuerlich geprägten Waldviertel der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts beruhte auf einer agrarisch-heimgewerblichen Doppelökonomie (vgl. Parnreiter 1995: 352). Neben landwirtschaftlicher Subsistenzwirtschaft war der gesamte Raum entlang der böhmisch-österreichischen Grenze stark von v. a. textilgewerblicher Produktion geprägt. Dieser heimgewerbliche Nebenverdienst zur Landwirtschaft war in der Phase der „Proto-Industrialisierung“ (Zeitlhofer 1995: 131) Ende des 18. Jahrhunderts im ländlichen Raum allgemein verbreitet, im Waldviertel jedoch aufgrund seiner agrarischen Ungunstlage⁴³ besonders stark vertreten (vgl. ebd.). Auch in der Chronik Zimmel's wird auf diese ungünstigen Bedingungen verwiesen: „Unser Boden ist wenig ergiebig, wir haben meist Sandboden. Die Bevölkerung ist daher meist arm und sucht sich daher von jeher eine Nebenbeschäftigung“ (Zimmel 1910: 89).

Die bäuerliche Ökonomie erwirtschaftete das notwendige Zusatzeinkommen zunächst über die Verarbeitung regionaler (Schafwolle, Hanf, Flachs) und später importierter Rohstoffe (Baumwolle) (vgl. Zeitlhofer 1995: 131f). Letzterer gewann in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts als Verlagsarbeit in breiten Bevölkerungsschichten an Bedeutung und besonders das obere Waldviertel wurde aufgrund des niedrigen Lohnniveaus zum Produktionsstandort für Wiener Manufakturkapital⁴⁴ (vgl. Parnreiter 1995: 352). Der Übergang der Verarbeitung regionaler zu importierten Rohstoffen zeitigte den Beginn der protoindustriellen Entwicklung, die an die bestehende textile Heimproduktion anknüpfte und damit zunächst traditionelle Strukturen über die „Vermehrung ortsfester Einkommenschancen“ (ebd.: 353) festigte. Im Waldviertel war die Verbreitung der Heimindustrie stark ausgeprägt und entgegen dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang in Niederösterreich, wuchs die EinwohnerInnenzahl in dieser Zeit um 2,5 Prozent (vgl. ebd.: 353). Zudem war das hausindustrielle Gewerbe nicht auf eine bestimmte soziale Schicht begrenzt, vielmehr wurde im 18. Jahrhundert beinahe in allen Haushalten Garn gesponnen oder gewebt. Die Einkommensmöglichkeiten des

⁴² Gemeint ist hier „Bandlkammerland“, eine historische Landschaftsbezeichnung für die mit Textilindustrie assoziierte Region im oberen Waldviertel.

⁴³ In der Mitte des 19. Jahrhunderts wies das Waldviertel eines der niedrigsten Saatgut-Ertrags-Verhältnisse der gesamten Monarchie auf und nur 16 Prozent der Haushalte beruhten in ihrer Subsistenz ausschließlich auf Landwirtschaft (vgl. Zeitlhofer 1995: 31f).

⁴⁴ Die Schwechater Manufaktur unterhielt im Oberen Waldviertel 24 Halbkotton- und zwei Ganzkotton-faktoreien mit insgesamt 30.000 Arbeitsplätzen (vgl. Komlosy 1988: 29; Zeitlhofer 1995: 35).

Textilgewerbes in Kombination mit saisonaler, temporärer Arbeitsmigration⁴⁵ schufen eine ausreichende Existenzgrundlage (vgl. Zeitlhofer 1995: 35f), womit ländlichen ärmeren Schichten die Gründung eines eigenen Haushalts ermöglicht wurde. Diese machte sich in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in Neugründungen von Dörfern und Siedlungen, einem starken Häuserzuwachs und der Erweiterung bestehender Ortskerne ersichtlich. Erst um 1800 verlangsamte sich das Wachstum wieder (vgl. ebd.: 34f; Parnreiter 1995: 353).

Der Industrialisierungsprozess am Beginn des 19. Jahrhunderts brachte die Mechanisierung der Baumwollspinnerei mit der Errichtung und Konzentration maschineller Spinnfabriken im Süden von Wien (und St. Pölten) und machte das Obere Waldviertel zunehmend zu einer peripheren Region, deren ökonomische Funktionen weitgehend auf die Bedürfnisse des Zentralraums ausgerichtet waren.⁴⁶ Der Niedergang textiler Verlagsproduktion⁴⁷ lässt die Verdienstmöglichkeiten im sekundären Sektor der heimgewerblichen Produktion schwinden und löst in Kombination mit dem gleichzeitig stattfindenden landwirtschaftlichen Strukturwandel eine Destabilisierung der geschlossenen traditionellen agrarisch-heimgewerblich geprägten Hauswirtschaft aus (vgl. Parnreiter 1995: 353). Der weitere Verlauf wird von Komlosy (1988) als „abhängige Industrialisierung“ (ebd.: 146) bezeichnet. Da die zur Ernährung der wachsenden Bevölkerung nötigen Ertragssteigerungen anfänglich nicht durch Produktionssteigerungen, sondern durch erhöhten Arbeitseinsatz erzielt wurden, konnte anfänglich ein Teil der um ihr gewerbliches Einkommen gebrachten ländlichen ärmeren Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt werden (vgl. Parnreiter 1995: 353).

Langfristig allerdings war „die Landwirtschaft als zweites Standbein der geschlossenen Hauswirtschaft [...] nicht in der Lage, den Niedergang des Gewerbes zu kompensieren; sie machte selbst einen Arbeitskräfte freisetzenden Prozeß [sic!] durch“ (ebd.: 356). Im Waldviertel bediente die Landwirtschaft aufgrund agrarisch unvorteilhafter Bedingungen und der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verkehrstechnischen, infrastrukturellen Ablegenheit eher eine lokale Versorgungs- als eine überregionale Vermarktungsfunktion (vgl. ebd.: 354). Trotzdem blieb der landwirtschaftliche Strukturwandel nicht aus und die mit der Agrarrevolution 1848 einhergehenden produktionsorganisatorischen Veränderungen und arbeitssparenden Techniken brachten eine zunehmende Mobilisierung der Produktionsfaktoren und einen radikal schrumpfenden

⁴⁵ So suchten in konjunkturschwachen Zeiten v. a. Männer als Ziegelschläger, Maurer oder Gartenarbeiter Arbeit in Wien (vgl. Zeitlhofer 1995: 36).

⁴⁶ Zur selben Zeit büßen auch andere traditionelle häusliche Gewerbe ihre Existenzbasis ein (wie beispielsweise die Eisenindustrie, Hammerschmieden und Mühlen, Kohlenbrennereien, die Tuchmacherei), die plötzlich durch die Mechanisierung und Konzentration der Industrie einem überregionalen Konkurrenzdruck ausgesetzt waren (vgl. Komlosy 1988: 59f; Parnreiter 1995: 353).

⁴⁷ Während es um 1800 120.000 BaumwollspinnerInnen in Niederösterreich gibt, sind es zehn Jahre später nur noch 10.000 (vgl. Komlosy 1988: 38; Parnreiter 1995: 353).

Bevölkerungsanteil in der Landwirtschaft mit sich.⁴⁸ Die Kombination aus überschüssiger Bevölkerung und einer wachsenden Nachfrage nach Arbeitskräften in Wien⁴⁹ steigerte die Abwanderungsbereitschaft der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts (vgl. ebd.: 353ff).

Im 20. Jahrhundert verfestigte sich die ökonomische Randlage des Waldviertels noch zusätzlich. Zunächst brachte die nach dem Ersten Weltkrieg gezogene Grenze ein Entwicklungspotenzial, da mehrere Betriebe aus deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei nach Niederösterreich verlagert wurden und traditionelle Branchen (Textil, Stein, Holzindustrie) damit expandieren konnten. Allerdings waren die rückständigen Betriebe auf längere Sicht der überregionalen Konkurrenz nicht gewachsen (vgl. Komlosy 1988: 175f). Die geringe Produktivität der Landwirtschaft und deren fehlende Marktorientierung führten zur bargeldlosen Selbstversorgung der Bevölkerung und der Aufgabe vieler kleinerer Betriebe (vgl. ebd.: 58, 191f; Parnreiter 1995: 358). Auch nach Ende des Zweiten Weltkriegs verblieb das Waldviertel als Industriestandort wenig attraktiv und die Lage der Textilindustrie prekär. Zwischen 1951 und 1981 ging der Anteil der in Industrie und Gewerbe beschäftigten Bevölkerung um 18 Prozent zurück und die agrarische Bevölkerung reduzierte sich um 60 Prozent (vgl. Parnreiter 1995: 359), womit die Arbeitslosigkeit selbst zu Zeiten der österreichweiten Vollbeschäftigung (bei 2,6 Prozent) mit 6 Prozent verhältnismäßig hoch verblieb. Die traditionelle Branchenmonostruktur verminderte gegen Ende des 20. Jahrhunderts nach wie vor die Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene und führte in den Sparten Textil, Bekleidung und Elektro zu Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer. 1991 gab es im Vergleich zu 1880 ein Viertel weniger Beschäftigung in Industrie und Gewerbe (vgl. ebd.: 359). Auch gegenwärtig sind die wirtschaftlichen Aktivitäten des Waldviertels noch von traditionellen, wenig wissensintensiven Branchen sowie vom öffentlichen Sektor dominiert.

4.4 Beschäftigung, Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit

„Eine Gießerei und Aluminium- und Leichtmetallverarbeitende Industrie. Dann gibt’s eine große Dachdeckerei, dann gibt’s einen großen Installateurbetrieb, dann hätten wir jetzt einmal die Großen. Ich weiß nicht, wie viele die genau beschäftigen, dann gibt es natürlich noch eine Tischlerei“ (Int. 7/Abs. 93-95)

⁴⁸ Der 1790 in Österreich in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerungsanteil von 75 Prozent blieb bis 1850 mit 72 Prozent nahezu konstant und sank dann bis 1900 auf 50 Prozent (vgl. Parnreiter 1995: 355).

⁴⁹ Wien unterlag zu dieser Zeit einem konstanten und rasanten Wachstum. Zwischen 1870 und 1910 wanderten 660.000 Personen zu und die Gesamtbeschäftigung erhöhte sich um 120 Prozent. Auch im Waldviertel selbst entstanden regionale Zentren, die eine Teilindustrialisierung durchmachten oder besonders von der Errichtung der Franz-Josephs-Bahn profitierten (v.a. Gmünd) (vgl. Komlosy 1988: 65ff; Parnreiter 1995: 355f).

In der Stadtgemeinde sind im Jahr 2013 laut Statistik Austria 16,8 Prozent der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor (Sozial- und Gesundheitswesen sowie öffentliche Verwaltung) beschäftigt. Das traditionell starke Bauwesen ist für 12,1 Prozent und der produzierende Sektor (Herstellung von Nahrungsmitteln, Textilien und Holz sowie spezielle Bereiche des Maschinen- und Gerätebaus) gemeinsam mit dem Handel für 32,2 Prozent der Arbeitsplätze verantwortlich und erreicht damit Werte über dem österreichischen Durchschnitt (statistik.at 11). Im produzierenden Sektor ist nach Giffinger und Kramar (2012) das endogene Entwicklungspotenzial für die Region zu finden (vgl. ebd.: 69). Der Tourismus hingegen spielt eine nebensächlichere Rolle mit rund 4 Prozent Beschäftigung in Beherbergung und Gastronomie zusammen (statistik.at 12). Im Jahr 2014 gab es 28.313 Nächtigungen – das sind im Vergleich zum Jahr 2011 minus 16,1 Prozent und in den zehn vorhergehenden Jahren 2001-2011 gab es gar einen Rückgang von 43,4 Prozent (vgl. Österreichischer Städtebund 2016).

Giffinger und Kramar (2012) argumentieren, dass sich ländlich-periphere Regionen mit der Dominanz von kleinbetrieblichen und auf wenig dynamische und kaum innovative Branchen konzentrierter Wirtschaft in ihrer überregionalen Wettbewerbsfähigkeit benachteiligt sehen (vgl. ebd.: 67f). Die Wachstumsimpulse der regionalen Zentren sind für sie nur dann von Vorteil, wenn sie wirtschaftlich mit diesen verbunden sind (vgl. ebd.: 63). Dies zeige sich in der Veränderung der Beschäftigten im Zeitraum 1991 bis 2001, in dem die fünf untersuchten Zentren (Krems, Zwettl, Horn, Gmünd, Waidhofen/Thaya) deutlich besser abschneiden als ihr Umland, was die wichtige Rolle dieser regionalen Zentren als Wachstumsmotoren einer insgesamt strukturschwachen Region verdeutlicht (vgl. ebd.: 70). Die Ergebnisse ihrer Studie zeigen allerdings, dass sich die ökonomische Situation im Waldviertel laut jüngeren Daten in den letzten Jahren verbessert hat und sich dieses im Vergleich zu den anderen NUTS-3-Regionen der österreichischen Ostregion relativ gut behaupten kann. Zwischen 2002 und 2008 betrug das durchschnittliche jährliche (nominale) Wirtschaftswachstum 3,9 Prozent und ist damit vergleichbar mit dynamischeren Wirtschaftsräumen im Umland von Wien (Nordburgenland, Wiener Umland, St. Pölten, Niederösterreich-Süd). Auch die Arbeitslosenquote ist im selben Zeitraum nur um 1,6 Prozent gestiegen, was die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zu anderen Regionen deutlich entspannter gestaltet (vgl. ebd.: 66). In der Stadtgemeinde sind laut Statistik Austria im Jahr 2013 48,3 Prozent der Bevölkerung Erwerbspersonen (44,3 Prozent davon erwerbstätig und 4 Prozent arbeitslos), 35,2 Prozent mit Pensionsbezug und 11,8 Prozent unter 15 Jahre oder in Ausbildung (statistik.at 11). Von jenen 91 arbeitslosen Personen sind 50 weiblich und 41 männlich (vgl. Österreichischer Städtebund 2016). Die rezente Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage konnte allerdings laut Giffinger und Kramar (2012) noch nicht zu einer Umkehr des demografischen Schrumpfungsprozesses führen (vgl. ebd.: 66). Da sie davon ausgehen, dass berufsbezogene Pendelströme die wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb einer Region aufzeigen können und als Indika-

toren zur Repräsentation ökonomisch relevanter Interaktionen verwendet werden können, soll sich das nächste Kapitel ausführlicher dieser Form der Wanderung widmen.

4.5 Pendelverflechtungen, regionale Zentren und Schulstandort

„Es fahren alle Maurer und Tischler nach Wien zum Arbeiten, du konnst von hier daroben ausschließlich nicht leben. Die fahren entweder jeden Tag hin und her oder san auf einer Baustelle und fahren am Wochenende z’ruck, kloar die G’schäfte und die Tankstelle und die Betriebe san do, aber alle anderen pendeln.“ (Int.8/Abs.57)

Das Pendeln zum Arbeitsplatz stellt im Waldviertel traditionell die interregional typische Form der Wanderung dar. Schon der Heimatforscher Karl Zimmel beschreibt um 1900 diese regionale Gepflogenheit der lokalen Bevölkerung, auf der Suche nach Arbeit die Wohngemeinde zu verlassen und Distanzen bis nach Wien zurückzulegen:

„In unserer Gegend sind noch viele Männer Maurer und Zimmerleute, die meisten gehen im April nach Wien in die Arbeit und kommen im Oktober wieder zurück. Wenn unsere Mädchen nicht in der Fabrik arbeiten, so gehen sie als Dienstmädchen nach Wien.“ (Zimmel 1910: 94)

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die interregionale Migrationsbilanz innerhalb des Waldviertels in bestehende Zentren wie Schrems, Heidenreichstein, Horn, Waidhofen und Zwettel an. Während 1971 55 Prozent der Beschäftigten auspendeln mussten (hauptsächlich innerhalb des politischen Bezirks), stieg das Verhältnis bis 1981 bereits auf zwei Drittel der Bevölkerung und die zurückgelegten Distanzen wurden länger (vgl. Parnreiter 1995: 351, 359f). Pendelverflechtungen hängen erwartungsgemäß stark von der Entfernung zu den jeweiligen Zentren und ihrer Nähe zu großen Verkehrsachsen ab. 51,3 Prozent der WaldviertlerInnen haben 1991 ihren Arbeitsort in ihrer Wohngemeinde, 2001 sind es bloß noch 42,3 Prozent (vgl. Giffinger/Kramar 2012: 67f).

Giffinger und Kramar (2012) zeigen in ihrer Analyse der regionalen Pendlerströme, dass der Anteil der AuspendlerInnen im Waldviertel zwar konstant wächst, es sich dabei aber hauptsächlich um PendlerInnenströme innerhalb der Region handle und die Bedeutung des Zentrums Wien im Untersuchungszeitraum 1991 bis 2001 leicht zurückgegangen sei. 10 Prozent besitzen 1991 ihren Arbeitsort in Wien, 2001 nur noch 9,6 Prozent. Dies deute auf eine Verbesserung der regionsinternen Vernetzung und eine Reduktion der Außenabhängigkeit hin (vgl. ebd.: 67). 85 der 109 Gemeinden des Waldviertels haben ihre wichtigste PendlerInnenbeziehung zu einem der Hauptorte der fünf politischen Bezirke (Krems, Zwettl, Horn, Gmünd, Waidhofen an der Thaya), die eine kleinregionale Funktion als Arbeitsplatzzentren erfüllen: „Alle anderen Gemeinden des Waldviertels (mit Ausnahme von Schrems) haben weniger als 2000 Beschäftigte und können daher kaum zentrale Funktionen übernehmen“ (ebd.: 69). Im Jahr 2013 waren in der untersuchten Stadtgemeinde 999 Personen aktiv er-

werbstätig, von denen 553 auspendelten. Diesen stehen im Berufsverkehr 304 EinpendlerInnen gegenüber, was ein Pendelvolumen von 968 ergibt und im Jahr 2013 eine Tagesbevölkerung von 2025 (vgl. Österreichischer Städtebund 2016). Der Prozentsatz der Tages- an der Wohnbevölkerung verweist auf die Bedeutung der Ortschaft als Zentrum der Region, ein Merkmal, das in der vorliegenden Gemeinde mit 88 Prozent nicht gegeben ist (statistik.at 12).

Von den 553 AuspendlerInnen in der Stadtgemeinde verbleiben 51,3 Prozent im selben politischen Bezirk, mit den stärksten Anziehungsorten Gmünd, Heidenreichstein und Schrems. 28,3 Prozent pendeln in einen anderen politischen Bezirk des Bundeslandes (v. a. Waidhofen an der Thaya) und 20 Prozent pendeln in ein anderes Bundesland (v. a. Wien). Bei den 304 EinpendlerInnen kommen 73 Prozent aus einer anderen Gemeinde des politischen Bezirks (v. a. Eggern, Eisgarn, Haugschlag, Heidenreichstein und Reingers) und 21,7 Prozent aus einem anderen politischen Bezirk des Bundeslandes (v. a. Waidhofen an der Thaya). Nur 4,6 Prozent pendeln aus einem anderen Bundesland ein (statistik.at 12).

Pendeln spielt auch im Hinblick auf den Schulbesuch eine Rolle. Insgesamt besuchten im Jahr 2013 176 SchülerInnen allgemein bildende Pflichtschulen in Reinschlag (eine Volksschule und eine Hauptschule), von denen 26 Prozent aus den umliegenden Gemeinden desselben Bezirks einpendelten, wohingegen 34 Prozent von den knapp 200 in der Gemeinde lebenden SchülerInnen in andere Gemeinden des politischen Bezirks bzw. einen anderen politischen Bezirk (bzw. Bundesland) auspendelten (statistik.at 12). Mit der sinkenden Fertilität ist die Diskussion über die Erhaltung und Lebensfähigkeit der Schulen von konstanter Aktualität, wie ein in Reinschlag beschäftigte/r LehrerIn erläutert:

„Die Schulen hier heraußen kämpfen ja sowieso mit dem Überleben. Letztes Jahr hatten wir 109 Schüler⁵⁰, nächstes Jahr ist's ungefähr auch so. Die Schule ist ausgelegt auf 350 Kinder und ganz langsam ist in den nächsten 10 Jahren deutlich was an Senkung da, wenn sich nicht im Bevölkerungsbild deutlich was ändert. Das Waldviertel vergreist und die letzten Jahre waren geburtenschwach. Es wird sicher so sein, dass die kleinen Volksschulen in den meisten Orten schließen müssen, obwohl die Bürgermeister dran klammern, aber das wird sich sicher ändern.“ (Int. 11/Abs. 26f)

Die Erhaltung der Schulen wird bereits seit mehreren Jahren als Problemfeld erkannt. Die Abwanderung der Bevölkerung der letzten hundert Jahre in erwerbsfähigem und damit reproduktivem Alter verschärft die Auswirkungen der sinkenden Fertilität (siehe Kapitel 2.1) und äußert sich in einer rasch schrumpfenden SchülerInnenschaft. So wird das Pendeln vom und zum Schul- bzw. Ausbildungsort und die daraus folgende Schließung von Schulen voraussichtlich in den nächsten Jahren thematisch an Bedeutung gewinnen.

⁵⁰ Die Zahl bezieht sich auf das Schuljahr 2014/15, über das zum Zeitpunkt der Recherche bei Statistik Austria noch keine offiziellen Statistiken verfügbar waren.

4.6 Gemeindehaushalt und Mandatsverteilung

„Eine Firma würde man zusperren, nur eine Gemeinde kann man nicht zusperren. [...] Hab ich keine Einwohner, krieg ich kein Geld vom Bund. Und des ist dann ein Kreislauf, wo sich der Hund in den Schwanz beißt, da kommt man nimmer raus.“ (Int. 15/Abs. 85f)

Bei der vorliegenden Gemeinde handelt es sich um eine Sanierungsgemeinde. Wenn ein Ort budgetäre Probleme aufweist, den ordentlichen Haushalt nicht mehr selbstständig ausgleichen kann und sich der Gemeinderat diesbezüglich einig ist, kann er zur Sanierungsgemeinde erklärt werden. Damit wird die politische Handlungsfähigkeit und Selbstständigkeit zugunsten von monetären Transaktionen für Jahre aufgegeben und der Kontrolle und Betreuung des Landes überlassen, das nach der Durchleuchtung aller Einnahmen und Ausgaben ein Sparkonzept erstellt und über alle Investitionen wacht (standard.at). Solche Transferleistungen von strukturstarken an strukturschwache Regionen erlauben die Überbrückung der Illiquidität und die Erfüllung der gesetzlichen und freiwilligen Gemeindeaufgaben. Das Setzen einer solchen Maßnahme weist zumeist auf die Strukturschwäche einer gesamten Region hin, in der der kumulativ auf mehreren Ebenen stattfindende Erosionsprozess (Abwanderung von Betrieben und Bevölkerung, sinkende Fertilität, Mangel an Infrastruktur etc.) seinen Lauf nimmt. Copus und Cabtree (1996) weisen in diesem Zusammenhang auf die Verschleierung der Nachhaltigkeitshemmnisse von abgelegenen, ländlichen Räumen durch beträchtliche Transfers aus strukturstarken Regionen hin (vgl. ebd.: 53). Dementgegen argumentiert Nuikina (2011), dass Unterstützungen des Wohlfahrtsstaates von Bedeutung sind, um die Wohlfahrtsversorgung der BewohnerInnen und die Lebensfähigkeit der Gemeinde zu gewährleisten (vgl. ebd.: 37) (siehe Kapitel 2.2.3). In Niederösterreich befinden sich rund 30 Gemeinden in der sogenannten Sanierung (presse.com).

Ein/e in der Gemeinde lebende/r PensionistIn erläutert die Gründe für die Insolvenz der Stadtgemeinde, die vor allem auf die fehlenden Kommunalsteuereinnahmen zurückzuführen sei. Die gesetzlichen und freiwilligen Aufgaben wären allerdings dennoch zu erfüllen und so entstünde ein Kreislauf, der kaum zu durchbrechen wäre. Darüber hinaus wird die budgetäre Abhängigkeit vom Land Niederösterreich als Entmündigung bzw. Sachwalterschaft bezeichnet, da jede Investition der Bewilligung des Landes bedarf und ohne dessen Zustimmung keine eigenen Investitionsentscheidungen getroffen werden könnten. Schließlich erfolgt der Hinweis auf die Relevanz der Mandatsverteilung im Gemeinderat bzw. die Parteizugehörigkeit des/der BürgermeisterIn:

„Im Großteil ist es geschuldet der Situation, dass wir ein riesiges Gemeindegebiet haben, eine geringe Bevölkerungszahl und keine Betriebe. Und grad die Betriebe, die Geld hineinspülen [...] und die Körperschaftssteuer. Des geht mir dann ab vom Gemeindebudget, weil die Straße muss ich kehren, den Kanal muss ich betreuen für die Wasserversorgung, [...] die Erhaltung der Straßen, [...] dann muss ich mich ums Hallenbad kümmern, ums Freibad, auch wenn weniger Besucher da sind [...] D. h. es wird eh gespart hinten und vorn, wo's irgendwie geht, aber es wird nie so

viel sein, dass Reinschlag in absehbarer Zeit aus seiner Sanierung rauskommt. [...] Reinschlag, als Sanierungsgemeinde, ist abhängig vom Gutdünken eines Pröll. Reinschlag muss für jede Investition – als Sanierungsgemeinde bist du nicht eigenverantwortlich, da stehst du unter der Sachwalterschaft des Landes –, d. h., wenn Reinschlag investiert, neuer Stadtplatz, neue Straße, neue Straßenbeleuchtung, muss das genehmigt werden vom Land. Wenn das Land nicht das Geld und die Zustimmung gibt, geschieht da gar nichts. Ist das jetzt eine rote Gemeinde [...] gibt es ein Problem, weil das wird politisch ausgenützt. Zu leiden hat die Bevölkerung, weil die Argumentation der schwarzen Oppositionspartei lautet dann so: ‚Ja, des krieg‘ ma leider net, da hätt’s müssen die ÖVP wählen.‘ Aber des unter der Hand, des wird nicht offiziell g’sagt, aber jeder weiß es.“ (Int. 15/Abs. 8f, 85f)

Die hier angesprochene ungerechte Verteilung in Abhängigkeit von der parteipolitischen Couleur der Stadtgemeinde ist ein häufiger Vorwurf von Gemeinden, der jedoch vom niederösterreichischen Finanzlandesrat zurückgewiesen wird (noe.orf.at 1). In der Lokalbevölkerung hat sich nichtsdestotrotz die Überzeugung verbreitet, dass die politisch-konservative Gemeindemehrheit sowie der gute Draht des/der BürgermeisterIn nach St. Pölten die budgetäre Lage beträchtlich verbessere und Finanzierungsentscheidungen der Stadtgemeinde damit erleichtert werden. Bei den letzten Gemeinderatswahlen im Jänner 2015 mit 3042 Wahlberechtigten und 2097 abgegebenen Stimmen, erhielt die konservative ÖVP 63 Prozent, die sozialdemokratische SPÖ 27 Prozent und die aus der rechtspopulistischen FPÖ hervorgegangene BBR (Bürgerbewegung Reinschlag) 10 Prozent.

Zusammenfassend zeigt sich, dass Reinschlag – wie viele andere Städte in Niederösterreich – trotz des fortschreitenden europäischen Integrationsprozesses von der dynamischen Entwicklung in den Metropolregionen abgeschnitten ist. Es zählt laut Statistik Austria wie 370 weitere Gemeinden zum „peripheren ländlichen Raum“. Eine lange Geschichte der Abwanderung, die traditionelle Branchenmonostruktur, die Funktion als Arbeitskräfte-lieferantin für den Wiener Arbeitsmarkt, die sich durch Abwanderung verstärkt auswirkende sinkende Fertilität und die Überalterung der Bevölkerung weisen auf beträchtliche Schrumpfungsprozesse von sich gegenseitig verstärkenden negativen Entwicklungen auf mehreren Ebenen und über einen längeren Zeitraum hinweg. Die geographisch-periphere Lage sowie die infrastrukturelle und ökonomische Abgelegenheit tragen darüber hinaus dazu bei, dass die gesamte Region das Attribut „strukturschwach“ in näherer Zukunft nicht ablegen wird. Dies sind die objektiven strukturellen Rahmenbedingungen für die Zuwanderung und die sozioökonomischen Voraussetzungen, die bei der Identifizierung der Faktoren der Akzeptanz Berücksichtigung finden müssen und für Gemeinden mit ähnlichen Voraussetzungen als Vergleichsparameter herangezogen werden können.

5 Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Im vorhergehenden Kapitel erfolgte die Darlegung der strukturellen Rahmenbedingungen der Stadtgemeinde, das heißt jener geographischen, demographischen, soziökonomischen, historischen, infrastrukturellen und politischen Voraussetzungen, in deren Kontext die empirischen Ergebnisse als eingebettet verstanden werden müssen. Auf Grundlage der Beschreibung des äußeren Umfelds soll nun eine kurze Skizze der sozialstrukturellen Charakteristika der GesprächspartnerInnen erstellt werden, bevor eine eingehende Erörterung jener Faktoren erfolgt, die einen Einfluss auf die Akzeptanz der lokalen Bevölkerung ausüben. Jene akzeptanzbedingenden Faktoren lassen sich jeweils drei Ebenen zuordnen: Charakteristika, die die regionalen und kommunalen Strukturen und Einrichtungen aufweisen; Charakteristika, die sich in der Beziehungsgestaltung zwischen AsylwerberInnen und Lokalbevölkerung sowie innerhalb der Lokalbevölkerung zeigen; Charakteristika, die sich auf die Wahrnehmung von AsylwerberInnen vonseiten der Lokalbevölkerung beziehen. Jene drei Ebenen – Strukturen, Beziehungen und Wahrnehmung – bilden das analytische Gerüst der Datenaufbereitung und sollen eine übersichtliche Darstellung der akzeptanzverstärkenden und akzeptanzschmälernden Faktoren erlauben.

5.1 Sozialstrukturelle Charakteristika der GesprächspartnerInnen

Für die Frage nach den Faktoren der Akzeptanz haben sich spezifische sozialstrukturelle Merkmale der GesprächspartnerInnen als relevant und einflussnehmend herausgestellt. Einerseits handelt es sich dabei um Charakteristika des sozialen Status, konkret um den Bildungshintergrund und das Beschäftigungsverhältnis der jeweiligen Person, andererseits um die Tatsache, ob die Person genuin aus der Gemeinde stammt oder später im Leben zugereist ist. Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über jene Merkmale der GesprächspartnerInnen erfolgen.

5.1.1 Bildungshintergrund und Beschäftigungsverhältnis

Bei der Beschreibung zweier spezifischer Charakteristika der Sozialstruktur der AkteurInnen des Feldes zeigt sich, dass jene kein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit darstellen. Vor allem hinsichtlich der beiden Merkmale Bildungshintergrund und Beschäftigungsverhältnis zeigt sich in einer Gegenüberstellung der Daten von Statistik Austria über die Gemeindebevölkerung ein signifikanter Unterschied. So besitzen die GesprächspartnerInnen einen überdurchschnittlich hohen Bildungsabschluss und gehen mehrheitlich einer als sicher und gut empfundenen Beschäftigung nach.

Im Jahr 2014 haben in der Stadtgemeinde Reinschlag 5,6 Prozent der Bevölkerung als höchste abgeschlossene Ausbildung den Abschluss an einer Hochschule. 25,5 Prozent besitzen einen berufsbilden-

den oder allgemeinbildenden Schulabschluss und 68,8 Prozent einen Pflichtschulabschluss (etwa die Hälfte davon absolvierte daraufhin eine Lehre) (statistik.at 13). Die Verteilung hinsichtlich Ausbildungsgrad bei den in der Tabelle inkludierten AkteurInnen des Feldes gestaltet sich folgendermaßen: Von 31 Personen haben 17 Personen einen Abschluss an einer Hochschule (das entspricht in etwa 55 Prozent), sechs Personen haben einen berufsbildenden oder allgemeinbildenden Schulabschluss (in etwa 19 Prozent) und acht Personen besitzen einen Pflichtschulabschluss (in etwa 26 Prozent). Der überwiegende Teil der AkteurInnen des Feldes besitzt also im Vergleich zum Durchschnitt der Gemeindebevölkerung einen überaus hohen Bildungsabschluss.

Laut Statistik Austria sind im Jahr 2013 44 Prozent der Gemeindebevölkerung erwerbstätig und vier Prozent arbeitslos, 35 Prozent PensionistInnen und 12 Prozent unter 15 Jahre alt oder in Ausbildung, 5 Prozent sind sonstige Nicht-Erwerbspersonen (siehe auch Kapitel 4.4). Der Erwerbsstatus der GesprächspartnerInnen wurde nach spezifischeren Kriterien erhoben. So wurde von den InterviewpartnerInnen zusätzlich angegeben, inwiefern ihr finanzielles Auskommen auf Grundlage ihrer Erwerbstätigkeit oder Nicht-Erwerbstätigkeit als unsicher, sicher oder sicher und gut eingeschätzt werden könnte.⁵¹ Von 31 in der Tabelle inkludierten Personen sind 25 Personen erwerbstätig (in etwa 80 Prozent der GesprächspartnerInnen). 23 Personen schätzen ihre sozioökonomische Situation als sicher und gut ein, 3 Personen als sicher und 5 Personen als unsicher. Der mehrheitliche Anteil der GesprächspartnerInnen ist demnach nicht nur erwerbstätig, sondern empfindet sein finanzielles Auskommen als ausreichend.

Neben Bildungsgrad und Beschäftigungsverhältnis zeigt sich, dass ebenso der Herkunftsort der GesprächspartnerInnen eine relevante Rolle hinsichtlich der in weiterer Folge beschriebenen Faktoren der Akzeptanz spielt. Im folgenden Abschnitt soll daher Faktor „Zuagroast“ hinsichtlich der Homogenität der InterviewpartnerInnen in Bezug auf deren Herkunftsort beschrieben werden.

5.1.2 „Zuagroast“ – Homogenität in Bezug auf den Herkunftsort

“In most instances, international migration increases diversity within a society.” (Castles: 15)

Der walldviertlerisch-emisch zur Anwendung kommende Begriff „Zuagroast“ gibt Auskunft darüber, ob eine in der Gemeinde lebende Person genuin aus der Gemeinde stammt oder im Laufe des Lebens zugereist ist (siehe auch Kapitel 5.3.1 und 5.6.1). Die Zuwanderung aus benachbarten Regionen und Bezirken stellt dabei den größten Teil der Immigration dar. Wien bzw. andere Herkunftsländer treten als Herkunftsregionen für zugewanderte Personen der lokalen AkteurInnen des Feldes nur selten in

⁵¹ Nach dieser Aufschlüsselung wurde beispielsweise der Pensionsbezug als sichere, aber nicht gute Einkommensquelle bewertet und der Bezug von Arbeitslosengeld bzw. die Ausübung von Tätigkeiten der Hilfs- oder Saisonarbeit als unsichere Beschäftigung.

Erscheinung. So befindet sich unter den GesprächspartnerInnen eine Person aus einem deutschsprachigen Nachbarland Österreichs, eine Person aus dem nahöstlichen arabischen Raum, d. h. lediglich zwei Personen, die aus dem österreichischen Ausland zugereist sind. Neben drei Personen, die Wien als Herkunftsort angaben, vermeldeten zwölf weitere Personen, aus einer anderen Gemeinde desselben Bezirks, aus einem anderen Bezirk oder Bundesland Österreichs zugereist zu sein. Vierzehn Personen stammen autochthon aus der Gemeinde, sechs davon haben zu Ausbildungs- oder anderen Zwecken eine längere Zeit außerhalb der Gemeinde gelebt und die restlichen acht Personen waren ohne längere relevante Abwesenheiten konstant in der Gemeinde wohnhaft. In der Gesamtstatistik zeigt sich, dass knapp 96 Prozent der EinwohnerInnen in Österreich geboren wurden (siehe Kapitel 4.2; statistik.at 14), worauf auch der/die BürgermeisterIn in diesem Zusammenhang verweist und eine Vermutung bezüglich der hohen Homogenität der Bevölkerung formuliert:

„Wir haben wenig Erfahrung, in Reinschlag gibt es in Wirklichkeit keine, sag ich mal, Gemeindebürger – wenige mit ausländischem Hintergrund, weil wir halt einfach, des hat's halt bei uns, warum auch immer, wahrscheinlich, weil wir zu wenig Arbeitsplätze haben, nicht gegeben.“ (Int. 1/Abs. 19)

Die in der Statistik aufscheinenden Personen mit ausländischem Geburtsland (in absoluten Zahlen 94 Personen; 22 davon aus sogenannten Drittländern Europas, Nordamerikas und Asiens; 72 Personen aus EU-Staaten, dem Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz) (statistik.at 14) sind in ihrer Anzahl, dem Zitat folgend, demnach genügend gering, um in der Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung keine größere Rolle zu spielen. Besonders hoch ist laut BürgermeisterIn die Anzahl der ZweitwohnsitzerInnen in der Gemeindebevölkerung: „Rund 3200 Einwohner, davon mindestens ein Drittel Zweitwohnsitzer“ (Int. 1/Abs. 3). Für unsere Zwecke scheint diese Größe allerdings nicht relevant zu sein – lediglich zwei Personen in der Tabelle besitzen ihren Zweitwohnsitz in Reinschlag. In den folgenden Kapiteln soll nun die Darlegung der aus dem empirischen Material identifizierten akzeptanzbedingenden Faktoren erfolgen, die zu analytischen Zwecken einem aus drei Ebenen bestehenden Gerüst aus Strukturen, Beziehungen und Wahrnehmung zugeordnet wurden.

5.2 Akzeptanzfördernde Charakteristika der Strukturen

Akzeptanzfördernde Strukturen, deren Etablierung und Realisierung im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde verortet werden, bilden die Voraussetzung für den akzeptierenden Umgang der lokalen Bevölkerung mit der neuen Situation. Hierbei wurden vier Aspekte besonders hervorgehoben: Erstens ein umfassendes Informationsangebot in Form von Veranstaltungen, Printmaterial und der Adaptierung des kulturellen Programms an aktuelle Themen; zweitens das Angebot von Deutsch- und Integrationskursen; drittens das Einsetzen von vermittelnden Personen als IntegrationsbotschafterInnen; viertens die Ermöglichung von gemeinnütziger Arbeit. Ein zusätzlicher Faktor, der darüber hinaus die Schaffung jener Strukturen stützen kann und vor allem zu Beginn einen großen Einfluss auf

die Genese von Akzeptanz bei der Lokalbevölkerung ausüben kann, betrifft die Meinungsbildungskompetenz der Stadelite, d. h. die Vorbildwirkung angesehener Stadtpersönlichkeiten.

5.2.1 Informierung und Sensibilisierung der Lokalbevölkerung

"Wer nichts weiß, muss alles glauben." (Marie von Ebner-Eschenbach; zitiert auf [wikimedia.org](https://www.wikimedia.org/))

Die Errichtung eines breitgefächerten Informationsangebots zur Aufklärung und Sensibilisierung der Lokalbevölkerung sei als erster und vorbereitender Schritt für daran anknüpfende integrationsfördernde Strukturen zu verstehen, mit dem Ängste und Sorgen der Lokalbevölkerung, die auf einen Informationsmangel zurückzuführen seien, aus dem Wege geräumt werden könnten. So begründet eine/r der InterviewpartnerInnen mit eigener Migrationserfahrung von der arabischen Halbinsel nach Mitteleuropa vor mehr als zwei Jahrzehnten die Bedeutung der eingehenden Informierung der Bevölkerung mit der Vermutung einer generellen Angst vor dem Nicht-Bekannten bzw. Fremden:

„Es gibt schon die Menschen, die Gegenstimmen äußern und die beziehen sich meines Erachtens auf Unwissen. Die Leute sind wenig darüber informiert, sie haben einfach Angst vor dem Ungewissen, weil letztlich haben wir alle Angst vor dem Fremden, weil wir nicht wissen, was uns erwartet.“ (Int. 5/Abs. 5)

Ein solches Informationsangebot beinhalte beispielsweise die Organisation von Informationsveranstaltungen, die Verteilung von Informationsbroschüren sowie die Adaption des kulturellen Programms an tagespolitische, aktuelle Themen – respektive die aktuell veränderte Situation im Gemeindeleben hinsichtlich der Aufnahme von AsylwerberInnen. Ein/e InterviewpartnerIn, die/der in die vorjährige Produktion eines lokal inszenierten Theaterstücks involviert war, bezieht sich dabei beispielhaft auf dessen Inhalt, in dem das aktuell, politisch relevante Thema der Flucht verarbeitet wurde, womit eine Auseinandersetzung über die Hintergründe der Aufnahme von AsylwerberInnen vorangetrieben werden konnte:

„Der Inhalt ist angelehnt an Aktualität des Themas [...] Touristinnen am Strand sehen ein Flüchtlingsboot, das kentert. Es ist ein unangenehmes Thema, das Lachen bleibt den Menschen im Hals stecken.“ (Int. 13/Abs. 59, 73)

Mit den erwähnten Maßnahmen sollten detaillierte Informationen über gemeindespezifische Veränderungen sowie die Durchsichtigkeit über die Ursachen der internationalen Immigration und die Auswirkungen auf das Gemeindeleben sichergestellt werden können, um damit den Weg für darauf aufbauende integrationsfördernde Maßnahmen zu ebnen. Machold, Dax und Strahl (2013) verweisen ebenfalls darauf, dass die Rahmenbedingungen für die gemeinsame Gestaltung des Zusammenlebens kommunal und regional geschaffen werden müssten (vgl. ebd.: 149f). Es gehe nicht nur um die Sensibilisierung der Bevölkerung, sondern auch der Verantwortlichen in der Gemeinde. Gruber (2015) bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des „Willkommenheißen“, d. h. die Veran-

staltung von Informationsabenden bzw. -mappen, interkulturellen Veranstaltungen und sozialen Treffpunkten (vgl. ebd.: 2f).⁵²

Unabdingbar sei auch ein unmittelbar an die Aufnahme anschließendes Angebot von Deutschkursen, da besonders Sprachkompetenzen für gesellschaftliche Teilhabechancen ausschlaggebend seien (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 149f). Diese sollen im folgenden Kapitel diskutiert werden.

5.2.2 Integrationsspezifische Maßnahmen

„Eigentlich braucht es in jeder Gemeinde so jemanden, der sie hier auffängt, sie einführt, ihnen Sachen erklärt, die Sprache spricht, selber Immigrationerfahrung gemacht hat und schaut, dass das alles gut klappt, dass sie hier einfach eine Ansprechperson haben.“ (Int. 13/Abs. 115)

Integrationsspezifische Maßnahmen auf kommunaler Ebene können das Angebot von informierenden Kursen für AsylwerberInnen beinhalten, wie zum Beispiel Sprach- und Integrationskurse sowie auch das Einsetzen von vermittelnden Personen in alltäglichen Interaktionen, hier als „IntegrationsbotschafterInnen bezeichnet. Darüber hinaus könne die Gemeinde mittels spezifischer Maßnahmen das Ausüben von gemeinnütziger und ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.

Angebot von Deutsch- und Integrationskursen für AsylwerberInnen

Deutschkurse seien von hoher Relevanz, da die Sprachkompetenz Kontaktflächen und Interaktionen überhaupt erst ermöglichen könne und die Englischkenntnisse der AsylwerberInnen wie auch der Lokalbevölkerung begrenzt wären, wie es im folgenden Zitat ein/e GesprächspartnerIn aus eigener Erfahrung berichtet. Jene Person stammt genuin aus der Gemeinde, ist nach vielen Jahren des Wienaufenthalts wieder zurückgekehrt und kommt nun aufgrund der geographischen Nähe ihres Wohnortes und des regelmäßigen Besuchs diverser Gemeindeveranstaltungen häufig in Kontakt mit den AsylwerberInnen, jedoch komme es aufgrund fehlender Sprachkompetenzen zu keinen längeren Gesprächen. Darüber hinaus versetzt sie sich in die Position der AsylwerberInnen und vermutet, dass auch potenzielle Konflikte im Kontakt mit ausreichenden Deutschkenntnissen leichter entschärft werden könnten:

„Wir sehen uns und grüßen uns, aber es kommt zu keinem Gespräch, vielleicht scheu. Man weiß eh irgendwann einmal nimmer was man sagen soll mit dem wenigen Englisch. [...] Sie würden sich auch wesentlich leichter tun, wann sie Deutsch redaten, sie können ja bei Wickeln⁵³ auch nur wirklich mit sich geschehen lassen und gehen, wenn kana da ist, der hilft.“ (Int. 8/Abs. 19, 74)

⁵² Andererseits können jene eben angesprochenen Informationsabende und -mappen oder interkulturelle Veranstaltungen dazu beitragen, Stereotypisierungen zu schaffen, zu stärken und zu verfestigen.

⁵³ „Wickel“ – wienerisch für „Streit, Ärger“

Darüber hinaus seien Workshops oder Seminare, die internationalen ImmigrantInnen zentrale Regeln und Normen des Zusammenlebens, aber auch administrative bzw. verwaltungsrelevante Handlungsanleitungen vermitteln könnten, von entscheidender Bedeutung. Ein/e InterviewpartnerIn mit einer bereits mehrere Jahre zurückliegenden Migrationserfahrung aus dem arabischen Raum nach Österreich berichtet über seine/ihre eigenen Erfahrungen des Einlebens in der Stadtgemeinde. Ein solches Einleben beinhalte zwar die Anpassung an die Regeln der Mehrheitsgesellschaft, ohne jedoch eine Zwangsassimilation, das Aufgeben der Persönlichkeit oder spezifischer Lebensweisen zu erfordern:

„Wenn mir jemand sagt, wie der Hase läuft in einem anderen Land, dann kann ich mich auch besser anpassen, dann kann ich mich besser einleben, ohne dass ich meine Persönlichkeit verliere oder dass ich mich zwangsassimiliere, aber letztendlich muss ich mich einfügen. Natürlich, die Minderheit müsste sich mehr oder minder an die Regeln der Mehrheit anpassen, ohne dass sie sich einschmelzen müssen und ihre Art zu leben völlig aufgeben müssen.“ (Int. 5/Abs. 17f)

Die Bedeutung von informierenden Kursen für AsylwerberInnen über Verhaltensregeln im öffentlichen Raum wird wiederum damit begründet, dass Konflikte im Zusammenleben dadurch potenziell verringert oder vermieden werden könnten. Die Ursache von Spannungen und Disharmonien im Gemeindealltag wird von dem/der BürgermeisterIn der Gemeinde auf die Unerfahrenheit und den Mangel besseren Wissens vonseiten der AsylwerberInnen zurückgeführt:

„Die wissen ja oft gar nicht, was sie g'macht haben, was die Reinschlager Bevölkerung aufregt. Zum Beispiel hat einmal einer im Park vor der Kirche uriniert. Der hat des gar net besg'meint, nur hat des eine Frau gesehen und hat g'sagt: ‚Der uriniert auf unsere Kirche!‘ Ja, net unbedingt gut, aber er hat's hoit net besser gewusst, er hat sich 1000mal entschuldigt, er wollte keinen Christen beleidigen, aber solche Kleinigkeiten halt.“ (Int. 1/Abs. 109)

Unwissenheit über die vor Ort geltenden Regeln des Zusammenlebens könnten durch Informationsübermittlung und vor allem die Beseitigung sprachlicher Barrieren überwunden werden. Auch Brunner, Jost und Lueger (1994a) und auch Gruber (2015) argumentieren, dass aus einer traditionellen Integrationsperspektive das rasche Erlernen der Sprache und umfangreiche dementsprechende Angebote von Bedeutung seien, um gesellschaftliche Teilhabechancen zu ermöglichen (vgl.: 326). Die Informierung der lokalen Bevölkerung (Kapitel 5.2.1) und der AsylwerberInnen ist folglich ausschlaggebend für ein konfliktfreies Interagieren. Zusätzlich zu den eben angesprochenen integrationsfördernden Workshops oder Seminaren wird dem gezielten Einsetzen von IntegrationsbotschafterInnen entscheidende Bedeutung beigemessen.

Einsatz von IntegrationsbotschafterInnen

Dabei handelt es sich um Personen vor Ort, die in sozialen Interaktionen und potenziellen Konflikten im Gemeindeleben vermitteln und übersetzen können. In der untersuchten Gemeinde wird diese Rolle von einem Kurden syrischer Herkunft übernommen, der vor zwei Jahrzehnten über Deutschland ins Waldviertel immigriert ist, sowohl über sehr gute deutsche als auch arabische Sprachkennt-

nisse und aufgrund seiner beruflichen Autorität über hohes Ansehen und große Akzeptanz in der Bevölkerung verfügt: „Und dann heißt es: ‚Ok, wenn der Doktor deren Sprache spricht, dann kann es nicht so schlimm sein.‘“ (Int.5/Abs. 6). Ihm kommt aufgrund der Zuschreibung mehrerer Merkmale (Sprachkenntnisse, Migrationserfahrung, berufliche Autorität und Ansehen) sowohl die Funktion des Integrationsbotschafters als auch jene des Meinungsbildners zu (siehe Kap. 5.2.5) und die Wichtigkeit seiner Anwesenheit und Vermittlungstätigkeit wird von vielen GesprächspartnerInnen besonders hervorgehoben, wie zum Beispiel hier von einem/r direkten Nachbarn/Nachbarin der Unterkunft der AsylwerberInnen:

„Ja, der XY spielt eine große Rolle als Mittelsmann, der ist in jeder Weise Ansprechstelle für die Asylanten, dann hat er natürlich eine gewisse Autorität. Und des andere, er ist auch irgendwo, er kann sehr viel entschärfen, was Reinschlag betrifft, weil hier ist er ja auch akzeptiert und indem er die Akzeptanz hat, ist eigentlich schon viel entschärft.“ (Int. 6/Abs. 106f)

Die Bedeutung einer Ansprechperson, die aufgrund ihrer Sprachkompetenzen und ähnlichen Migrationserfahrungen informierende und vermittelnde Funktionen zwischen der Lokalbevölkerung und der immigrierten Bevölkerung übernehmen kann, wird als besonders akzeptanzförderlich wahrgenommen. So wird auch auf das Potenzial verwiesen, früher gekommene AsylwerberInnen in der Funktion als IntegrationsbotschafterInnen einzusetzen, um damit von deren bereits erlangten sprachlichen Kompetenzen bzw. Wissensbestand über zentrale Verhaltensnormen und -regeln im Zusammenleben profitieren zu können: „Die nimmt man dann rein zum Mithelfen, dass man die Neuen, die kommen, ein bissl einführt, so eine vermittelnde Rolle“ (Int. 7a/Abs. 210). Letztlich könnten jedoch auch Personen aus der Lokalbevölkerung ohne die vor Ort benötigten Sprachkenntnisse ähnliche Vermittlungsfunktionen übernehmen: „Ohne diese Gruppe von engagierten Leuten würde das hier auch nicht gut funktionieren“ (Int. 4/Abs. 131). Betont wird im folgenden Zitat von einer/m InterviewpartnerIn, die/der in direkter Nähe zur Unterkunft der AsylwerberInnen wohnhaft ist, vor allem die Wichtigkeit der Erläuterung spezifischer Regeln des Gemeindezusammenlebens und nachbarschaftlicher Rücksichtnahme:

„Sicher muas ma a bissl dahinter sein, weil [...] des mitm Müll, des müassatns jetzt amoi wegrama, weil da schauts aus, do kumma ja dann a die Ratzn a no irgendwann. [...] Aber man muss hoit nur eana des olles sogn und zagn und wann hoit irgendwo was umanander liegt, kamma sogn: ‚Du den Besn do!‘ Sie nehman dann eh, aber da brauchen nu a bissl. Aber wir werdns schon dorthin bringen, aber im Großen und Ganzen funktioniert des eh tadellos, kennt bleder sein, sog i amoi.“ (Int. 6a/Abs. 49-62)

Außerdem kommt in diesem Zitat sehr deutlich die Erwartungshaltung zum Ausdruck, dass die Neuzugekommenen sich an die Regeln der „Bereitsdortgewesenen“ anzupassen hätten (siehe auch Kapitel 5.7). So wird darauf verwiesen, dass bei der Existenz unterschiedlicher Vorstellungen in Bezug auf Sauberkeit mittels geduldiger und hartnäckiger Kommunikation sowie mit Hinweisen und Aufforderungen eine Adaption der Sauberkeitsansprüche an die vor Ort geltenden Maßstäbe erfolgen kann.

Ermöglichung von gemeinnütziger Arbeit für AsylwerberInnen

Die Generierung von Arbeitsmöglichkeiten bzw. die Ermöglichung und Förderung gemeinnütziger Arbeit für AsylwerberInnen lässt sich ebenfalls in den kommunalen akzeptanzfördernden Strukturen verorten, da der Wille und das Engagement der Gemeinde ausschlaggebend sind, ob solche Tätigkeiten letztlich vermittelt werden können. So besteht zwar rechtlich die Möglichkeit, in der Zeit, in der das Asylverfahren läuft, gemeinnütziger Arbeit nachzugehen, da AsylwerberInnen jedoch über keine Unfallversicherung verfügen, sei der Abschluss einer Bündelversicherung notwendig, wie der/die BürgermeisterIn erläutert:

„Der zuständige Stadtrat hat sich da engagiert, hat nachgefragt und diesem Modell sind dann sehr viele [andere Gemeinden] gefolgt. Jedenfalls ist dann möglich geworden, dass man eine Bündelversicherung abschließen kann. Also es besteht ja grundsätzlich die Möglichkeit als Gemeinde AsylwerberInnen zu beschäftigen oder als gemeinnütziger Verein. Privatpersonen nicht. Das ist zwar gut und schön, aber wenn du nicht unfallversichert bist? Und das hat dann ein Versicherer von Reinschlag übernommen. Kostet eine Bagatelle, ich glaub 30 Euro im Jahr für 15 Personen und aufgrund dessen war es dann auch möglich, gewisse Arbeiten den AsylwerberInnen anzubieten und die nehmen das auch gerne in Anspruch.“ (Int. 1/Abs. 32)

Es geht hier also um die Existenz spezifischer Strukturen, für deren Konstruktion und Umsetzung das Engagement der Gemeinde vonnöten ist, die eine Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben ermöglichen. Diese Vorkehrungen, die im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde verortet werden, seien vor allem im Hinblick auf die Integration der AsylwerberInnen von Bedeutung, wie ein/e GesprächspartnerIn, die/der im nahen Umfeld wohnt und mit den AsylwerberInnen in häufigem Kontakt steht, schildert:

„Halt in dieser Zeit, wo das Asylverfahren läuft, dürfen sie keiner Beschäftigung nachgehen, außer gemeinnützigen. Des hat die Gemeinde schon gut gemacht, sie hat eine Versicherung für sie pauschal abgeschlossen. [...] Natürlich im Rahmen der Möglichkeiten, sie dürfen ja nur 20 Stunden im Monat, à 5 Euro die Stunde [verdienen]. Das wäre auch im Zuge der Integration eine ganz gute Chance.“ (Int. 7/Abs. 112f)

Nicht nur für Zwecke der Integration sei die Ermöglichung gemeinnütziger Arbeit wichtig, sondern eine Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten könne ebenfalls als nutzenbringend für die AsylwerberInnen selbst sowie für die lokale Bevölkerung verstanden und eingesetzt werden, worauf im Kapitel über die akzeptanzfördernde Beziehungsgestaltung näher eingegangen werden soll (siehe Kapitel 5.3.2 und 5.3.3).

5.2.3 MeinungsbildnerInnen in der Stadtelite

“Acceptance in the receiving group is conditional on the ambition and opportunism of [...] political leaders.” (Barth 1969: 22)

Ein weiterer bedeutender Aspekt und womöglich jener Faktor, der in den Interviews am häufigsten hervorgehoben wurde, ist die Wirksamkeit der Meinungsbildung vonseiten profilierter Stadtpersönlichkeiten, wie z. B. BürgermeisterIn, PfarrerIn, ÄrztInnen, LehrerInnen etc. Jene vermögen es mit Vorbildwirkung ihre MitbürgerInnen hinsichtlich spezifischer Verhaltensweisen bzw. Meinungsäußerungen anzuleiten und einen Einfluss auf deren Verhalten und Meinungsbekundungen auszuüben. Durch offizielle Stellungnahmen von Personen, die aufgrund ihrer in der Gemeinde hoch bewerteten, beruflich oder sozial institutionalisierten Funktionen über Respekt bzw. Ansehen ihrer MitbürgerInnen verfügen, würden ablehnende Äußerungen und damit potenzielle Konflikte begrenzt werden können, wie der/die BürgermeisterIn der Gemeinde im folgenden Zitat zum Ausdruck bringt:

„Da g'hört ein Statement her vom Bürgermeister und auch von den federführenden Personen, ob des jetzt Gemeindegast ist, ob das Rote Kreuz ist, ja ob des auch die Opposition ist, einfach g'sagt: ‚Ja, zu dem stehen wir, ja, wir nehmen die auf.‘ Auch wenn's dann möglicherweise kritische Stimmen geben würde, sie traun sich dann vielleicht nicht so offiziell, das dann so lauthals herauszuschreien, weil [...] Bürgermeister, Pfarrer, Lehrer, ... in einer kleinen Gemeinde zählt das immer nu ein bissl. [...] Zumindest eine Richtung kann man vorgeben und des ist in Reinschlag ganz gut gelungen.“ (Int.1/Abs. 58)

Ein/e InterviewpartnerIn, der/die erst vor wenigen Jahren aus Wien in die Gemeinde im Waldviertel umgezogen ist, ein Hotel erworben hat und dieses nun betreibt, bestätigt das richtungsweisende Potenzial, das von Personen in angesehenen beruflichen Positionen oder auch aufgrund überholter sozialer Statuszuschreibungen ausgehen kann. Die Person verweist außerdem darauf, dass mittels Meinungsbildung vonseiten der Stadtelite zwar nicht unbedingt ein Meinungs- oder Einstellungswandel der Bevölkerung herbeigeführt werden könne, jedoch zumindest negative Artikulationen, die Konfliktpotenzial beinhalten, in Grenzen gehalten werden könnten:

„Es ist halt in den Menschen drinnen [lacht], der Oberlehrer, der Arzt, der Zahnarzt, der Graf usw. Es macht mit den Menschen nix, aber sie halten zumindest die Pappen. [...] Also wenn jetzt der Doktor oder der Graf sagen würden: ‚Das sind alles Scheiß-Ausländer, die gehören raus!‘, dann würd' der Mob natürlich die Hemmungen verlieren, das ist ganz klar, aber hier ist das anders, hier äußert sich die intellektuelle Elite positiv und dadurch traut sich der Mob nicht.“ (Int.19/Abs. 11ff)

Meinungsbildung bezieht sich nicht nur auf öffentliche Stellungnahmen, sondern ebenso auf öffentlich sichtbare Handlungen, die getätigt oder unterlassen werden. So wurde die Teilnahme von spezifischen Persönlichkeiten der Stadtgemeinde an einem Begegnungsabend, der bei einem Wirt vor Ort organisiert wurde und im Rahmen dessen von den AsylwerberInnen für die Lokalbevölkerung irakische und syrische Speisen gekocht wurden, nicht nur deutlich registriert, sondern auch dementsprechend bewertet. Das Erscheinen der im Schloss der Gemeinde lebenden Familie, für die nach wie vor die Referenz als Graf und Gräfin in der Bevölkerung Anwendung findet, wurde sehr positiv beurteilt:

„Dass ein paar profilierte Persönlichkeiten, also dass die aus der gräflichen Familie beim Essen beim XY [Veranstaltungsort; Anm. VR] waren“ (Int.19/Abs. 11), hätte bei allen anderen teilnehmenden Gästen einen guten Eindruck hinterlassen. Die Bedeutung der positiven Haltung der zentralen Instanzen wird auch von Brunner, Jost und Lueger (1994a) erkannt und sie verweisen auf die komplexen divergierenden Interessen von ökonomischen, religiösen und politischen AkteurInnen (Gastwirtschaft, Kirche, Gemeinderat). Darüber hinaus könnten deren verwandtschaftliche Verbindungen in der lokalen Bevölkerung die Haltung dieser gegenüber den Flüchtlingen beträchtlich beeinflussen (vgl. ebd.: 328).

Die soeben beschriebenen Bestandteile eines regionalen Angebots an integrationsfördernden Strukturen umfassen die Informierung der Lokalbevölkerung, Sprachkurse für die AsylwerberInnen, die Erläuterung der Regeln des Zusammenlebens in Kursen sowie mittels IntegrationsbotschafterInnen und schließlich die Ermöglichung gemeinnütziger Arbeit. Darüber hinaus sei die Vorbildwirkung der Stadelite – deren offizielle Stellungnahmen sowie öffentlich sichtbare Handlungen – von richtungsweisender Relevanz für das mehr oder weniger akzeptierende Verhalten der Lokalbevölkerung. Diese Strukturen, die hauptsächlich der Informierung und Sensibilisierung der nun vor Ort lebenden heterogenen Bevölkerungsgruppen dienen, seien als Grundvoraussetzung für die im nächsten Kapitel erörterte akzeptanzfördernde Beziehungsgestaltung zwischen den bereits in der Gemeinde lebenden und den neu hinzugekommenen Gruppen zu verstehen.

5.3 Akzeptanzfördernde Charakteristika der sozialen Beziehungen

Die akzeptanzfördernden Charakteristika der Beziehungsgestaltung zwischen bereits vor Ort lebenden und neu hinzukommenden Personen sowie innerhalb der Lokalbevölkerung profitieren von den im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Charakteristika der kommunalen Einrichtungen und Strukturen. Drei Aspekte sollen im Folgenden detaillierter diskutiert werden: die Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben anhand der emisch benannten Praxis des „Zuwanehma“, die als nutzenbringend wahrgenommenen ökonomischen Auswirkungen der Aufnahme von AsylwerberInnen für die Lokalbevölkerung sowie positiv bewertete soziale Auswirkungen auf das Gemeindeleben.

5.3.1 „Zuwanehma“ – Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben

„Naja diese ganze Integration: Das heißt, du nimmst es zuwe.“ (Int. 14/Abs. 30)

Ein Verhaltensmerkmal, das signifikanten Einfluss auf die Genese von Akzeptanz in der Lokalbevölkerung ausübt, soll im Folgenden mit dem waldviertlerisch-emischen Begriff „Zuwanehma“ veranschaulicht werden. Mit diesem Begriff, der mit „eng an sich herannehmen, eng umarmen“ bzw. „unter die Fittiche nehmen“ übersetzt werden kann, werden Verbalisierungen im Hinblick auf den Kontakt mit

AsylwerberInnen bzw. die Einbindung von AsylwerberInnen in Veranstaltungen oder Vereine und ins Gemeindeleben prinzipiell zusammengefasst.⁵⁴ So zeigt sich, dass die Häufigkeit, die Existenz oder vielmehr die Intensität von Kontakt mit den AsylwerberInnen Einfluss auf das akzeptierende Verhalten der Lokalbevölkerung hat. Der/die Bürgermeister/in beschreibt, wie ein zu Beginn veranstaltetes Willkommensgespräch, bei dem alle wichtigen Stakeholder miteinbezogen wurden (das Rote Kreuz, GemeindeärztInnen, VertreterInnen des Turnvereins, des Fußballvereins und des Schachvereins) Kontaktflächen ermöglichte, die in weiterer Folge zu der Entstehung von als freundschaftlich bezeichneten Beziehungen führen konnten:

„Das waren die ersten Schritte um einfach nur, um sie willkommen zu heißen, um ein bissl eine Anbindung zu schaffen [...] und das Ganze war dann auch ein Selbstläufer, weil einige Jugendliche sich auch mit ihnen angefreundet haben.“ (Int. 1/Abs. 119ff)

Die Einbindung in Vereine, sei es zu sportlichen oder geselligen Zwecken, steht dabei für erfolgreiche Integrationsbemühungen vonseiten der Gemeinde, wie es im folgenden Zitat einer Stadträtin/eines Stadtrates zum Ausdruck gebracht wird. Die Einbeziehung der AsylwerberInnen in Vereine – im Sinne des Vereinens und Zusammenbringens – kann dabei als „Zuwanehma“ verstanden werden, wobei die Freiwilligkeit auf beiden Seiten als Voraussetzung betont wird:

„Im Sportklub san sie, glaub ich, drinnen. Im Schachklub ist einer drin. Also, man versucht halt, dass mas integriert. Also, wichtig ist halt zuwanehma, soweit ois geht hoit, aber man soi hoit dann net sie mit Zwang wo einadränga, sondern nur auf freiwilliger Basis und des hoit von beide Seiten.“ (Int. 14/Abs. 30)

Ein/e NachbarIn umschreibt den Begriff „Zuwanehma“ auch mit der Praxis wiederholter Einladungen sowie der Einbindung in Veranstaltungen, die sich durch große Beliebtheit bei der Gemeindebevölkerung auszeichnen, wie z. B. ein einmal jährlich stattfindendes Bootrennen am stadtnahe gelegenen See, bei dem mehrere Teams mit eigens restaurierten Booten gegeneinander antreten:

„Wir versuchen sie halt immer einzuladen. [...] I man, sie wearn überall zuaweg-nommen, die hom so a Boot ghobt, des homs gestrichen, da hams alle mitgemacht und ham drei, vier Tag gearbeitet und dann san sie gfoan.“ (Int. 6/Abs. 39, 47)

Die Umgangsform des „Zuwanehma“ lässt sich außerdem von der Bemühung um Kontakt bzw. der Art und Intensität von Kontaktflächen ablesen. Der Impuls Kontakte zu knüpfen und zu pflegen sollte dabei vonseiten der lokalen Bevölkerung gesetzt werden, um ein gutes Beziehungsverhältnis aufzubauen und einen guten Umgang miteinander in der Nachbarschaft sicherzustellen. Ein/e im nahen Umfeld der Unterkunft der AsylwerberInnen wohnende GesprächspartnerIn fasst dies, wie folgt, zusammen:

„Es gibt a paar, die sagn: ‚Ok, wir mechten da mit denen Kontakt haben und wir mechn mit denen einen guten Umgang auf jeden Fall.‘ [...] Wir ham ja wirklich in

⁵⁴ Es handelt sich dabei um eine sehr persönliche Form der sozialen Nähe und Annäherung. Bei der Bedeutung des Begriffes ist außerdem zu beachten, dass jene Person, die „zuwa“-nimmt als stärkerer Part und jene Person, die „zuwa“-genommen wird, als schwächerer bzw. hilfsbedürftigerer Part betrachtet wird.

der Nachbarschaft ein gutes Verhältnis, man grüßt sich und sagt ein paar Worte und das ist absolut in Ordnung.“ (Int. 6a/Abs. 12, 68)

In diesem Kontext kann auch auf die Bedeutung der Art und des Orts der Unterbringung von AsylwerberInnen verwiesen werden. Eine Unterkunft von AsylwerberInnen im Ort bzw. im Zentrum des Ortes steigert und erleichtert die Möglichkeiten für Kontaktflächen mit der lokalen Bevölkerung. Auf die begünstigenden Auswirkungen der Zentralität der Unterkunft wird auch von dem/r BürgermeisterIn verwiesen:

„Das Haus liegt ja zentral, am Stadtplatz, was meiner Meinung nach ein großer Vorteil ist. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, irgendwo in der Einsiedelei da draußen ein Haus zu nehmen, das ist das Dümme, was man machen kann und ja, das hat von Anfang an funktioniert, dass die Nachbarn eben gleich auch dabei waren.“ (Int. 1/Abs. 31)

Dabei komme vor allem der direkten Nachbarschaft eine zentrale Rolle in der Beziehungsgestaltung zu (siehe auch Kapitel 5.2.3). Die Einbindung von AsylwerberInnen in das Gemeindeleben kann zudem durch Strukturen erleichtert werden, wie sie im vorhergehenden Kapitel angesprochen wurden. Vor allem die Ermöglichung und Förderung gemeinnütziger Arbeit für AsylwerberInnen stelle eine wichtige Form des „Zuwanehms“ dar. Ein/e InterviewpartnerIn, die/der sich aufgrund finanzieller und zeitlicher Möglichkeiten in mehreren gemeinderelevanten Projekten engagieren kann, misst dem Gefühl „gebraucht zu werden“ eine hohe Bedeutung bei:

„Ganz ehrlich, dass sie beschäftigt sind, das ist das Hauptproblem. Das sind alles junge Burschen, die brauchen das Gefühl, gebraucht zu werden. Gemeinnützige Arbeit ist sicher gut, als dass sie die ganze Zeit in ihrer Bude hocken.“ (Int. 4/Abs. 3)

Jedoch könne laut Brunner, Jost und Lueger (1994a) die soziale Einbindung ins Gemeindeleben nur marginal erfolgen, da die Anwesenheit der Flüchtlinge bzw. AsylwerberInnen meist nur von begrenzter Dauer sei und damit nicht einzelne Personen, sondern vielmehr eine spezifische Personengruppe mit fluktuierenden Mitgliedern integriert werden könne. Sie sprechen daher von „separierter Integration“ (ebd. 1994a: 322f). Andererseits würde der ländliche Raum wiederum integrationsfördernde Strukturen im Vergleich zu urbanen Räumen aufweisen, argumentiert Kreichauf (2012), da Tendenzen zum sozialräumlichen Rückzug von ImmigrantInnen in ländlichen Gemeinden aufgrund der sozialen Nähe und unvermeidlicher sozialer Kontakte erschwert werden (vgl. ebd.: 84f).

Die empirischen Ergebnisse zeigen außerdem, dass Strukturen, die eine Einbindung bzw. das „Zuwanehms“ im Gemeindeleben ermöglichen, nicht nur den AsylwerberInnen selbst zugutekommen, sondern des Weiteren als Nutzen für die Lokalbevölkerung verstanden werden können. Neben monetären Auswirkungen, die sich allein durch die Anwesenheit der AsylwerberInnen vor Ort ergeben, lassen sich ebenfalls solche identifizieren, die sich durch die ehrenamtliche bzw. gemeinnützige Mitarbeit von AsylwerberInnen in Gemeindeangelegenheiten ergeben sowie jenen, die nicht direkt monetär messbar, jedoch strukturell, sozial oder ideell vorteilbringend sein können. Jene positiv bewerteten Auswirkungen sind Inhalt des folgenden Abschnittes.

5.3.2 „Dann profitier i ja a“ – Eigennutzen und monetäre Auswirkungen

„Wemma a Positivbeispiel is, is des immer besser als wia a negatives, fast unbezahlte Werbung [lacht].“ (Int. 1/Abs. 26)

Die Aufnahme der AsylwerberInnen in einer Gemeinde hat monetäre und soziale Auswirkungen, die als Wertschöpfung und damit als akzeptanzfördernd verstanden werden können. Monetäre Komponenten umfassen die für die Gemeinde strukturell relevante zusätzlich erzielte Körperschaftssteuer, die Umlage für Gewerbetreibende sowie den Geldfluss durch die Vermietung einer Unterkunft für AsylwerberInnen. Die ehrenamtliche oder gemeinnützige Mitarbeit der AsylwerberInnen bei kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen sowie für allgemein anfallende Gemeindetätigkeiten lässt sich zwar nicht direkt in Geldwert bemessen, jedoch erfolgt damit eine der Gemeinde zugutekommende Wertschöpfung. Ebenso nicht unmittelbar monetär messbar sind Auswirkungen auf strukturelle Dimensionen, wie der Erhalt und die Generierung von Arbeitsplätzen für die lokale Bevölkerung, die Bewohnung leerstehender Bausubstanz oder die Berichterstattung durch größere Medien im Hinblick auf Werbezwecke für die Ankurbelung des an Bedeutung verlierenden Tourismus. Schließlich spielen ideelle Werte, wie kulturelle Vielfalt, die Belebung des Gemeindelebens, die Förderung des sozialen Zusammenhalts vor Ort etc. bei der Genese von Akzeptanz eine Rolle.

Die Aufnahme von AsylwerberInnen bringt der Gemeinde durch deren Hauptwohnsitzmeldung zunächst einmal Einnahmen in Form der Körperschaftssteuer über den Finanzausgleich, was für Gemeinden mit hohem Bevölkerungsrückgang durchaus ein relevanter und spürbarer Aspekt sein kann, wie es im Folgenden von der/m BürgermeisterIn zusammenfassend dargestellt wird. Ebenso bezieht sie/er sich auf die höhere Umlage für Gewerbetreibende, da der direkt an die AsylwerberInnen ausbezahlte Teil der Grundversorgung wieder in der Gemeinde ausgegeben wird:

„Jeder Hauptwohnsitz – jeder Asylwerber ist als Hauptwohnsitz in dieser Gemeinde gemeldet – bringt Körperschaftssteuer, d. h., pro Jahr kann man rechnen, pro Hauptwohnsitz sinds rund 1000 Euro, das ist eine fixe Zahl. Jeder Hauptwohnsitz bringt über den Finanzausgleich Geld, d. h., je mehr in einer Gemeinde gemeldet sind, desto mehr Einnahmen hat die Gemeinde. Und die Umwegrentabilität [...] Asylwerber bekommen, weil sie eben Selbstversorger sind, einen gewissen Betrag Geld zur Verfügung gestellt, den sie natürlich auch wieder in der Gemeinde, ob das jetzt der Billa ist oder der Trafikant ist, [ausgeben].“ (Int. 1/Abs. 69)

Die Reinvestition dieses „Taschengeldes“ der AsylwerberInnen – wenn es sich hier auch um kleine Beträge handle – wird als Einnahme für die Gemeinde verstanden. So verweist ein/e in der Gemeinde gemeldete/r ZweitwohnsitzerIn, die/der die Gemeinde nur am Wochenende und in den Ferien aufsucht, auf die von ihr/ihm registrierten beiden hauptsächlichen Konsumprodukte bzw. Einnahmequellen: „Natürlich bringen sie Einnahmen hier, sie kaufen Zigaretten und gehen was trinken beim Wirten“ (Int. 22/Abs. 93). Ein/e aus Wien zugezogene/r und in der Peripherie der Gemeinde angesiedelte UnternehmerIn mutmaßt darüber hinaus, dass zum Funktionieren von Abläufen immer ein

Verdienst notwendig sei und der Geschäftsaspekt nicht zu vernachlässigen wäre, wie beispielsweise durch die Vermietung des Wohnraums für AsylwerberInnen. Dass es solche monetären Verdienstmöglichkeiten gebe, wäre eine Voraussetzung dafür, dass die Unterbringung in Gemeinden ermöglicht werde und Probleme, die sich durch Großquartiere wie in Traiskirchen⁵⁵ ergeben, damit verhindert werden könnten:

„Natürlich, das ist ja ein Geschäft. Die, denen das Haus gehört, für die ist das ein Geschäft. Sachen funktionieren nur, wenn irgendjemand an irgendwas verdient und wenns den Leuten hilft und die ihre paar 1000 Euro verdienen, ist's mir auch egal, heiße ich sogar gut. Weil, wenn jede Gemeinde so ein Haus hat, dann hätten wir dieses Traiskirchenproblem nicht.“ (Int. 19/Abs. 49f)

Auch Brunner, Jost und Lueger (1994b) verweisen auf das ökonomische Interesse der UnterkunftsvermieterInnen an der Aufnahme der Flüchtlinge (vgl. ebd.: 135). Neben rein monetären Auswirkungen für die Gemeinde und Gewerbetreibende bzw. VermieterInnen erfolge außerdem eine Wertschöpfung durch die ehrenamtliche Mitarbeit von AsylwerberInnen bei Veranstaltungen, womit Kostenersparnisse erzielt werden und alle beteiligten Parteien davon profitieren könnten, wie hier beispielsweise auf einem jährlich stattfindenden Musikfest: „Weil es eine Wahnsinns-Win-win-Situation gab. Und die haben wie die Wahnsinnigen mitgehackelt“ (Int. 13/Abs. 77). Der Erfolg jener Veranstaltung sei generell von der freiwilligen Mitarbeit der Lokalbevölkerung abhängig und das Prinzip des gegenseitigen Profitierens (kostenlose Teilnahme durch Mitarbeit), ließe sich gleichermaßen mit der Einbindung der AsylwerberInnen erzielen. Ein/e in die Organisation des Festes involvierten Freiwillige/r mutmaßt hierzu über die Beweggründe der Einbindung vonseiten der VeranstalterInnen:

„Sie ham die Möglichkeit, gratis die Veranstaltung zu besuchen und arbeiten können's ja auch, weil dann profitier i ja irgendwo. Das hat er net g'sogt, er hat's eher so verstanden [...] und des hat super funktioniert.“ (Int. 8/Abs. 68)

Die Einbeziehung der AsylwerberInnen in kulturelle oder sportliche Veranstaltungen durch ehrenamtliche Mitarbeit sei zwar monetär nicht messbar, jedoch eine der Gemeinde zugutekommende Wertschöpfung, die nicht außer Acht gelassen werden dürfe, wie von der/dem BürgermeisterIn festgestellt wird:

„Alleine durch die ehrenamtliche Tätigkeit, die da stattgefunden hat. [...] Das ist zwar nicht monetär messbar, aber sehr wohl in der Arbeitsleistung, jeder Buchhalter, der Bilanz führt, preist das auch mit ein. Also das darf man auch nicht außer Acht lassen.“ (Int. 1/Abs. 71f).

Der Erhalt und die Generierung von Arbeitsplätzen für die lokale Bevölkerung lassen sich vornehmlich in jenen Beschäftigungszweigen realisieren, die von einer wachsenden Bevölkerungsanzahl direkt profitieren würden, wie beispielsweise die Anzahl der LehrerInnen in der Schule. Der/die BürgermeisterIn spielt im folgenden Zitat darauf an, dass insofern auch die Kategorie der aufgenommenen AsylwerberInnen eine entscheidende Rolle spiele, nämlich, ob es sich bei den Personen um kinderreiche

⁵⁵ Bundesbetreuungsstelle für AsylwerberInnen

Familien handle oder wie im vorliegenden Fall um alleinstehende Männer. Da die starke Abwanderung in der Region den Erhalt der Schulen in kleineren Gemeinden gefährde, wäre das Hinzukommen von Kindern immer gerne gesehen:

„Kinder, ja, i g'frei mir immer, wann mehr da san, Familien zu uns kommen. Kurz oder lang, so ehrlich muss man sein, wird es in den kleinen Gemeinden – es gibt bei uns leider die Abwanderung und dann wirds halt für XY und XY [Katastralgemeinden; Anm. VR] schwieriger sein, die Schulen zu erhalten. [...] Wann des eine Familie wäre mit fünf Kindern, sag ich: ‚Nehmen wir gerne!‘ Am liebsten wäre es mir, wenn sie sich gleich ansiedeln würden [lacht], sag ich ganz ehrlich.“ (Int. 1/Abs. 88)

Die strukturelle Dimension zeigt sich nicht nur hinsichtlich der Sorge über den Erhalt des Schulstandorts, sondern ebenso in dem verbalisierten Interesse an der Zuwanderung von Familien zur Reversion des Bevölkerungsrückgangs, worauf auch Hugo und Morén-Alegret (2008) verweisen (vgl. ebd.: 477). Ein/e in der Mittelschule unterrichtende/r LehrerIn, die/der in einer der Katastralgemeinden wohnhaft ist und zum Arbeitsplatz an der Hauptschule der Gemeinde pendelt, weist darauf hin, dass eine wachsende Zahl an Kindern über den Erhalt des Schulstandorts hinaus auch zur Beschäftigung eines größeren Lehrkörpers führen könne: „Das ist sicher eine Chance für die Schulen, dass sie sagen: ‚Ok, wir haben jetzt dadurch wieder mehr Möglichkeiten, können mehr Lehrer beschäftigen, haben mehr Arbeitsplätze, wir können den Standort halten““ (Int. 11/Abs. 26f). Dass Zuwanderung zur Aufrechterhaltung der lokalen Infrastruktur beitragen kann, betont auch Peri (2013), der darauf verweist, dass Projekte der öffentlichen Hand und ganz allgemein Investitionen in Infrastruktur durch das Bevölkerungswachstum angekurbelt werden (vgl. ebd.: 15). Und auch Brunner, Jost und Lueger (1994b) argumentierten für die ökonomischen und demographischen Vorteile der Flüchtlingsaufnahme im Hinblick auf den Erhalt der sozialen Struktur (Ausgleich der langfristig ungünstigen Bevölkerungsentwicklung, Erhalt der Grundschule etc.) (vgl. ebd.: 143). Schließlich zeigen Ortega und Peri (2009) in diesem Zusammenhang, dass Beschäftigung mit Immigration im Verhältnis eins zu eins wächst (vgl. ebd.: 1).

Eine weitere nicht direkt monetär messbare, jedoch als nutzenbringend wahrgenommene Auswirkung, die ideelle wie auch strukturelle Dimensionen beinhaltet, betrifft die Bewohnung von Häusern am Stadtplatz (siehe dazu auch Brunner/Jost/Lueger1994a: 322) zur Revitalisierung des Ortskerns. Aufgrund des seit Jahren fortschreitenden Bevölkerungsrückgangs mehrt sich der Leerstand an Wohnungen und Häusern (siehe auch Machold/Dax/Strahl 2013: 153), was nicht nur Probleme in der Erhaltung der Bausubstanz mit sich bringt und auch vonseiten der Gemeindebevölkerung beobachtet wird („früher oder später werden da sicher alle Häuser leer stehen“; Int. 8/Abs. 51), sondern ebenfalls rein optisch vor allem im Zentrum nicht gerne gesehen wird, so die/der BürgermeisterIn der Gemeinde:

„Weil eben die Bevölkerung schnell und stark altert, die Leute wegsterben, stehen einige Häuser in Reinschlag leer. [...] Und ja auch optisch, es ist ein Unterschied, ob ein Haus bewohnt ist am Stadtplatz oder ob es leer steht. [...] So gesehen gibt es

natürlich Vorteile in der Gemeinde, ob sie jetzt rein monetär messbar sind, ist jetzt wieder was Anderes.“ (Int. 1/Abs. 6, 71f)

Von potenziell nutzenbringendem Charakter wird auch die Berichterstattung durch größere Medien verstanden. Durch die Einbindung der AsylwerberInnen in diverse Veranstaltungen wurden zunächst Regionalmedien und Bezirksblätter aufmerksam auf die als positiv kolportierten Dynamiken und Aktivitäten vor Ort. Daraufhin griffen auch eine überregionale Tageszeitung sowie der österreichische Rundfunk (ORF) das Thema auf und schließlich auch ein tschechischer Fernseh- und Radiosender.⁵⁶ Dieses der Gemeinde entgegengebrachte Interesse regionaler wie überregionaler Medien kann im Hinblick auf Werbezwecke für die Ankurbelung des Tourismus positiv bewertet werden, wie ein/e Gemeinderat/rätin unterstreicht: „Eine positive Erwähnung der Gemeinde in der Zeitung [kann] kein Nachteil sein“ (Int. 17/Abs. 82). Ein/e aus Wien immigrierte/r HotelbetreiberIn sieht dies ähnlich und betont, dass eine Berichterstattung über die Einbindung der AsylwerberInnen in Gemeindeveranstaltungen einen hohen Werbewert für die Stadtgemeinde besäße, nicht zuletzt daher, weil die Stadt ansonsten in den jeweiligen Medien keine Erwähnung finden würde. Ausschlaggebend wären einerseits die Anzahl der AsylwerberInnen, die im Vergleich zu Traiskirchen sehr gering sein müsste, und andererseits das Kolportieren von Werten wie Offenheit und Toleranz. Jene angesprochenen Werte werden dabei sozialstrukturell einer gebildeten und gutverdienenden Gesellschaftsschicht in Wien zugeschrieben. Im Vergleich zu üblichen touristischen Werbeinseraten würde mit einer werteorientierten Berichterstattung in überregionalen Medien eine gänzlich andere und besserverdienende LeserInnenschaft angesprochen werden können:

„Abschreckend für den Tourismus sind Sachen wie Traiskirchen. Würdest du dort Urlaub machen? Eher nicht. Aber wenn du von einer Stadt liest, wo 15 Flüchtlinge beim XY-Bootrennen [ein einmal jährlich stattfindendes Bootrennen; Anm. VR] mitmachen, ist ja super! [...] Natürlich, der Werbewert der Stadt Reinschlag in verschiedenen Tageszeitungen als tolerante, offene Stadt. Weil die Stadt Reinschlag würde ja sonst nicht erwähnt werden in den ORF-Beiträgen. [...] Allein, dass dann Leute hergekommen, die sich das angeschaut haben, vom ORF, irgendwo geschlafen, gegessen haben, [...] also wenn man das als Inserat bezahlen muss? Und man spricht ja dadurch auch eine Leserschaft an, eine gehobene und gebildete Schicht, Gutverdiener, liberal, Wiener, die sich dafür interessieren, die hätte man mit Inseraten ja wahnsinnig schwer erreicht – hätte man nicht erreicht.“ (Int. 19/Abs. 59ff)

Der Werbeaspekt für touristische Zwecke sei nicht zuletzt deshalb zu begrüßen, da der Tourismus mit Ausnahme des Jahres 2015 – in dem der Sommer überdurchschnittlich lang und warm war – von einem kontinuierlichen Rückgang betroffen sei. Ein/e genuin aus der Gemeinde stammende/r, aber erst nach Ausbildung und Familiengründung zurückgekehrte/r GesprächspartnerIn, die/der nun einen touristisch relevanten Betrieb führt, konstatiert dazu Folgendes: „Unser Tourismus is net sanft, son-

⁵⁶ Dieser hätte Interesse an der spezifischen Form des Umgangs der Gemeinde mit der Aufnahme von AsylwerberInnen gehabt, da Tschechien zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme von tausend AsylwerberInnen bevorstand und anhand der Darstellung eines Positivbeispiels der Bevölkerung die Angst genommen werden sollte.

dern der is eingeschlafen“ (Int.7/Abs. 140). Wenn Berichterstattung in Form von Werbewert Einfluss auf diese strukturelle Dimension nehmen kann, ist dies folglich als akzeptanzfördernd zu verstehen.

5.3.3 „So wird der Kreis einmal bunter“ – Positiv bewertete soziale Auswirkungen

“Boundaries can be viewed in interactional terms, but they can equally convincingly be viewed as 'boundaries of consciousness'.” (Vermelen/Govers 1994: 4)

Begründungen und Erklärungen für akzeptierendes Verhalten und positiv antizipierte Auswirkungen folgen häufig einer an sozialen und ideellen Werten orientierten Argumentation. So werden die entstehende kulturelle Vielfalt und die Möglichkeit für interkulturelles Kennenlernen als persönliche Bereicherung verstanden und das Aufbrechen der homogenen demographischen Strukturen als positiv bewertet. Ein/e GesprächspartnerIn, die selbst vor einigen Jahren aus einem südlichen Bezirk Niederösterreichs zugewandert ist und damit der sozialen Kategorie „Zuagroast“ angehört, sieht das Hinzukommen neuer Personen auch als Möglichkeit der Herausforderung und des Lernens:

„So wird der Kreis einmal bunter. Ich hab mir gedacht, da kommt jetzt eine Bewegung rein. [...] Durch diese Bereicherung, dass Menschen aus anderer Kultur da landen und mit einer Geschichte, die uns einfach auch fordert, dass man ein bissl über den Tellerrand schaut, diese Chance ist da.“ (Int. 7a/Abs. 44)

Die Belebung des Gemeindelebens und das Entstehen einer heterogeneren und diverseren Gemeindebevölkerung hinsichtlich unterschiedlicher Herkunftsländer werden ebenso als bereichernde Faktoren in Bezug auf die Sozialisierung der eigenen Kinder verstanden. Ein/e InterviewpartnerIn, die/der vor einigen Jahren aus einem deutschsprachigen Nachbarland zugewandert ist und ein Kind im Alter von sieben Jahren hat, formuliert dies so: „Ich meine an einem Ort, wo fast ausschließlich Österreicher leben, ist es für die Kinder auch eine Bereicherung, dass es auch andere Menschen gibt“ (Int. 4/Abs. 65). Auch ein/e aus Wien zugewanderte/r GesprächspartnerIn, deren/dessen zwei Kinder im Waldviertel geboren sind und der Altersgruppe sieben bis zwölf angehören, betont den Wert des Kennenlernens von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer mit anderen Sprachkenntnissen und das Potenzial für Kinder von diesem Austausch zu profitieren:

„Dass sie [die Kinder] andere Kulturen kennenlernen, dass sie sich mit wem auseinandersetzen müssen, der nicht ihre Sprache spricht, der nicht einmal von ihrem Kontinent kommt, der ihnen auf der Weltkarte zeigt, wo er herkommt, vier, fünf Worte arabisch beibringt. Der Kontakt zu einer anderen Kultur.“ (Int. 19/Abs. 57)

Neben der Verbalisierung von Werten wie kulturelle Vielfalt und die Belebung des Gemeindelebens wird ebenso die Förderung des sozialen Engagements bei GemeindebewohnerInnen positiv hervorgehoben, womit es zu einer Stärkung des Zusammenhalts vor Ort käme. Das Identifizieren von Handlungsbedarf und das gemeinsame Einbringen und Interagieren zur Bewältigung einer geteilten Herausforderung fördere einerseits die Entwicklung eines Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühls und andererseits verschaffe es unter Gleichgesinnten Anerkennung für links-idealistisches oder

christlich-karitatives Engagement. Nuikina (2014) argumentiert hier, dass die Lebensfähigkeit einer Gemeinde beträchtlich davon abhängig wäre, dass die BewohnerInnen sich mit ihren zeitlichen und finanziellen Ressourcen einbrächten, um das zukünftige Wohlergehen der Stadt mitzugestalten. Auch wenn die strukturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen ungünstig seien, könnten durch soziale und kulturelle Charakteristika (soziales Kapital, soziale Kohärenz, das Gefühl der Zugehörigkeit, aktive Partizipation in lokalen Angelegenheiten etc.) negative Trends aufgehoben werden (vgl. ebd.: 30ff). Eine autochthon der Gemeinde entstammende Person, die jedoch lange Zeit außerhalb der Gemeinde gelebt hatte und nun in der Nähe der Unterkunft der AsylwerberInnen wohnt, beschreibt die Veränderungen, die sich seit der Aufnahme der AsylwerberInnen in den sozialen Netzwerken vollzogen hätten und ebenfalls zu einer Veränderung der eigenen sozialen Position geführt hätten:

„Ich kann aus persönlicher Erfahrung sagen, dass ich Leute jetzt ganz anders sehe, die ich vorher nicht so eingeschätzt habe. Und das mag vielleicht in anderer Richtung auch so sein, dass man mich anders eingeschätzt hat, eher als Mitläufer und jetzt sind sie draufgekommen, dass ich das nicht bin. [...] Die Positiven, wo ich Akzeptanz gewonnen habe, könnten vielleicht sogar ein bissl mehr sein als die Anderen.“ (Int. 7/Abs. 138f)

Das Hinzukommen einer neuen sozialen Gruppe im Gemeindeleben erfordere von den AkteurInnen des Feldes eine Positionierung und die politisch stark polarisierende Natur der Thematik besäße in Bezug auf soziale Beziehungen nicht nur Vereinigungs- sondern ebenfalls Spaltungspotenzial. Die Offenkundigkeit geteilter oder unterschiedlicher Werte, Normen und Meinungen sei nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass in einer Ortschaft von 1.400 BewohnerInnen Anonymität nicht gewahrt werden könne: „Hier ist man nicht anonym, hier ist man eine Kleinstadt. Wenn der Nachbar Durchfall hat, hört man das und man weiß einfach, wer was wählt“ (Int. 7/Abs. 95). Ein/e GesprächspartnerIn, die/der als Zweitwohnsitz in der Gemeinde gemeldet ist, verweist darauf, dass die plötzliche Sichtbarwerdung von geteilter Meinung oder offensichtlichen Meinungsunterschieden die gewohnten Netzwerke verändere und zu Spaltungen von virtuellen und tatsächlichen Gruppen und Netzwerken geführt hätte:

„Und da war dann die Spaltung. Mein damaliger Mitstreiter [...], dem das alles schon auf die Nerven gegangen ist, der hat gesagt: ‚Ok, das war’s dann für mich, ich trete hier aus.‘ Hat das aber still und heimlich gemacht und hat dann eine Neben-
gruppe gegründet.“ (Int. 22/Abs. 17)

Die Auflösung dieser Netzwerke erfolge über die Sichtbarwerdung unterschiedlicher Meinung und das Bedürfnis nach Abgrenzung von beiden Seiten, wohingegen geteilte Meinung und gemeinsames Engagement zur Schaffung von neuen sozialen Zugehörigkeiten führe.

Zusammenfassend lässt sich die Beziehungsgestaltung zwischen Lokalbevölkerung und AsylwerberInnen entlang von drei Ebenen beschreiben. Zunächst kann auf Basis der strukturellen Voraussetzungen, die von der Gemeinde implementiert werden können und im vorherigen Kapitel thematisiert

wurden, eine akzeptanzfördernde Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben erfolgen. Außerdem sei jene Einbindung nicht nur den AsylwerberInnen selbst zuträglich, sondern kann ebenfalls – bezüglich einerseits struktureller und monetärer sowie andererseits sozialer und ideeller Komponenten – als nutzenbringend für die Lokalbevölkerung verstanden werden. Im folgenden Kapitel soll auf Faktoren eingegangen werden, die sich darauf beziehen, wie AsylwerberInnen von der lokalen Bevölkerung wahrgenommen werden und welches spezifische Verhalten von Ersteren erwartet wird, um Akzeptanz zu bei der Lokalbevölkerung hervorzurufen.

5.4 Akzeptanzfördernde Charakteristika der Wahrnehmung

Die Wahrnehmung von AsylwerberInnen vonseiten der Lokalbevölkerung ist stark geprägt von, zum einen deren Status als Zugereiste und zum anderen von der Erwartungshaltung der lokalen Bevölkerung bezüglich des Verhaltens von jenen Zugereisten. Hinsichtlich Ersterem kann der persönliche Migrationshintergrund von Personen der Lokalbevölkerung als akzeptanzfördernde Kategorie gelten. Letzteres bezieht sich auf zwei zentrale Aspekte, die die Akzeptanz gegenüber AsylwerberInnen positiv beeinflussen: Arbeitswilligkeit und Engagement im Erlernen der Sprache sowie Unauffälligkeit und Freundlichkeit im öffentlichen Auftreten.

5.4.1 „Zuagroast“ – Die persönliche Migrationserfahrung als Akzeptanzverstärker

„Ich bin ja auch zuagroast und ich hab mich zuerst einmal gefreut.“ (Int. 7a/Abs. 44).

Wie in Kapitel 4.2 und 5.1.2 veranschaulicht, zeichnet sich die vor Ort lebende Gemeindebevölkerung durch eine hohe Homogenität in Bezug auf den Herkunftsort aus und über die Zuschreibung des Merkmals „Zuagroast“ erfolgt eine Trennung der Gemeindebevölkerung in jene, die autochthon der Gemeinde entstammen und solche, die aus anderen Bezirken, Regionen, Städten oder Ländern zugewandert sind. Die persönliche Erfahrung von Migration wirkt dabei akzeptanzfördernd hinsichtlich der Zuwanderung weiterer Personen. Ein/e GesprächspartnerIn, die/der vor mehreren Jahren aus dem südlichen Niederösterreich ins Waldviertel umgezogen ist, beschreibt ihre Freude bei der Nachricht, dass AsylwerberInnen in der Gemeinde aufgenommen werden sollen und betont dabei das Bedürfnis nach Austausch mit neuen Personen: „Ich bin ja auch zuagroast und ich hab mich zuerst einmal gefreut. Ich hab mir gedacht, [...] da lerne ich jetzt auch Leute kennen und komme ins Gespräch“ (Int. 7a/Abs. 44). Neben einer Sensibilisierung für Migrationserfahrungen wird dem Status des Zugereistseins auch ein überdurchschnittliches Engagement – sowohl in allgemeinen Gemeindeangelegenheiten als auch spezifisch im Umgang mit den AsylwerberInnen – zugeschrieben. Ein/e InterviewpartnerIn, die/der genuin aus der Gemeinde stammt, bemerkt dazu: „Das ist schon interessant zu beobachten, dass die sich sehr engagieren“ (Int. 6 /Abs. 70-76). Die verstärkt wahrgenomme-

ne Beteiligung in diversen Bereichen des Gemeindelebens kann jedoch als anmaßende und unerbetene Einmischung aufgefasst werden, wie eine, zwar in der Gemeinde geborene, jedoch lange Zeit in einer anderen Stadt wohnhafte und erst nach vierzig Jahren zurückgekehrte Person konstatiert und darüber hinaus den genuin aus der Gemeinde stammenden Personen Untätigkeit und Unwilligkeit zur Veränderung vorwirft:

„Der is net vo do, was hot der im Endeffekt mitzureden?‘ [...] Wenn sich bei uns jemand ein bissl zu viel engagiert, wird ihm sogar noch vorgeworfen: ‚Du bist eigentlich ein Zuagraster, warum mischt di du dort drein, musst du di überall dreinmischen?‘ Aber es sind halt eigenartigerweise immer die Leute, die nicht von da sind, die da was weiterbringen.“ (Int. 7/Abs. 14)

In der Gemeinde geborene, aufgewachsene und immer noch dort lebende Personen erwarten also von Neuhinzugekommenen, sich in bestehende Strukturen einzufügen, ohne diese zu hinterfragen, geschweige denn verändern zu wollen. Die negative Konnotation von Gemeindeengagement ohne autochthone Befugnis lässt sich ebenfalls auf ZweitwohnsitzerInnen übertragen, deren Lebensmittelpunkt mangels ununterbrochenen Aufenthaltes nicht in der Gemeinde verortet wird, wie es die/der BürgermeisterIn von Stammtischunterhaltungen berichtet:

„Und dieser Kreis [...] zum Großteil Zweitwohnsitzer, die die ganze Woche in Wien san, am Wochenende dann raufkommen und den Gutmenschen spielen wollen [...], also des hör i am Stammtisch, wo dann g’sagt wird: ‚Na dann solln sie’s gleich mit hamnehma.‘“ (Int. 1/Abs. 50)

Der persönliche Migrationshintergrund– und sei es nur aus einer anderen Region Österreichs – beeinflusst demnach die Wahrnehmung von weiteren ImmigrantInnen und wirkt in diesem Sinne hinsichtlich der Sensibilisierung für die Zuwanderungserfahrung und der höheren Bereitschaft zum Engagement und zur Interaktion akzeptanzverstärkend. Auch in der Fremdwahrnehmung vonseiten der autochthonen, lokalen Bevölkerung, finden sich Zuschreibungen eines überdurchschnittlichen Engagements jener zugereisten, lokalen Bevölkerung hinsichtlich der Betreuung und Einbindung der AsylwerberInnen (siehe auch Kapitel 5.3.1). In Kapitel 5.7.1 wird die Kehrseite des Konzeptes „Zuagroast“ diskutiert werden. Im Folgenden soll es jedoch um die Zuschreibung von weiteren Merkmalen und Charakteristika gehen, die sich in der Erwartungshaltung der Lokalbevölkerung und deren Wahrnehmung von AsylwerberInnen finden lassen.

5.4.2 „Kein arbeitsscheues Gesindel“ – Arbeitswilligkeit und Spracherwerb

„Die würdn unheimlich gern arbeiten. Afoch, weil eana fad ist.“ (Int. 8/Abs. 10)

Die Motivation, mit der AsylwerberInnen gemeinnütziger oder ehrenamtlicher Arbeit nachgehen, wird registriert, positiv bewertet sowie mit „Tugenden“ wie Arbeitswilligkeit und -fleiß verknüpft und zeigt sich in der hohen Bereitschaft und Motivation sich aktiv und arbeitend im öffentlichen Leben einzubringen: „Straßenreinigen, Kochen für 80 Leute, XY-Fest [ein einmal jährlich stattfindendes Mu-

sikfest; Anm. VR], alles gratis! Die Bevölkerung sieht, sie nehmen an unserem öffentlichen Leben teil“ (Int. 5/Abs. 9). Hinweise auf eine hohe Arbeitsmoral liefern außerdem Merkmale wie Freiwilligkeit und die Bereitschaft gratis zu arbeiten: „Die san freiwillig ausgerückt und ham am Busbahnhof ohne Bezahlung den Dreck weggekehrt“ (Int. 8/Abs. 10). Ebenso die Arbeit in Nachtstunden wird dementsprechend positiv bewertet: „Sie haben durchgekocht die ganze Nacht – also wirklich, kein arbeits-scheues Gsindell!“ (Int. 22/Abs. 26). Im folgenden Zitat wird von einem/r genuin aus der Gemeinde stammenden und im Zentrum lebenden GemeindebürgerIn darauf hingewiesen, dass letztlich nur über die Verrichtung von gemeinderelevanten Arbeiten und die Zurschaustellung einer hohen Arbeitsmoral Akzeptanz in der Bevölkerung generiert werden könne und AsylwerberInnen dafür einen Beitrag zum Gemeindeleben zu leisten hätten:

„Und am Samstag haben sie mit Signalwesten die ganzen PapierIn zamgeklaut, wo die Leit dann auch sagen: ‚Na, sie mochen was.‘ [...] Es ist schon wichtig, dass sie irgendsowelche allgemeine Arbeiten verrichten können und dürfen, weil nur so werden sie hier auch akzeptiert. Und wir können sagen: ‚Schaut’s bitte mal, die machen was, die tragen was dazu bei und ja, bringen Vorteile.‘“ (Int. 6/Abs. 40)

Mit der Ermöglichung von gemeinnütziger und ehrenamtlicher Arbeit werden Strukturen geschaffen (Kapitel 5.2.1), die eine verstärkte Einbindung von AsylwerberInnen ins Gemeindeleben ermöglichen und zu positiv erlebten Auswirkungen für die lokale Bevölkerung führen (Kapitel 5.3.1 und 5.3.2). Eine hohe gezeigte Motivation diverse Arbeiten zu verrichten stellt darüber hinaus ein in der Wahrnehmung von AsylwerberInnen akzeptanzverstärkendes Merkmal dar. So zeigen beispielsweise auch Brunner, Jost und Lueger (1994a), dass eine schnelle ökonomische Integration von hoher Bedeutung sei, da Arbeit ein statusbegründendes und darüber hinaus identitätsstiftendes Merkmal sei (vgl. ebd.: 326). InterviewpartnerInnen betonten zudem, dass die Bereitschaft schlecht- oder unbezahlter Arbeit nachzugehen ein Hinweis auf die generell stärker ausgeprägte Bescheidenheit der AsylwerberInnen im Vergleich zur Lokalbevölkerung sei. Dieses Merkmal wird als vorteilhaft für die lokale Bevölkerung und die Wirtschaft des Aufnahmelandes im Allgemeinen wahrgenommen und kann daher akzeptanzförderlich wirken (siehe dazu auch Kapitel 5.3.2), worauf im folgenden Zitat von einer/m GesprächspartnerIn hingewiesen wird, die/der im Nahen Osten aufgewachsen ist, seit 20 Jahren im Waldviertel ansässig und beruflich selbstständig tätig ist:

„Die Win-win-Situation für Reinschlag, andere Gemeinden oder Gesamtösterreich liegt darin, dass die Leute, die jetzt kommen, wesentlich bescheidener sind als die Österreicher. [...] Und das Land Österreich wird davon profitieren, dass die Arbeitsplätze, die wir ihnen zur Verfügung stellen, eindeutig weniger kosten als üblicherweise. Wir haben hier eine Mindestbezahlung, die fix ist und für die wird ein Österreicher heute nicht mehr arbeiten und ein Zuagroaster sozusagen arbeitet noch dafür. Und insofern haben alle gewonnen.“ (Int. 5/Abs. 74f)

Auch ein/e genuin aus der Stadtgemeinde stammende/r InterviewpartnerIn betont in diesem Zusammenhang, dass „bei den Hiesigen [der lokalen Bevölkerung; Anm. VR] die Ansprüche auch ganz andere sind“ (Int. 8/Abs. 6) und sich für spezifische Tätigkeiten, wie beispielsweise in der Gastrono-

mie, der Landwirtschaft oder am Bau, immer seltener Personen der vor Ort ansässigen Bevölkerung finden lassen würden, die bereit seien jene Arbeiten zu verrichten.

Die Erwartungshaltung der lokalen Bevölkerung hinsichtlich eines freiwilligen und fleißigen Einbringens der AsylwerberInnen im Gemeindeleben wird auch bei Brunner, Jost und Lueger (1994b: 129) betont und die empirischen Ergebnisse zeigen, dass sich diese Erwartungen in einer ähnlichen Weise auf deren Motivation und Engagement im Erlernen der Sprache beziehen. Interaktionsmöglichkeiten sowie Erleichterungen im Lösen von Konflikten werden mit der Sprachkompetenz in Zusammenhang gebracht (siehe Kapitel 5.2.2). Darüber hinaus wird von einer/m im Stadtrat sitzenden GemeindegängerIn betont, dass der Wille zum Erlernen der Sprache als Wille zur Integration verstanden werden könne: „Weil sie san ja auch voll dahinter, dass sie Deutsch lernen, was ja super ist und viel wert ist, weil das auch ein Wille ist und zeigt, dass sie sich integrieren wollen“ (Int. 14/Abs. 30). Wenn demnach vonseiten der AsylwerberInnen ein hohes Engagement im Hinblick auf den Spracherwerb beobachtet werden kann, so führe dies in Folge zu höherer Akzeptanz vonseiten der Lokalbevölkerung. Neben der Bereitschaft zur Verrichtung von gemeinnützigen Arbeiten und der hohen Motivation im Erlernen der Sprache zeigen sich weitere charakterliche Merkmale von Vorteil: Unauffälligkeit und tadelloses Verhalten im öffentlichen Auftreten, die Gegenstand des folgenden Kapitels sein sollen.

5.4.3 „Uns homs nix gmocht“ – Unauffälligkeit und Tadellosigkeit

„Trink auch vom Bier, wie es des Landes Brauch.“
(Gilgamesch-Epos, zweite Tafel; zitiert in Sedláček
2012: 36)

Erwartungen in Bezug auf das Auftreten der AsylwerberInnen im öffentlichen Gemeindeleben betreffen eine spezifische Verhaltenskombination aus Passivität und Aktivität. Einerseits wird ein unauffälliges Erscheinen gefordert, andererseits die aktive Bemühung um freundlichen Kontakt. Letzteres zeigt sich zum Beispiel in stereotypen Erwartungshaltungen in Bezug auf gastfreundliche Gesten trotz beschränkter materieller Mittel. Eine/r der in der näheren Nachbarschaft lebenden und autochthon aus der Gemeinde stammenden GesprächspartnerInnen formuliert dies folgendermaßen: „Hams uns gleich angeboten an Kaffee und was hoit so möglich woa von eana, weil sie hom ja net alles ghobt, ja, des woar sehr nett“ (Int. 6a/Abs. 6). Freundlichkeit, Herzlichkeit und Gastfreundschaft sind Verhaltensmerkmale, die hervorgehoben werden und als Voraussetzung dafür gesehen werden, dass Kontakt gehalten wird, wie von einer/m weiteren, genuin aus der Gemeinde stammenden NachbarIn argumentiert wird:

„Sie waren wahnsinnig herzlich und lieb und haben mich zum Essen eingeladen. Und weil sie Nette san, ham wir immer wieder Kontakte geknüpft. Ich schau vorbei oder wir treffen uns oder sie kommen vorbei bei mir oder so, ganz normal.“ (Int. 8/Abs. 2)

Ein/e GemeindebürgerIn, die/der vor mehreren Jahren aus einem außereuropäischen Land in die Gemeinde zugewandert ist und sich mittlerweile in sämtliche Gemeindeaktivitäten eingebunden und als akzeptiertes Mitglied der Gemeinschaft empfindet, beschreibt den Prozess der Integration als strategisches Vorgehen. So müsse bei den ins Gemeindeleben Neuhinzugekommenen die Bereitschaft vorhanden sein, typischen Freizeitaktivitäten nachzugehen, wie beispielsweise die Teilnahme an kulturellen, sozialen oder religiösen Veranstaltungen oder eben auch der Besuch des Wirtshauses:

„Um ins Herz der Bevölkerung zu kommen, müsste man mit ihnen zur Kirche gehen, in die Wirtshäuser, in die Vereine. Um integriert zu werden, ist das der beste Weg. Wenn man auf die Leute zugeht, auch wenn man die Sprache nicht kann.“
(Int. 5/Abs. 9)

Eine autochthon aus der Gemeinde stammende Person vergleicht das an die lokalen Bräuche adaptierte Verhalten der AsylwerberInnen mit dem Ausmaß von deren Religiosität und der Freiheit von strengen Prinzipien oder Vorschriften. Das Biertrinken, Rauchen und Essen von Schweinefleisch wird dabei besonders hervorgehoben: „Die san jetzt net streng Muslims. Die trinken fast alle Bier und rauchen. Die Hälfte isst wahrscheinlich Schweinefleisch, also die sehen des olles net so eng“ (Int. 8/Abs. 17).

Das unauffällige Verhalten der AsylwerberInnen in der Öffentlichkeit beziehe sich einerseits auf die Vermeidung von Lärm, Unruhe und Aufsehen (bzw. „Wirbel“) und andererseits auf die Anpassung an die vor Ort üblichen Verhaltensweisen. Ersteres wird von einer in der näheren Umgebung wohnenden Person als nachbarschaftlich erwarteter Anspruch auf Ruhe und Ungestörtheit zum Ausdruck gebracht: „Ich mein, uns homs nix gmocht und uns mochens nix. [...] Die mochen kan Wirbel, [...] wir ham eigentlich mit eana ka Problem“ (Int. 6/Abs. 27f). Der zweite Aspekt wird einerseits in mehreren Interviews mit Kommentaren wie „die fallen ja nicht auf“ (Int. 19/Abs. 66) anerkennend gewürdigt und außerdem von der vor Ort als IntegrationsbotschafterIn agierenden Person betont. Diese hat aufgrund ihrer persönlichen Migrationserfahrung aus einer ähnlichen Herkunftsregion selbst erlebt, dass Unauffälligkeit im Gemeindealltag einen Bestandteil des Integrationsprozesses darstellt: „Ich zeige ihnen, wie die Leute hier leben und ich adaptiere sie so an die Situationen, so dass sie nicht so auffallen“ (Int. 5/Abs.18). Brunner, Jost und Lueger (1994b) betiteln jene Erwartungshaltung hinsichtlich eines lärmvermeidenden und zurückhaltenden Auftretens der AsylwerberInnen als „Legierung aus tradierten Vorstellungen über soziale Ordnung“ (vgl. ebd.: 130).

In der Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung spielen zusammenfassend einerseits die Zuschreibung des Zugereistseins und der persönliche Migrationshintergrund als akzeptanzverstärkende Komponente eine Rolle, andererseits die Erwartungshaltung im Hinblick auf spezifische Verhaltensweisen: eine Strebsamkeit im Arbeitskontext, die Bereitwilligkeit zur Erlernung der Sprache, die Bereitschaft zur Teilnahme an lokalkulturellen Aktivitäten, ein (gast-)freundliches Auftreten sowie eine generelle

Auszeichnung durch Unauffälligkeit im öffentlichen Gemeindeleben. Ein solches „tadelloses“ BürgerInnenverhalten von AsylwerberInnen könne als akzeptanzfördernd verstanden werden.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt, finden sich in den kommunalen Strukturen, in der Beziehungsgestaltung zwischen Lokalbevölkerung und AsylwerberInnen sowie innerhalb der Lokalbevölkerung und darüber hinaus in der Wahrnehmung von AsylwerberInnen Faktoren, die akzeptanzverstärkend wirken können. Jene drei Ebenen des analytischen Gerüsts werden nun dazu herangezogen, um akzeptanzschmälernde Faktoren zu identifizieren und darzustellen.

5.5 Akzeptanzhindernde Charakteristika der Strukturen

Als akzeptanzhinderlich wirkende Charakteristika der kommunalen Einrichtungen und Strukturen gelten der Mangel an ausreichender Information, das Fehlen von Meinungsbildung vonseiten der Städtelite sowie solche Faktoren, die den strukturellen Rahmenbedingungen und Charakteristika des peripheren, ländlichen Raums zugeschrieben werden können.

5.5.1 Mangelnde Information und fehlendes Mitspracherecht

„Die Leute sind wenig darüber informiert, sie haben einfach Angst vor dem Ungewissen.“ (Int. 5/Abs. 5)

Dem breitgefächerten Informationsangebot wird, wie in Kapitel 5.2.1 beschrieben, aufgrund einer als notwendig erachteten Aufklärung und Sensibilisierung der Lokalbevölkerung große Bedeutung beigemessen. Dementsprechend wird ein Mangel an Informationen als hinderlich für die Generierung von Akzeptanz wahrgenommen. Das Bedürfnis nach Information wird nicht nur vonseiten der Gemeindebevölkerung artikuliert, sondern ebenfalls auf der Ebene der Gemeindeverwaltung. So verweist im folgenden Zitat der/die BürgermeisterIn auf die übliche Praxis des Verteilungsprozesses von AsylwerberInnen auf Bezirke und Gemeinden, die späte und ungenügende Information und das Unvermögen der Gemeinde bei diesbezüglichen Mitteilungen der Landesverwaltung Niederösterreichs Einspruch erheben zu können. Der Autoritätskonflikt wird verdeutlicht und untermauert mit dem Argument eines aus dem fehlenden Mitspracherecht potenziell resultierenden Unwohlseins aller beteiligter AkteurInnen, sowohl auf Seiten der AsylwerberInnen als auch auf Seiten der Gemeinde(-bevölkerung):

„Als Gemeinde wird man informiert, dass man Asylwerber zugeteilt bekommt, wird aber nicht gefragt, ob das gscheit ist. [...] Weil es bringt nix, wenn man die Leut irgendwo reinsetzt und sie fühlen sich nicht wohl und umgekehrt genauso. Das war halt leider bei uns am Anfang auch so. [...] Wir sind am Freitag informiert worden, einfach dass es passiert und am Montag hätten die Asylwerber kommen sollen.“ (Int. 1/Abs. 10)

Der Mangel an ausreichender Informierung wird ebenfalls von den StadtbewohnerInnen selbst artikuliert. Eine/r der GesprächspartnerInnen, die/der selbst ein hohes Engagement in Gemeindeangelegenheiten aufweist und über regelmäßigen Kontakt zu den AsylwerberInnen verfügt, verortet die verstärkte Informationspolitik im Zuständigkeitsbereich der Gemeindeverwaltung und weist darauf hin, dass jene – und nicht die Bevölkerung selbst – für diesbezügliche Informationsangebote verantwortlich wäre. So hätte es vonseiten der Gemeindevertretung zum Beispiel die Ankündigung gegeben, dass es im Rahmen einer Veranstaltung die Möglichkeit eines gegenseitigen Kennenlernens zwischen AsylwerberInnen und Lokalbevölkerung geben werde, jedoch hätte jene Veranstaltung schließlich nicht stattgefunden:

„Wir ham dann gewartet, dass von Seiten der Gemeinde einmal – in der Zeitung ist ja gestanden, dass ein Treffen arrangiert wird –, dass man ein gegenseitiges Kennenlernen hat, war aber dann net der Fall. [...] Da fehlt mir eben die verstärkte Informationspolitik der Gemeinde, das einfach nicht von sich wegzuschieben, sondern sich einzubringen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Ich mein, wozu – für was hammas?“ (Int. 7/Abs. 152)

Das Bedürfnis nach Informierung über die stattfindenden Veränderungen im Gemeindeleben wird als Voraussetzung für darauf aufbauende Interaktionen zwischen bereits vor Ort wohnender Bevölkerung und neu hinzukommenden Personen verstanden. Die Abwesenheit eines umfassenden Informationsangebots hingegen würde Unsicherheiten und Ängste in der Lokalbevölkerung schüren und stünde damit einer Akzeptanz im Wege.

5.5.2 Fehlende Meinungsbildung vonseiten der Stadtelite

„Wenn jetzt die Politik zerstritten wär und der eine des sagt und der andere des und dann das ganze si aufschau-kelt und der Bürgermeister keine Stellung dazu abgibt, glaub ich, fühlen sich die Bürger alleingelassen. (Int. 1/Abs. 58)

Die eben dargestellte Argumentation über das Bedürfnis nach ausreichender Informierung erfährt zusätzliche Gewichtigkeit durch die Tatsache, dass gerade von Mitgliedern des Gemeinderates bzw. von der/dem BürgermeisterIn offizielle Stellungnahmen erwartet werden. Ein/e im näheren Umfeld lebende/r NachbarIn drückt dabei ihren/seinen Wunsch nach verstärkter Informationspolitik aus und verweist auf die Verantwortung, die sie/er diesbezüglich der Autorität der Gemeindeverwaltung zuschreibt:

„Ich hab des schon vermisst, dieses Gradstehen als Mensch. Als Bürgermeister der Gemeinde informativ klarmachen, was jetzt ungefähr sein wird, auch wenn er’s selber no net genau gewusst hat, aber es war der Anfang recht unglücklich. Da hab ich mir mehr erwartet, wirklich.“ (Int. 7a/Abs. 17)

Während in Kapitel 5.2.5 die akzeptanzfördernde Meinungsbildung von Persönlichkeiten der Stadt-gemeinde diskutiert wird, die aufgrund ihrer beruflich oder sozial institutionalisierten Funktionen über Ansehen und Respekt bei der Gemeindebevölkerung verfügen und daher mittels Vorbildwir-

kung Einfluss auf Verhalten und Meinungsbekundungen der Lokalbevölkerung nehmen können, wird im umgekehrten Fall das Ausbleiben von Meinungsbildung vor allem bei jenen Personen kritisiert, die eine politisch institutionalisierte Funktion ausüben. Mitgliedern des Gemeinderates würde diesbezüglich gar die Verpflichtung zukommen in offiziellen Angelegenheiten repräsentativ Handlungen zu setzen, wie beispielsweise durch die Teilnahme an einschlägigen Veranstaltungen. Die in Kapitel 5.2.5 beschriebene Einladung zu dem groß inszenierten gemeinsamen Abendessen, das zum Zwecke des gegenseitigen Kennenlernens von AsylwerberInnen und Lokalbevölkerung bei einem Wirt der Stadtgemeinde veranstaltet wurde, sei dabei ein Beispiel, bei dem das Nichterscheinen von GemeinderätInnen enttäuschend wahrgenommen wurde. Deren Fernbleiben würde sowohl bei den AsylwerberInnen selbst als auch bei der Lokalbevölkerung einen schlechten Eindruck hinterlassen und wäre zudem besonders auffallend, da gerade die Anwesenheit des Österreichischen Rundfunks (ORF) für die politische Gemeindeelite den Anreiz zur Teilnahme hätte darstellen müssen. Ein/e in der Nachbarschaft lebende/r und in diversen Gemeindeaktivitäten engagierte/r GesprächspartnerIn drückt diesbezüglich seine/ihre Enttäuschung und Verwunderung aus und verweist auch auf das Bedürfnis, dass dergleichen Veranstaltungen vonseiten des Gemeinderates durch dessen Teilnahme mehr Aufmerksamkeit geschenkt würde:

„Beim XY [Veranstaltungsort; Anm. VR] war niemand von der Gemeinde dabei. Nicht ein einziger. [...] Ich mein, wenn da gar keiner kommt, des mocht dann a net des beste Bild, was müssen se de denken? Ich sag mal, immer wo der ORF ist, sind normal die Politiker und das ist schon irgendwie auffallend, wenn der da ist und keine Politiker da san. Wenn die Gemeinde anwesend gewesen wäre, dann hätte das für die Bevölkerung auch ein besseres Bild gemacht. [...] Ich glaub, der Großteil hätt si erwartet, dass irgendwer aus der Gemeinde dabei gewesen wär, der Großteil war enttäuscht.“ (Int. 6/Abs. 21ff)

Mangelnde Informierung und das Fehlen von Meinungsbildung, v. a. von Mitgliedern des Gemeinderates, sind Faktoren, die sich den kommunalen Strukturen zuordnen lassen und generell dem Verantwortungsbereich der Gemeinde zugeschrieben werden können. Des Weiteren lassen sich Faktoren identifizieren, die sich auf die allgemeinen strukturellen Rahmenbedingungen beziehen bzw. als Charakteristika von peripheren, ländlichen Räumen verstanden werden können und im Folgenden näher erläutert werden sollen.

5.5.3 Strukturschwäche der Region und Abgelegenheit

„Hier hast ja keinen Markt. [...] Hier san se alaa und hom kane Perspektiven.“ (Int. 8/Abs. 46f)

Die Zuwanderung in die Stadtgemeinde wurde in Kapitel 5.3.3 mit dem Verweis auf potenziell nutzenbringende Dynamiken im Hinblick auf die Strukturschwäche der Region diskutiert. Nichtsdestotrotz sind es genau jene strukturellen Bedingungen, die potenzielle Hindernisse und Herausforderungen implizieren, die einer langfristigen Ansiedelung der internationalen ImmigrantInnen im Weg ste-

hen bzw. damit ebenfalls ein Akzeptanzhemmnis darstellen würden. So seien nicht nur die geringen Kapazitäten in der Verwaltung vor Ort eine Hürde, sondern auch die geringe Anzahl an größeren Betrieben und damit ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot. In seiner positiven Theorie der Immigrationspolitik zeigt Borjas (1995), dass die Bevölkerung des Aufnahmelandes aufgrund von Produktionskomplementaritäten von Immigration zwar insgesamt profitieren würde, dies jedoch nicht auf Situationen strukturell bedingter Arbeitslosigkeit zuträfe (vgl. ebd.: 5). Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass die Strukturschwäche der Region von vielen ihren Arbeitsplatz fordere und der Mangel an Unternehmen und ArbeitgeberInnen dabei das Beschäftigungsausmaß der lokalen Bevölkerung determiniere – eine Problematik, die für die AsylwerberInnen gleichermaßen spürbar sein werde, wie ein/e im Gesundheitsbereich arbeitende/r GesprächspartnerIn erläutert:

„Wobei es in einer strukturschwachen Region auch nicht besonders leicht ist, wir selbst haben auch viele Arbeitslose hier. Das wird natürlich problematisch werden [...] Wir sind einfach eine strukturschwache Region. Das wird natürlich schwierig für sie. [...] Die Arbeitsfähigkeit der Menschen ist ja verkehrt proportional zum Angebot. Die können noch so tüchtig sein, es gibt halt keine Unternehmen, das ist halt so.“ (Int. 4/Abs. 6f)

Das ungenügende Angebot an Arbeitsplätzen sei allumfassend sowie unausweichlich, d. h., es betreffe alle gleichermaßen und es gäbe keine Lösung dafür. Des Weiteren hätte es die Abwanderung der Bevölkerung aus der Region zu verantworten, die andernfalls nicht stattfinden würde. Die Anziehungskraft der Ballungsräume sei ein zusätzlicher Impuls für die fortschreitende demographische Erschöpfung, deren Ursache, gemeinsam mit der wahrgenommenen Begrenzung der Möglichkeiten, in der wirtschaftlichen Lage zu finden sei, die sich laut eines/r im Tourismusbereich tätigen Geschäftstreibenden auch nicht so schnell ändern würde:

„Naja, das Schwierige ist einmal, einen Job zu finden. Ich sehe diesbezüglich eigentlich schwarz, [...] weil keiner einen Job kriegt. Die Leute wandern alle ab. Nicht, weil sie auswandern wollen, sondern weil sie ihre Arbeitsstätte nicht mehr haben und in die Ballungsräume wandern. Weil die Möglichkeiten hier begrenzt sind. Aber das ist halt auch wegen der wirtschaftlichen Lage und das wird sich auch nicht so schnell ändern.“ (Int. 7/Abs. 177f)

Die Strukturschwäche der Region und die von der lokalen Bevölkerung wahrgenommenen Schrumpfs- und Erosionsprozesse (siehe auch Giffinger/Kramar 2008: 11 und Gans 2005: 1004f) stellten bereits vor der Aufnahme der AsylwerberInnen ein zentrales Problemfeld und Diskussionsthema von konstanter, wenn nicht gar wachsender Aktualität dar. Durch die Anwesenheit der AsylwerberInnen werden Fragen hinsichtlich deren möglichen, längerfristigen Verbleibens bzw. deren potenzieller, dauerhafter Ansiedelung sowie damit verbundenen strukturellen und subsistenzbezogenen Herausforderungen aufgeworfen. Der Mangel an verfügbaren Arbeitsplätzen wird dabei oft als unveränderliche Konstante und Tatsache dargestellt: „Das Problem ist ja, dass es hier keine Arbeit gibt und jetzt kommen diese Leute hierher und haben auch keine Arbeit“ (Int. 13/Abs. 39). Die ökonomisch schwache Struktur werde ferner verstärkt durch die periphere Lage und damit zusammenhängende infra-

strukturelle Hürden, wie die Überwindung sehr großer räumlicher Distanzen sowie die schlechte Anbindung an den Personalverkehr. Jene geographische Abgelegenheit sowie Überalterung und die Erosion der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur werden von Nadler et al. (2010) als Gründe für die demographische Ausdünnung ländlich peripherer Regionen genannt (vgl. ebd.: 7). Wenn zusätzlich eine ökonomische und politische Abhängigkeit von Kernregionen bestünde (siehe Kapitel 4.6), führe dies zu einer begrenzten Auswahl verfügbarer Existenzgrundlagen für die lokale Bevölkerung (vgl. Nuikina 2014: 11).

Die Strukturschwäche der Region, ihre geographische Abgelegenheit, der für die lokale Bevölkerung spürbare Arbeitsplatzmangel und die limitierte Bandbreite der Subsistenz wirken sich hemmend auf die Akzeptanz der Bevölkerung aus. Darüber hinaus wurden in diesem Kapitel die akzeptanzschmälernden Konsequenzen einer mangelhaften Informierung der lokalen Bevölkerung sowie das Fehlen von Meinungsbildung diskutiert. Im Folgenden wird auf akzeptanzhinderliche Charakteristika eingegangen, die sich auf der Ebene der sozialen Beziehungen finden lassen.

5.6 Akzeptanzhindernde Charakteristika der sozialen Beziehungen

Die akzeptanzfördernden Charakteristika der Beziehung zwischen bereits vor Ort lebenden und neu hinzukommenden Personen wurden in Kapitel 5.3 diskutiert. Jene Aspekte, die auf der Beziehungsebene als Hindernis für Akzeptanz verstanden werden können, sollen Inhalt des folgenden Kapitels sein: die Kontaktvermeidung und die als übertriebene Aufmerksamkeit wahrgenommene Kehrseite, das „Zuwanehma“ sowie die wahrgenommenen und antizipierten, negativ bewerteten Auswirkungen der Aufnahme von AsylwerberInnen für die Lokalbevölkerung und auf das Gemeindeleben. Schließlich könne es bei letzterem zum Überschreiten von Grenzen der Toleranz und Moral kommen.

5.6.1 Nicht-„Zuwanehma“ – Kontaktvermeidung, Neid und Eifersucht

„Da sind sie ihnen die Aufmerksamkeit neidig oder dass sie irgendwas bekommen.“ (Int. 19/Abs. 130)

Im vorherigen Kapitel wurde erörtert, inwiefern die Formen des Umgangs, die mit dem waldviertlerisch-emischen Begriff des „Zuwanehma“ benannt werden und letztlich die Häufigkeit bzw. Intensität des Kontakts sowie die Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben beschreiben, akzeptanzfördernd wirken. In diesem Abschnitt soll nun die als akzeptanzhinderlich geltende Kehrseite des „Zuwanehma“ diskutiert werden, nämlich einerseits das gegenpolige Verhalten der GemeindebewohnerInnen hinsichtlich der Vermeidung von Kontakt, andererseits die im Rahmen des „Zuwanehma“ übertrieben empfundene Zuwendung, die den AsylwerberInnen zuteil wird. Ein/e genuin aus der Gemeinde stammende und in der Nachbarschaft der AsylwerberInnenunterkunft wohnende In-

interviewpartnerIn weist darauf hin, dass vermittelnde Personen, die mit den AsylwerberInnen Kontakt pflegen, wichtig seien, damit keine Separation entstehe, da fehlende Kommunikation leicht zu Missverständnissen führen könne: „Ja so leit san wichtig, dass sie nicht abgekapselt in ihrem Haus sitzen. Durch das Nicht-Reden passieren eigentlich die meisten Missverständnisse“ (Int. 6/Abs. 183). Auch ein in der Gemeinde als Zweitwohnsitz gemeldete/r GesprächspartnerIn, die/der in der Interaktion mit den AsylwerberInnen ein hohes Engagement an den Tag legt, führt beispielsweise die Ablehnung vor allem der älteren Bevölkerung auf einen Mangel an Interaktionsflächen zurück:

„Überhaupt die alte Bevölkerung, dieses: ‚Ihr wird’s noch schau’n, was da passiert, ihr wird’s noch sehn, was da alles passiert, des is net guat.‘ Aber da hat sicher noch nie einer mit denen Kontakt gehabt.“ (Int. 22/Abs. 71)

Eine fehlende Akzeptanz vonseiten der Lokalbevölkerung wird demnach von einem Mangel an und der Vermeidung von Kontakt abgeleitet. Dementgegen könne allerdings der Kontakt zwischen lokaler Bevölkerung und AsylwerberInnen an spezifischen Orten bzw. mit spezifischen Personen, die jene Orte vornehmlich aufsuchen, wiederum zu Konflikten führen, weswegen gerade die Vermeidung von Kontakt Konflikte verhindern könne. So beschreibt ein/e in der Gemeinde geborene/r und nach vielen Jahren des Wienaufenthalts Zurückgekehrte/r, die/der ein freundschaftliches Verhältnis zu den AsylwerberInnen pflegt, dass es bestimmte Gaststätten in der Gemeinde gebe, von deren Besuch sie/er den AsylwerberInnen dringlich abraten würde:

„Also teilweise hat’s irgendwie Probleme gegeben, im falschen Lokal, also es gibt do in Reinschlag des ane oder andere Lokal, wos i net empfehlen konn. I hob eana eh g’sogt: geht’s do afochgoa net eine.“ (Int. 8/Abs. 11)

So scheint es, dass Kontakt per se zwar die Möglichkeit schaffe, Missverständnisse aus dem Weg zu räumen und letztlich Ablehnung damit zu verringern, dennoch gezielt eingesetzt werden müsse, da mit Interaktionen an „falschen Orten“ ebenso das Konfliktpotenzial zwischen lokaler Bevölkerung und AsylwerberInnen steigen könne. Neben der Vermeidung von Kontakt sowie Konflikten im Kontakt wird ebenso eine als übertrieben empfundene Aufmerksamkeit, die den AsylwerberInnen von Teilen der Lokalbevölkerung entgegengebracht werde, als akzeptanzhemmend wahrgenommen. Diese übersteigert wahrgenommene Aufmerksamkeit drückt sich in Neid bzw. Missgunst hinsichtlich spezifischer Güter sowie Eifersucht hinsichtlich der in ungenügend empfundenem Maße erhaltenen Anerkennung vonseiten der lokalen Bevölkerung aus. Vor allem mit dem Hinweis auf die Existenz finanziell schwächer ausgerüsteter Bevölkerungsgruppen wird argumentiert, dass die verstärkte Fürsorge für AsylwerberInnen als ungerechte Behandlung wahrgenommen werde. Dies könne sich einerseits auf Objekte beziehen, die die AsylwerberInnen als Materialspenden von Privatpersonen und diversen Institutionen erhalten, andererseits auf die verstärkte Zuwendung, die ihnen von manchen Personen der Gemeindebevölkerung entgegengebracht werde. Ein/e ursprünglich aus Wien kommende/r und nun in der Peripherie der Gemeinde lebende/r GemeindebürgerIn erzählt diesbezüglich von einem Facebook-Eintrag, in dem der Neid auf die, AsylwerberInnen gespendeten bzw. von der

Gemeinde zur Verfügung gestellten Räder, die sich im Laufe der letzten Jahre im Gemeindedepot angesammelt hatten und von deren ursprünglichen BesitzerInnen nie abgeholt wurden, formuliert wird:

„Da war ein [Forums-]Post, der geschrieben hat, wie viele Kinder sich in Reinschlag und Umgebung keine Räder leisten können und jetzt kommen die und bekommen welche.“ (Int. 19/Abs. 130)

Das fehlende Verständnis über die als unfair erlebte Ungleichbehandlung hinsichtlich verfügbarer Ressourcen wird von der/m BürgermeisterIn folgenderweise beschrieben: „Da hört man dann: ‚Mir schenkt keiner ein Rad!!‘ Ja, also mit solche Sachen muss man leben, kann man aber auch gut“ (Int. 1/Abs. 58). Mit Klagen über die verstärkte materielle Zuwendung ließe es sich jedoch leichter leben als mit Beschwerden über eine übertrieben empfundene Aufmerksamkeit hinsichtlich ehrenamtlicher Arbeitsleistungen, die sowohl von der lokalen Bevölkerung als auch von den AsylwerberInnen getätigt werden, denen jedoch eine unterschiedliche Wertschätzung entgegengebracht werde, wie es im folgenden Zitat zum Ausdruck gebracht wird:

„Es gibt einige Personen, die tun sich besonders heraus und machen besonders viel. [...] Und das wird dann oft negativ gesehen. Weil, [...] wenn dann nur mehr erwähnt wird, die Asylwerber ham des und des gmacht, dann fühlt sich möglicherweise so mancher ehrenamtliche Reinschlager auf den Fuß treten und sagt: ‚Na Tschuldige, ich hab das gleiche gmacht und mit mir wird nicht so umgegangen.‘“ (Int. 1/Abs. 48)

Eine Stadträtin/ein Stadtrat, die/der mit den AsylwerberInnen ausschließlich verwaltungsspezifische Überschneidungsflächen aufweist und eine eher beobachtende Position in der Thematik einnimmt, mutmaßt, dass eine solche Form der übermäßigen Zuwendung und Hervorhebung vonseiten der AsylwerberInnen keineswegs erwünscht sei und diese womöglich mit einer medialen Vermarktung nicht einverstanden wären:

„Ich glaub, dieses übertriebene immer in den Vordergrund stellen muss nicht sein. Und ich glaub auch, dass das den Asylwerbern gar nicht recht ist, [...] die wollen einfach gern ihre Ruhe haben auch und wollen gern das weiterhin so machen, aber müssen nicht immer medial vermarktet werden. Und des sollte man vermeiden, afoch, ganz normal so wie a jeda andre auch. Wenn was Positives ist, drüber schreiben, aber nicht immer überzeichnen.“ (Int. 12/Abs. 50)

Die Behandlung der AsylwerberInnen solle sich demnach in ihrer Art nicht von den vor Ort üblichen Umgangsformen unterscheiden. Eine verstärkte Zuwendung in Form von Anerkennung bzw. gespendeten Gütern wird als ungerechtfertigt ungleiche Behandlung wahrgenommen, da sowohl die Bedürftigkeit als auch die ehrenamtliche Arbeitsleistung der AsylwerberInnen nach denselben geltenden Richtlinien und Kriterien bewertet werden sollten, wie sie für die lokale Bevölkerung zur Anwendung kommen. Die Empfindung der ungerechtfertigt ungleichen Behandlung und der ungerechten Besserstellung von AsylwerberInnen wird im nächsten Kapitel über sozioökonomische Verteilungskonflikte noch konkreter durchleuchtet.

5.6.2 „Wieso die und nicht wir?“ – Sozioökonomische Verteilungskonflikte

„Weil dann wird's heißen: ‚Wieso die und nicht wir?‘ Also der nächste Konflikt ist vorprogrammiert, wenn die auf den Arbeitsmarkt strömen.“
(Int. 4/Abs. 105)

In Kapitel 5.3.2 und 5.3.3 wurden akzeptanzförderliche und als nutzenbringend wahrgenommene Auswirkungen auf der Ebene der Beziehungsgestaltung im Hinblick auf die Aufnahme von AsylwerberInnen aus struktureller, ökonomischer und sozialer Sicht bzw. in Bezug auf ideelle Werte beschrieben. Gleichmaßen stellen Veränderungen auf jenen Ebenen auch die Basis für eine durch Ablehnung gezeichnete Argumentation dar, wenn beispielsweise Ängste und Sorgen artikuliert werden, die sich auf sozioökonomische Verteilungskonflikte und die befürchtete Verschlechterung der eigenen Position beziehen.

Eine sich auf soziale, strukturelle und ökonomische Dimensionen beziehende Begründung für geringe Akzeptanz ist die Sorge hinsichtlich der Verschlechterung der eigenen Position innerhalb der Sozialstruktur. Ablehnende Artikulationen werden dabei mit dem Hinweis auf die Strukturschwäche der Region, die herrschende Arbeitsplatzknappheit und antizipierte Verteilungskonflikte begründet (siehe Kapitel 5.6.1). Ein/e autochthon aus der Gemeinde stammende/r PensionistIn verweist dabei auf das geringe Qualifikationsprofil der Tätigkeiten, die vor Ort zur Verfügung stünden, die damit zusammenhängende leichte Ersetzbarkeit der Arbeitenden und das von ihm/ihr empfundene Vorrecht derjenigen Personen, die bereits länger vor Ort gewesen seien: „Hilfsarbeitertätigkeiten wären zu machen, aber da wären ja unsere Leut zuerst einmal dran. Das ist nicht einfach, weil dieselben Jobs suchen auch die Unsrigen“ (Int. 7/Abs. 197). Laut Orrenius und Zavodny (2012) gäbe es in Immigration Szenarien „GewinnerInnen und VerliererInnen“. Letztere könnten sich die Komplementarität der Qualifikationen nicht zunutze machen und würden sich durch Substituierungen betroffen sehen, allerdings beträfe dies vornehmlich jene Gruppe früher immigrierter Personen, da diese am leichtesten zu substituieren wäre (vgl. ebd.: 106).⁵⁷ Im folgenden Zitat einer aus Wien kommenden und in der Gemeinde als Zweitwohnsitz gemeldeten Person wird auf das prioritäre Arbeitsplatzvorrecht jenes Teils der Bevölkerung verwiesen, der bereits vor der Immigration am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden sei. Der dabei antizipierte Verteilungskonflikt würde dabei vornehmlich die jüngere Bevölkerung betreffen und würde darüber hinaus als unausweichliches Resultat eines wachsenden Arbeitskräfteangebots bei gleichbleibender Arbeitskräftenachfrage verstanden:

„Ich mein, die Jungen, die hier keine Arbeit haben, die fühlen sich irgendwie bedroht. Und dann denken sich die: ‚Na aber Moment, wir waren zuerst da. Wieso kriegen die jetzt einen Job und nicht ich.‘ [...] Es wird unweigerlich, nicht jetzt, aber

⁵⁷ So seien beispielsweise Sprachbarrieren dafür verantwortlich, dass ImmigrantInnen häufig Arbeitsplätze im manuellen Bereich und im Dienstleistungssektor des Haushaltsbereiches belegen (vgl. Peri 2013: 17).

irgendwann, zu einem stärkeren Konflikt führen. Zwischen denen, die kommen und denen die schon da waren.“ (Int. 13/Abs. 25f)

Die Auffassung, dass es ein konstantes Arbeitsplatzangebot gäbe, dem eine variable ArbeiterInnen-schaft entgegenstünde, entspricht einfachen Angebots- und Nachfragemodellen wirtschaftswissenschaftlicher Studien über die Auswirkungen von Immigration auf Einkommen und Arbeitsmarkt. Diese Modelle berechnen, dass die gestiegene Zahl an ArbeitnehmerInnen zu einem verstärkten Wettbewerb, Substituierungen und der Reduktion von Einkommen und Beschäftigungsquote der bereits im Aufnahmeland lebenden Bevölkerung führt (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 105). Komplexere Modelle hingegen können die Reaktionen der Wirtschaft und andere Faktoren miteinbeziehen, wie beispielsweise Ausbildungsniveau und Spezialisierungen, und damit jene kalkulierten Effekte modifizieren oder umkehren (vgl. Peri 2013: 15).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Empfindungen von Neid und Eifersucht vonseiten der lokalen Bevölkerung sich demnach nicht nur auf unmittelbar erlebte Interaktionen hinsichtlich beobachteter Sachspenden und geschenkter Aufmerksamkeit beziehen, sondern ebenfalls auf antizipierte sozioökonomische Verteilungskonflikte im Hinblick auf die Gewährleistung der persönlichen Subsistenz.

5.6.3 „Jetzt ist es ja noch alles schön und gut“ – Die Grenze der Toleranz und Moral

„Das wird dann interessant, wie das weitergehen wird und wie sich die Kulturen, wer sich an wen anpasst, wird ja auch noch einmal interessant.“
(Int. 13/Abs. 8)

Von der lokalen Bevölkerung antizipierte Auswirkungen der internationalen Immigration beziehen sich, neben den im vorherigen Kapitel diskutierten sozioökonomischen Verteilungskonflikten, ebenfalls auf befürchtete sozialstrukturelle Veränderungen im Gemeindeleben, die das Überschreiten der Toleranzgrenze beinhalten könnten. Auch aus moralischer Perspektive gäbe es Bedenken und wahrgenommene Grenzen hinsichtlich ökonomisch motivierter Interaktionen im Asylkontext: Das wirtschaftliche Agieren von vereinzelt Personen und Institutionen und deren potenzielles Profitieren verletzt spezifische normative Handlungsvorstellungen und birgt die Gefahr der Anwendung unlauterer Methoden. Beides soll Inhalt des folgenden Kapitels sein.

Befürchtete längerfristige Konsequenzen der Aufnahme von AsylwerberInnen beziehen sich auch auf Veränderungen der gewohnten sozialen Struktur, das Aufbrechen autochthoner Familiennetzwerke und traditioneller Relations- und Reproduktionsmuster. Wahrgenommene Problemfelder werden dabei nicht im gegenwärtigen Moment und der aktuellen Anwesenheit von Personen aus unterschiedlichen Herkunftsstaaten, sondern erst in der weiteren Zukunft identifiziert und mit dem Entstehen von romantischen und womöglich auf Reproduktion ausgerichteten sozialen Beziehungen

assoziiert, womit das Überschreiten der Toleranzgrenze erreicht werden könnte. Jene/r eben zitierte ZweitwohnsitzerIn führt derartige Befürchtungen schließlich auf die Angst vor „dem Fremden“ und Ungewissen zurück (siehe dazu auch Kapitel 5.7.1):

„Es ist sehr schön mit der Toleranz, aber ich weiß nicht, wie sich das weiterentwickelt, wenn dann plötzlich der tolerante Reinschlager Familienvater damit konfrontiert ist, dass sich seine Tochter in einen jungen Iraki verliebt. Und dann unter Umständen Kinder noch in die Welt gesetzt werden. [...] Jetzt ist es ja noch alles schön und gut, aber wie sich das dann weiterentwickelt, ich bin gespannt. [...] Problem mit den Flüchtlingen hat ja niemand so wirklich, es ist ja so ein bisschen so die Angst, die Angst vor dem Fremden.“ (Int. 13/Abs. 8, 19)

Befürchtungen hinsichtlich unabsehbarer Veränderungen im sozioökonomischen Gefüge, die für die eigene Person eine potenzielle Verschlechterung mit sich bringen können, werden demnach als Begründungen für eine geringe Akzeptanz bzw. als Beschreibung für die Grenze der Toleranz herangezogen. Neben der Toleranzgrenze in Bezug auf soziale Veränderungen gäbe es ebenfalls eine Grenze der Moral, die vor allem im ökonomischen Interagieren zu bedenken sei.

Wirtschaftliche Aktivitäten im Asylbereich und das Profitieren von der Immigration von AsylwerberInnen wird von einigen GesprächspartnerInnen kritisch betrachtet, da im Prozedere des Asylwesens „Asyl bald einmal zum Geschäft“ (Int. 1/Abs. 40) werden könne. Vor allem Institutionen und Privatpersonen, die durch die Vermietung von Immobilien oder mit Betreuungstätigkeiten Geld verdienen, werden sehr kritisch betrachtet, wie im folgenden Zitat einer im Gesundheitsbereich arbeitenden und genuin aus der Gemeinde stammenden Person festgestellt wird: „Und die [die Betreuungsfirma; Anm. VR] verdienen daran und ich denke mir, Betreuung sieht anders aus“ (Int. 4a/Abs. 54). Gerade vor dem Hintergrund der Strukturschwäche der Region, der Abwanderung der Bevölkerung in größere Städte, der Schwierigkeit Anreize für die Zuwanderung zu schaffen und dem immer größer werdenden Leerstand an Bausubstanz, stellt die geschäftliche Verwendung von Immobilien als Flüchtlingsunterkünfte für EigentümerInnen von Wohnraum oft die einzige Möglichkeit der Vermietung dar, da die Nachfrage von PrivatmieterInnen im oberen Waldviertel rar ist. Jedoch ist das Vermieten von Unterkünften für AsylwerberInnen eine in der Gemeindebevölkerung diskutierte Thematik von hoher Brisanz. Während die Vermietung an Privatpersonen vermutlich nicht dasselbe Ausmaß an Aufmerksamkeit vonseiten der Gemeindebevölkerung hervorrufen würde, werden gegen den finanziellen Profit, der über den Kauf, die Renovierung und das Vermietungsgeschäft mit AsylwerberInnen (direkt oder indirekt über eine zwischengeschaltete Betreuungsinstitution) erzielt werden könne, Einwände erhoben. So wird die Praxis von einer genuin aus der Gemeinde stammenden und nach dem Studium in Wien zurückgekehrten Person, die nun in der Stadtgemeinde eine im Gesundheitsbereich relevante Position besetzt, folgendermaßen formuliert:

„Man darf nur eines nicht vergessen, es verdienen auch viele Menschen sehr viel Geld an der ganzen Sache. [...] Die Privatvermieter, die ihre Quartiere zur Verfügung stellen. Es gibt hier heroben einige Projekte, die wurden verkauft und reno-

viert und die wollen das jetzt natürlich in irgendeiner Weise amortisiert wissen. [...] Privat [zu vermieten; Anm. VR] haben sie keine Chance, weil keiner herkommt. Und die verdienen auch viel Geld, wenn ich für ein Objekt 2000 Euro im Monat bekomme, im Vergleich zu sonst nix – das ist viel Geld.“ (Int. 4/Abs. 47ff)

Heikel sei bei solchen Mietverhältnissen nämlich, dass damit zugleich ein Betreuungsverhältnis mit den AsylwerberInnen eingegangen werde – entweder über den/die EigentümerIn des Wohnraums direkt oder über eine als Mieterin auftretende Institution, die die Betreuung unternimmt (in diesem Fall eine GmbH) – und damit die in der Unterkunft untergebrachte Anzahl an Personen die Einkünfte aus dem Betreuungsverhältnis bestimmt. Damit ist das geschäftliche Interesse groß daran, die für den Wohnraum höchstzulässige Personenzahl unterzubringen, wie die/der BürgermeisterIn erläutert:

„Klar, der, der die Betreuung übernimmt, möchte natürlich rein aus wirtschaftlichen Überlegungen her den Raum ausnützen. Ich unterstell keinem, dass er das jetzt nur aus wirtschaftlichen Überlegungen macht, aber [...] je mehr Leute ich dort reinbring, desto mehr oft krieg ich 22 Euro, desto besser verdiene ich damit. Ob das jetzt der Hausbesitzer ist oder die GmbH oder wer auch immer. Ganz den finanziellen Aspekt würd ich da nicht weglassen.“ (Int. 1/Abs. 17,40)

Kurz, wirtschaftliche Profitansprüche im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von AsylwerberInnen seien nicht nur von fragwürdiger Motivation, wenn es um finanziell strategische Überlegungen hinsichtlich der Vollausslastung von Quartieren gehe, sondern jeglicher in diesem Zusammenhang vollzogenen wirtschaftlichen Betätigung (beispielsweise die Miete, die eine Privatperson durch die Vermietung einer Immobilie an die Betreuungsinstitution erhält) wohnte das Potenzial unlauteren Vorgehens und der Verletzung sozialer Normen und moralischer Imperative inne.

Auf der Ebene der Beziehungsgestaltung zwischen AsylwerberInnen und Lokalbevölkerung in Bezug auf akzeptanzhinderliche Charakteristika zeigt sich, dass einerseits Empfindungen der ungerechten Behandlung (Neid und Eifersucht), andererseits Befürchtungen hinsichtlich der eigenen sozioökonomischen Schlechterstellung (Verteilungskonflikte) sowie Erwartungshaltungen im Hinblick auf prioritäre Behandlung eine große Rolle spielen. Darüber hinaus gäbe es Grenzen der Toleranz und Moral, deren Überschreitung zu kritischen Artikulationen führe. Das nächste Kapitel beschreibt akzeptanzhinderliche Merkmale, die sich in der Wahrnehmung von AsylwerberInnen vonseiten der lokalen Bevölkerung zeigen.

5.7 Akzeptanzhindernde Charakteristika der Wahrnehmung

Akzeptanzhindernde Faktoren in Bezug auf die Wahrnehmung von AsylwerberInnen beziehen sich zum einen auf die exkludierende Praxis der Zuschreibung von Migrationserfahrung mit dem emischen Begriff „Zuagroast“, zum anderen auf spezifische Attribute, Verhaltensweisen und zur Schau gestellte Gegenstände der AsylwerberInnen. Die Wertschätzung einer hohen Arbeitsmoral (siehe Kapitel 5.4.2) impliziert die Geringschätzung von Beschäftigungslosigkeit und so wird die in der Öff-

fentlichkeit gezeigte Untätigkeit als Hindernis für Akzeptanz verstanden. Darüber hinaus verformen spezifische Accessoires, die mit Wohlstand in Verbindung gebracht werden, gängige Vorstellungen der Bedürftigkeit von Flüchtlingen und stellen diese in Frage. Schließlich spielen das biologische Geschlecht und der Familienstatus der aufgenommenen AsylwerberInnen eine Rolle bei der potenziellen Genese von Akzeptanz.

5.7.1 „Zuagroast“ – Die Zuschreibung von Migrationserfahrung als Exklusionsstrategie

„[R]emoteness is to space what strangers or unfamiliar are to social relations, but not all strangers are equal or equally strange.“ (Harms et al. 2014: 365)

Die Kategorie „Zuagroast“ wurde bereits in Kapitel 5.1.2 hinsichtlich der Homogenität der InterviewpartnerInnen in Bezug auf den Herkunftsort und in Kapitel 5.3.1 als akzeptanzfördernder Faktor aufgrund der Sensibilisierung durch eine persönlich gemachte Migrationserfahrung diskutiert. Die Zuschreibung des „Zuagroast“-Seins bildet letztlich mit dem ihr innewohnenden exkludierenden Element einer Praxis der eindeutigen und klaren Zuordnung zu der autochthonen Wir-Gruppe und jenen, von einem zunächst nicht näher definierten Außen – dessen Spezifizierung darüber hinaus unerheblich scheint – zugereisten Personen. Mit den Worten einer autochthon aus der Gemeinde stammenden Person: „Ein jeder Zuagroaster is amal ein Zuagroaster, [...] des is ana, der net von do is.“ (Int. 7/Abs. 140).

Während die autochthone Bevölkerung untereinander oft mühelos die Eltern, Großeltern und Namen der Höfe zuordnen kann, sind dieselben Informationen von „Zuagroasten“ oft nicht bekannt. Da bereits BinnenmigrantInnen aus Nachbarbezirken oder -gemeinden als „Zuagroast“ gelten und dieses Etikett auch nach Jahrzehnten des dauerhaften Aufenthalts in der Gemeinde nicht verlieren – teils sogar ihre Kinder noch diese Zuschreibung erhalten, kann geschlossen werden, dass die Hartnäckigkeit dieser Attribuierung Personen, die eine andere Staatsbürgerschaft besitzen, mindestens ebenso stark anhaftet. Allerdings lässt sich dieses vermeintlich vage Außen doch in ein Gefälle entlang des geographisch zurückgelegten Weges untergliedern, wie jene/r oben zitierte GesprächspartnerIn fortsetzt: „Man schaut auch einen Wiener schief an, der kommt. Des ist eine Auswärtigkeit⁵⁸. Des ist natürlich noch ärger, wenn der aus Syrien kommt“ (Int. 7/Abs. 160). Ein/e vor 20 Jahren aus dem arabischen Raum zugewanderte/r und in der Gemeinde angesehene/r und gut etablierte/r InterviewpartnerIn weist daraufhin, dass Personen mit nicht-österreichischer StaatsbürgerInnen-

⁵⁸ Zur korrekten Rechtschreibung und Bedeutung des angewendeten Begriffes „Auswärtigkeit“ kann hier nur spekuliert werden. Vermutlich wird der Terminus abgeleitet von „auswärts“ (nach außen, anderswo, außerhalb) oder „auswärtig“ im Sinne von „das Ausland betreffend“, allerdings lässt der Kontext darauf schließen, dass es hier um die negative Bewertung von Personen geht, die „von außen“ kommen.

schaft im peripheren Waldviertel überdies eine Seltenheit seien und die Waldviertler Bevölkerung aufgrund dieser fehlenden Erfahrung ängstlich mit Immigration szenarien hantiere: „Wenig Waldviertler kennen Ausländer und [...] insofern sind die Leute beängstigt. Aber das hängt wirklich damit zusammen, dass sie nicht wissen, wer die Ausländer sind“ (Int. 5/Abs. 6). Die bereits in Kapitel 5.6.3 angesprochene Angst vor „dem Fremden“ führt Gruber (2014) auf die in ländlichen Räumen fehlende Erfahrung mit Immigration zurück, wodurch die Sichtbarkeit „des Fremden“ sehr viel höher als in städtischen Räumen wäre und damit das Kriterium der Fremdheit in ländlichen Räumen zu einer relevanten Kategorie werde (vgl. ebd.: 39). Ardener ([1987] 2012) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass ein Kennzeichen abgelegener Räume sei, dass sie voller „Fremder“ wären: „Remote areas are full of strangers“ (ebd.: 527). Unabhängig von der realen Zahl der „Fremden“, würden diese demnach immer überproportional hoch vertreten sein und länger, wenn nicht für immer, als solche markiert werden (vgl. ebd.).

Die fehlende Erfahrung mit Immigration und die größere Sichtbarkeit des „Fremden“ drücken sich in der Praxis der exkludierenden, unmittelbaren und nahezu unveränderlichen Zuschreibung des „Zuagroast“-Seins aus. Die nächsten beiden Kapitel sollen von den Verhaltenserwartungen handeln, die „Zuagroasten“, in diesem Fall den AsylwerberInnen, entgegengebracht werden.

5.7.2 „Jeda telefoniert und arbeiten tans nix“ – Nichtstun und Requisiten der Opulenz

„Dann sans integriert und stengan net nur rum und schau blöd.“ (Int. 8/Abs. 68)

Arbeitswilligkeit und -fleiß im Hinblick auf gemeinnützige und ehrenamtliche Arbeit und Nachbarschaftshilfe sind Aspekte, die laut den AkteurInnen des Feldes zu akzeptierendem Verhalten vonseiten der Lokalbevölkerung führen, wohingegen Arbeitsunwilligkeit, Beschäftigungslosigkeit bzw. tatenloses Herumstehen als mangelndes Bemühen um Integration ins Gemeindeleben verstanden wird. So berichten zwei genuin aus der Gemeinde kommende NachbarInnen aus dem nahen Wohnumfeld der Unterkunft über die Kommentare von MitbürgerInnen, die eben jene zur Schau getragene Langeweile für nicht angebracht befänden: „Da wird dann g’sogt: Die stengan den gonzen Tag umeinander, schau da beim Fenster aussa, gengan umeinander, sie mochen nix“ (Int. 6/Abs. 31). Neben dem Fehlen an arbeitender Betätigung werden Auffälligkeit und Belästigung als Phänomene beschrieben, die der Akzeptanz im Wege stünden, wie z. B. Lärm, langes Wachbleiben und lautes Verhalten in der Öffentlichkeit: „Da sagns dann: ,Na sigst, wir homs eh g’sogt, dass da ka Ruah is. Jeda hat a Handy und jeda telefoniert und arbeiten tans nix““ (Int. 6/Abs. 40f). So wird auch den in der Öffentlichkeit gezeigten Gebrauchsgegenständen Aufmerksamkeit geschenkt, wie beispielsweise dem Mobiltelefon und anderen Accessoires, die mit Wohlstand, Überfluss und Opulenz assoziiert werden. Spezifische Requisiten im Auftreten der AsylwerberInnen, Bestandteile und Beschaffenheit

ihrer Kleidung erregen Ressentiments bei der lokalen Bevölkerung, da es bestimmte Vorstellungen der Bedürftigkeit von Flüchtlingen gäbe, wie eine im Zentrum wohnende, ursprünglich aus der Gemeinde kommende und eine selbstständige und profitable Tätigkeit ausübende Person erklärt:

„Was nicht sehr gut ankommt, ist ganz allgemein: Wenn du die siehst, wie sie auftreten, würdest du sie eher für Terroristen halten, von der Kleidung her, mit den Smartphones, iPhones, Turnschuhen und so. Da gibt's ein Bild von einem Flüchtling für manche Leute, das ist mim Hund in der Hand unter der Brücke, mit zerrissenen Kleidern. Das ist der Flüchtling, dem gibt man was, aber wenn man so herumläuft wie die: Sonnenbrille, Ohrstöpseln, iPhone – das ist komisch.“ (Int. 4/Abs. 109)

In diesem Zusammenhang verweisen Brunner, Jost und Lueger (1994b) darauf, dass das Kriterium der Hilfsbedürftigkeit eine große Rolle in Bezug auf die Legitimierung der Aufnahme von Flüchtlingen in die Gemeinde spiele und „unübliche Verhaltensweisen“ tendenziell negativ wahrgenommen würden (vgl. ebd.: 128). In demselben Sinne, wie eine hohe zur Schau getragene Arbeitsmoral, Bescheidenheit und ein „tadelloses“ BürgerInnenverhalten generell zu erhöhter Akzeptanz bei der Lokalbevölkerung führen, zeigt sich also, dass im Umkehrschluss, wahrgenommene Untätigkeit, auffälliges Verhalten und mit spezifischen Accessoires konnotiertes Besitztum als akzeptanzhinderlich gelten. Aber auch Charakteristika, die außerhalb des Einflussbereichs der AsylwerberInnen liegen, werden als akzeptanzhinderliche Attribute wahrgenommen, wie beispielsweise deren Anzahl, Geschlecht und Familienstatus.

5.7.3 „Na hoffentlich net 15 Männer“ – Anzahl und Geschlecht der AsylwerberInnen

„Wann des eine Familie wäre mit fünf Kindern, sag ich: ‚Nehmen wir gerne!‘ Am liebsten wäre es mir, wenn sie sich gleich ansiedeln würden [lacht], sag ich ganz ehrlich.“ (Int. 1/Abs. 88)

Die Anzahl der untergebrachten AsylwerberInnen sowie deren Geschlecht und Familienstand, nämlich vornehmlich die Tatsache, ob es sich um Familien mit Kindern oder um alleinstehende Männer handle, sei eine ausschlaggebende Determinante für die Akzeptanz bei der lokalen Bevölkerung. Mit dem Verweis auf für die Gemeinde nützliche Dynamiken, wie beispielsweise dem Entgegenwirken der demographischen Überalterung durch ein Ansteigen der Kinderzahl und der daraus folgenden Sicherstellung der Überlebensfähigkeit von Bildungseinrichtungen, würde die Aufnahme von Familien mit Kindern anstelle jener von alleinstehenden Männern bevorzugt werden. Die/der BürgermeisterIn verweist in diesem Zusammenhang auf die gefühlt leichtere „Integrierbarkeit“ von Familien und das Unvermögen der Gemeinde bezüglich Geschlecht und Familienstand der zugeteilten AsylwerberInnen Mitsprache zu erhalten bzw. Wünsche zu artikulieren:

„Grundsätzlich hat es auch zu Beginn geheißt, so Ostern herum, dass Familien kommen sollen, nur es waren halt zu diesem Zeitpunkt keine Familien da. Würde mich freuen und integrierbar sicher, also auch von der Schule her gut. Unsere Lehrer sind aufgeschlossen. Es kummt halt immer drauf an – und das ist jetzt ein schlimmer Ausdruck –, wer jetzt am Markt ist.“ (Int. 1/Abs. 28)

Auch ein/e autochthone/r GemeindegängerIn drückt in diesem Zusammenhang seine/ihre anfängliche Hoffnung hinsichtlich der jeweiligen Kategorie bzw. des biologischen Geschlechts der zu empfangenden AsylwerberInnen aus: „Wir ham immer gehofft, dass des Familien san und ham immer gesagt, na hoffentlich net 15 Männer“ (Int. 6/Abs. 4). Alleinstehende Männer sehen sich demnach einer geringeren Akzeptanz vonseiten der Lokalbevölkerung ausgesetzt.

Hinsichtlich der Anzahl der untergebrachten AsylwerberInnen erfolgte zumeist der Hinweis, dass die qualitative Auseinandersetzung mit Menschen hinsichtlich der geleisteten Betreuungsaktivitäten ein quantitatives Limit habe und daher der Bezirksschlüssel von ein bis zwei Prozent der Lokalbevölkerung, im vorliegenden Fall 15 bis 20 Personen, die Obergrenze der Belastbarkeit darstellen würde. Ein/e in der Peripherie der Gemeinde lebende/r GesprächspartnerIn, die/der in der Interaktion mit den AsylwerberInnen persönlich engagiert ist, formuliert dies folgendermaßen:

„Die Anzahl der Leute, die da sind, maximal 20, ist wirklich ideal. Es würd reichen, wenn alle Gemeinden ihre 10 Leut aufnehmen. Es wird sich in der Bevölkerung überall finden, die drei, vier Leute, die sich engagieren und diesen Menschen helfen werden.“ (Int. 19/Abs. 27)

So sehen vor allem jene befragten Personen, die sich in der Betreuung der Asylwerber engagieren, die damalige Anzahl der AsylwerberInnen von 15 Personen als generell für ländliche Gemeinden zumutbares Ausmaß an Immigration und verweisen allerdings auch auf eine klar empfundene Höchstgrenze, bei deren Überschreitung mit abnehmender Akzeptanz zu rechnen wäre: „I sog amoi, die 15 reichen jetzt eh einmal, aber des Maximum sogat i san 20. Ois wos über 20 geht, dann wäre wahrscheinlich die Akzeptanz in Reinschlag nimmermehr da“ (Int. 6/Abs. 86f).

In den vorhergehenden Kapiteln erfolgte eine eingehende Darlegung der akzeptanzförderlichen und akzeptanzhinderlichen Faktoren, die sich jeweils einer der drei Ebenen des analytischen Gerüsts (Strukturen, Beziehungen, Attribute) zuordnen lassen. Im folgenden Kapitel soll nun eine kurze Zusammenfassung und Verschränkung der theoretischen und empirischen Ergebnisse stattfinden, wobei die identifizierten akzeptanzbedingenden Faktoren entlang dieser drei Ebenen diskutiert werden sollen.

6 Diskussion und Ausblick: Akzeptanz mit Vorbehalt

Die wachsende globale, internationale Migration ist eines der allgegenwärtigsten demographischen Phänomene der letzten Jahrzehnte. Obwohl internationale Immigration in globale Metropolen eine große Rolle spielt, rücken auch periphere Räume in Hocheinkommensländern immer stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit (vgl. Hugo/Morén-Alegret 2008: 473). Die vorliegende Untersuchung beschränkte sich in diesem Zusammenhang auf eine Durchleuchtung zweier konträrer demographischer Phänomene, dem ruralen Bevölkerungsrückgang bzw. internationaler Abwanderung aus ländlichen

Räumen und internationaler Zuwanderung in ebenjene, konkret in Form der Aufnahme von AsylwerberInnen.

Ländliche Räume sind heterogen. Handelt es sich um strukturschwache und zentrumsferne Regionen, können häufig spezifische Charakteristika zu einer negativen Entwicklung auf mehreren Ebenen beitragen. Die relativen, örtlichen Zuschreibungen von Peripherie oder „remoteness“, die eine physische, politische, ökonomische und kulturelle Distanz in Bezug auf ein Zentrum ausdrücken (vgl. Huskey 2005; Schmallegger/Carson/Tremblay 2010) und auch die kumulativen, mehrdimensionalen, räumlichen und sozioökonomischen Prozesse der Schrumpfung und Erosion (vgl. Giffinger/Kramar 2008: 11) können in Immigration Szenarien beträchtliche Herausforderungen darstellen (vgl. Nadler et al. 2010: 7). Nichtsdestotrotz sind mittlerweile auch ländlich periphere Gebiete von internationaler Zuwanderung betroffen (vgl. Machold/Dax/Strahl 2013: 147) und darüber hinaus stellt diese die einzige kurz- und mittelfristige Strategie in europäischen Ländern dar, um die Anzahl der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter konstant zu halten (vgl. Fargues/McCormick 2013: 11). Vor allem vor dem Hintergrund der Fragen nach Nachhaltigkeit und Entwicklungsfähigkeit strukturschwacher ländlicher Räume und dem fortschreitenden Prozess der Erschöpfung der wirtschaftlichen, demographischen und sozialen Infrastruktur, der zudem häufig durch beträchtliche Transfers aus prosperierenden Regionen verschleiert wird (Copus/Cabtree 1996: 53), bietet sich eine Auseinandersetzung mit den sozioökonomischen Auswirkungen von internationaler Immigration und den Bedingungen der Akzeptanz vonseiten der lokalen Bevölkerung an.

Jene akzeptanzbedingenden Faktoren können einem aus drei Ebenen bestehenden analytischen Gerüst zugeordnet werden: den kommunalen Strukturen; den sozialen Beziehungen zwischen Lokalbevölkerung und AsylwerberInnen und innerhalb der lokalen Bevölkerung; sowie spezifischen Charakteristika in der Wahrnehmung von AsylwerberInnen vonseiten der lokalen Bevölkerung. Im Folgenden soll eine Zusammenfassung der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit erfolgen.

6.1 Akzeptanzbedingende Faktoren in den kommunalen Strukturen

Hinsichtlich der ersten Ebene, den kommunalen Strukturen, wird die Etablierung und Realisierung von akzeptanzfördernden Rahmenbedingungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde verortet und bildet eine Voraussetzung für den akzeptierenden Umgang der lokalen Bevölkerung mit der neuen Situation. Dazu zählen ein umfassendes Informationsangebot zur Aufklärung und Sensibilisierung der Lokalbevölkerung sowie das Angebot von Deutsch- und Integrationskursen für AsylwerberInnen. Auch Machold, Dax und Strahl (2013) verweisen darauf, dass solche Strukturen für die Gestaltung des Zusammenlebens kommunal und regional geschaffen werden müssen und besonders Sprachkompetenzen für gesellschaftliche Teilhabechancen ausschlaggebend sind (vgl. ebd.: 149f). Gruber (2015)

identifiziert Sprach- und Integrationskurse als relevante Bestandteile integrationsfördernder Strukturen, um Interaktionsmöglichkeiten und Erleichterungen im Lösen von Konflikten zu schaffen (vgl. ebd.: 2). Die empirischen Ergebnisse zeigen außerdem, dass ein gezieltes Einsetzen von IntegrationsbotschafterInnen dabei helfen kann, zentrale Regeln und Normen des Zusammenlebens zu vermitteln, um Konflikte zu entschärfen und zu vermeiden. Darüber hinaus kann die Ermöglichung von gemeinnütziger Arbeit die Einbindung der AsylwerberInnen ins Gemeindeleben vorantreiben und auch wesentlich dazu beitragen, dass die Erwartungshaltung der lokalen Bevölkerung im Hinblick auf die generelle Wertschätzung von Arbeitswillen und die Geringschätzung von Betätigungslosigkeit befriedigt wird. So argumentieren auch Brunner, Jost und Lueger (1994a), dass Arbeit als ein statusbegründendes Merkmal notwendig für eine schnelle ökonomische Integration sei (vgl. ebd.: 326). Meinungsbildung von profilierten Stadtpersönlichkeiten oder solchen Personen, die aufgrund beruflich oder sozial institutionalisierter Funktionen über Respekt bzw. Ansehen in der Gemeindebevölkerung verfügen, soll mittels offizieller verbaler Stellungnahmen, aber auch hinsichtlich öffentlich getätigter oder unterlassener Handlungen, bei der Genese von Akzeptanz in der Lokalbevölkerung beteiligt sein. Brunner, Jost und Lueger (1994a) verweisen hier auf das Zusammenspiel und die Bedeutung einer positiven Haltung der zentralen Instanzen (Gemeinderat, Kirche, Gastwirtschaft) und deren enge verwandtschaftliche Verknüpfung in der lokalen Bevölkerung (vgl. ebd.: 315, 328).

Die Strukturschwäche der Region und die Abgelegenheit der Gemeinde ist ein zentrales Akzeptanzhindernis für die lokale Bevölkerung. Giffinger und Kramar (2008: 11) sowie Gans (2005: 1004f) verweisen darauf, dass Schrumpfs- und Erosionsprozesse einen mehrdimensionalen, räumlichen und sozioökonomischen Prozess über einen längeren Zeitraum beschreiben, der sich auf die Erschöpfung von regionaler Bevölkerung, Arbeitsplatz- und Infrastrukturangebot sowie regionales Entwicklungspotenzial bezieht (vgl. ebd.: 11 und ebd.: 1004f). Der Arbeitsplatzmangel wird von den GesprächspartnerInnen als allumfassende, unausweichliche und unveränderliche Konstante betrachtet sowie als Auslöser für die innerregionale Abwanderung. Wäre ein längerfristiges Verbleiben der internationalen MigrantInnen und deren dauerhafte Ansiedelung zwar generell als Abfederung des Bevölkerungsrückgangs ein attraktives Gedankenspiel, so stößt sich dieses Bild an antizipierten strukturellen und subsistenzbezogenen Herausforderungen, die Zweifel hinsichtlich der Umsetzbarkeit solcher Szenarien hervorrufen. Auch Nadler et al. (2010) verweisen darauf, dass Charakteristika ländlicher, peripherer Regionen, wie die Überalterung und die Erschöpfung wirtschaftlicher und infrastruktureller Ressourcen, zugleich die Gründe für deren demographische Ausdünnung durch Abwanderung darstellen (vgl. ebd.: 7). Infrastrukturelle Hürden, die Notwendigkeit der Überwindung sehr großer räumlicher Distanzen sowie die schlechte Anbindung an den Personalverkehr würden jene Herausforderungen noch vergrößern. Die strukturellen Voraussetzungen strukturschwacher ländlicher

Räume nehmen zudem Einfluss auf Aspekte der Beziehungsgestaltung zwischen AsylwerberInnen und Lokalbevölkerung.

6.2 Akzeptanzbedingende Faktoren in den sozialen Beziehungen

Vor allem im Hinblick auf die herrschende Arbeitsplatzknappheit, das geringe Qualifikationsprofil der Tätigkeiten und die damit zusammenhängende leichte Ersetzbarkeit der Arbeitenden, kommt es zu Artikulationen vonseiten der lokalen Bevölkerung hinsichtlich der befürchteten Verschlechterung der eigenen sozioökonomischen Position aufgrund antizipierter sozioökonomischer Verteilungskonflikte, die als unausweichliches Resultat des wachsenden Arbeitskräfteangebots bei gleichbleibender Arbeitskräftenachfrage verstanden werden. Dabei wird für das prioritäre Arbeitsplatzvorrecht derjenigen Personen argumentiert, die bereits vor der rezenten Immigration am Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden wären. Jene Ängste und Sorgen bezüglich möglicher Substituierungen entsprechen den in einfachen Angebots- und Nachfragemodellen kalkulierten Konsequenzen der Immigration für den Arbeitsmarkt, in denen die gestiegene Zahl an ArbeitnehmerInnen einen verstärkten Wettbewerb und die Reduktion von Einkommen und Beschäftigungsquote der bereits im Aufnahmeland lebenden Bevölkerung hervorruft (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 105). Komplexere Modelle, die Reaktionen der Wirtschaft und Faktoren wie Ausbildungsniveau und Spezialisierungen berücksichtigen, können jene Effekte jedoch modifizieren oder gar umkehren (vgl. Peri 2013: 15). Nichtsdestotrotz könne Immigration GewinnerInnen und VerliererInnen hervorbringen, da es jene gebe, die sich die Komplementarität hinsichtlich der beruflichen Qualifikationen der ImmigrantInnen zunutze machen können, aber auch jene, die sich aufgrund zu ähnlicher Qualifikationen durch Substituierungen betroffen sehen (vgl. Orrenius/Zavodny 2012: 106).

Neben sozioökonomisch antizipierten Verteilungskonflikten werden auch Befürchtungen hinsichtlich der Veränderungen der gewohnten sozialen Struktur, dem Aufbrechen autochthoner Familiennetze und traditioneller Relations- und Reproduktionsmuster verbalisiert, die vornehmlich mit dem Entstehen von romantischen und auf Reproduktion ausgerichteten Beziehungen assoziiert werden und das Überschreiten der Toleranzgrenze darstellen könnten. Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, dass homogene Gemeinschaften aufgrund dominanter Wertvorstellungen verschlossener agieren könnten, stelle sich allerdings die Integration nicht unbedingt schwieriger als in urbanen Räumen dar (vgl. Nadler et al. 2010: 119). Jedoch verweisen Brunner, Jost und Lueger (1994a) darauf, dass letztlich nur von „separierter Integration“ gesprochen werden könne, da die soziale Einbindung der Flüchtlinge ins Gemeindeleben im Hinblick auf den zeitlich beschränkten Aufenthalt letztlich nur marginal erfolge (vgl. ebd.: 322f).

Nichtsdestotrotz wird von den InterviewpartnerInnen einer aktiv verfolgten Praxis der Einbindung von AsylwerberInnen in Veranstaltungen oder Vereine und ins Gemeindeleben, die der walldviertlerisch-emische Begriff „Zuwanehma“ beschreiben soll, im Hinblick auf verstärkte Kontaktflächen große Bedeutung beigemessen. Die Einbindung in Veranstaltungen könne darüber hinaus in Form von ehrenamtlicher bzw. gemeinnütziger Arbeit erfolgen und würde dadurch zugleich wertschöpfend und akzeptanzfördernd wirken. Weitere positiv empfundene Auswirkungen der Aufnahme auf der Ebene der Beziehungsgestaltung beziehen sich auf ideelle Werte, wie das Hochhalten kultureller Vielfalt, die Belebung des Gemeindelebens, die Möglichkeit für interkulturelles Kennenlernen als persönliche Bereicherung und das Aufbrechen der homogenen demographischen Strukturen. Soziale Auswirkungen betreffen beispielsweise die wahrgenommene Stärkung des sozialen Zusammenhalts vor Ort sowie die Förderung des sozialen Engagements und seien auf das gemeinsame Einbringen zur Bewältigung einer geteilten Herausforderung zurückzuführen. Gestärktes Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühls verschaffe andererseits unter Gleichgesinnten eine Form der Anerkennung für links-idealistisches oder christlich-karitatives Engagement. Darüber hinaus könne sich die Förderung des sozialen Zusammenhalts positiv auf die Nachhaltigkeit und Entwicklungsfähigkeit der Gemeinde auswirken. Nuikina (2014) argumentiert, dass zur Aufrechterhaltung sozioökonomischer Nachhaltigkeit bzw. der Lebensfähigkeit der Gemeinde eben nicht nur ökonomische Aspekte von Bedeutung seien, sondern ebenfalls nicht-materielle, soziale und kulturelle Charakteristika, wie beispielsweise soziales Kapital, soziale Kohärenz, das Gefühl der Zugehörigkeit, aktive Partizipation in lokalen Angelegenheiten sowie geteilte Visionen jener AkteurInnen, die in den Prozess der Stadterschaffung involviert sind (vgl. ebd.: 30f).

Hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen lassen sich unmittelbar monetäre Transfers identifizieren, wie die für die Gemeinde strukturell relevante pro Kopf erzielte Körperschaftssteuer, die Umlage für Gewerbetreibende sowie der Geldfluss durch die Vermietung einer Unterkunft für AsylwerberInnen. Brunner, Jost und Lueger (1994b) verweisen ebenfalls auf ökonomische Vorteile für die Gemeinde hinsichtlich erhöhter Zuwendungen und das vor allem von UnterkunftgeberInnen ökonomische Interesse an der Aufnahme der Flüchtlinge (vgl. ebd.: 135). Jene Auswirkungen würden allerdings vornehmlich auf politischer Ebene und von den direkt ökonomisch involvierten AkteurInnen thematisiert werden (vgl. Brunner/Jost/Lueger1994a: 322). Im Hinblick auf strukturelle Dimensionen werden positiv wahrgenommene Dynamiken identifiziert, wie der Erhalt und die Generierung von Arbeitsplätzen für die lokale Bevölkerung (z. B. der Erhalt der Grundschule bzw. des Lehrpersonals), die Bewohnung leerstehender Bausubstanz und die Revitalisierung des Ortskerns oder auch die positive Berichterstattung durch größere Medien für die Ankurbelung des „eingeschlafenen“ Tourismus, die für die Genese der Akzeptanz eine Rolle spielen können. Hugo und Morén-Alegret (2008) argumentieren darüber hinaus, dass Immigration in ländliche Räume Bevölkerungsrückgang reversiere,

einem Arbeitskräftemangel entgegenwirke, die langfristig ungünstige Bevölkerungsentwicklung durch Überalterungsabdämpfen und zum Erhalt der sozialen Struktur und sozioökonomischen Nachhaltigkeit beitragen könne, vor allem hinsichtlich Nahversorgung, Gesundheitswesen, Bildungssystem, öffentlichem Verkehr etc. (vgl. ebd.: 477; siehe dazu auch Brunner/Jost/Lueger 1994b: 143). Neben Charakteristika, die sich den Ebenen der kommunalen Strukturen und der sozialen Beziehungen zuordnen lassen, lassen sich schließlich auch spezifische akzeptanzbedingende Merkmale identifizieren, die sich auf der Ebene der Wahrnehmung von AsylwerberInnen vonseiten der lokalen Bevölkerung abspielen.

6.3 Akzeptanzbedingende Faktoren in der Wahrnehmung

Wie AsylwerberInnen vonseiten der lokalen Bevölkerung wahrgenommen werden, ist zu einem großen Teil von deren Status des Zugereistseins beeinflusst. Immer wieder erfolgt der Bezug auf eine dem Menschen zugeschriebene, stereotyp und inhärent inwohnende Angst vor „dem Fremden“ und Ungewissen. Diese fungiert als Trumpf in Argumentationen, in denen eine mangelnde Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, mangelnde Kontaktflächen, fehlende Sprachkompetenzen und ein Nichtvorhandensein von IntegrationsbotschafterInnen oder anderen vermittelnden Personen zu Konflikten im Zusammenleben führe. Gruber (2014) argumentiert, dass die fehlende Erfahrung mit Immigration in ländlichen Räumen das Kriterium der Fremdheit zu einer relevanten Kategorie mache und die Sichtbarkeit „des Fremden“ als überproportional hoch empfunden werden könne (vgl. ebd.: 39). Die Zuschreibung „Zuagroast“, des Zugereistseins als exkludierende Praxis der eindeutigen, unmittelbaren und nahezu unveränderlichen Trennung zwischen einer autochthonen Wir-Gruppe und jenen, von einem nicht näher definierten Außen, zugereisten Personen, zeigt sich als höchst einflussreich in vielen Interaktionen des täglichen Lebens. Jenen zugereisten Personen – und sei es bloß aus der Nachbargemeinde bzw. dem -bezirk – mangle es beispielsweise an der „autochthonen Befugnis“ in Gemeindeangelegenheiten einzugreifen oder strukturelle und soziale Veränderungen anzuregen. Vor allem das Engagement in Bezug auf die Gruppe der internationalen Neu-Hinzugekommenen wird als „Gutmenschlichkeit“ negativ angerechnet. Da bereits innerstaatlich zugereisten Personen das Etikett „Zuagroast“ auch noch nach mehreren Jahrzehnten und teils sogar noch deren Kindern anhaftet, ist damit zu rechnen, dass ein internationales Zureisen diesen Status noch verstärkt, vor allem im Hinblick darauf, dass selbst im nationalen Kontext der Zeitrahmen ungewiss ist, nach dem die Bezeichnung des/der EinwanderIn obsolet werde (vgl. Fassmann/Stacher 2003: 7f). Wenn auch im urbanen Kontext das Kriterium der Fremdheit eine untergeordnete Rolle spiele und dort häufig auf eine längere Erfahrung mit Immigration zurückgegriffen werden kann, so ist die in ländlichen Räumen oft anzutreffende stärkere Ausprägung eines autochthonen Wir-Gefühls womöglich auch auf die Engma-

schigkeit der sozialen Beziehungen und die unvermeidliche soziale Nähe in alltäglichen Interaktionen zurückzuführen. Diese können wiederum als integrationsfördernde Aspekte verstanden werden, da sie Segregation, den sozialräumlichen Rückzug und ein tendenzielles „Untersichbleiben“ verunmöglichen (vgl. Kreichauf 2012: 84f).

Darüber hinaus zeigen die empirischen Ergebnisse, dass sich außerdem Charakteristika identifizieren lassen, die sich auf das unmittelbare Verhalten und Erscheinen der AsylwerberInnen beziehen. Neben akzeptanzfördernden Attributen, wie eine zur Schau getragene hohe Arbeitsmoral, Bescheidenheit, Unauffälligkeit und Freundlichkeit im öffentlichen Auftreten sowie ein „tadelloses“ BürgerInnenverhalten finden sich im Umkehrschluss auch als akzeptanzhinderlich wahrgenommene Merkmale. So wird Untätigkeit, auffälliges bzw. lärmendes Verhalten und mit spezifischen in der Öffentlichkeit gezeigten Accessoires konnotiertes Besitztum, das bestimmten Vorstellungen der Bedürftigkeit von Flüchtlingen widerspräche, negativ bewertet. Auch Brunner, Jost und Lueger (1994b) zeigen, dass „unübliche Verhaltensweisen“ den Flüchtlingen als Manko zugeschrieben werden und Kriterien wie Hilfsbedürftigkeit, Genügsamkeit und Sparsamkeit sowie die Anpassung an lokale Normen ausschlaggebend für eine wohlwollende Haltung der lokalen Bevölkerung seien (vgl. ebd.: 128).

Schließlich zeigt sich, dass der familiäre Status und das Geschlecht der aufgenommenen AsylwerberInnen zentralen Einfluss auf das akzeptierende Verhalten der Bevölkerung nehmen. Im Hinblick auf die Erschöpfung der demographischen Ressourcen durch innerregionale Abwanderung und sinkende Fertilität, wird die Ansiedelung von Familien mit Kindern von vielen InterviewpartnerInnen positiv begrüßt. Einerseits könne dies dem fortschreitenden Prozess der Überalterung entgegenwirken und andererseits zum Erhalt der Bildungsinstitutionen beitragen. Auch Hugo und Morén-Alegret (2008: 477) sowie Brunner, Jost und Lueger (1994b: 143) verweisen auf die demographischen Vorteile der Flüchtlingsaufnahme oder internationaler Immigration im Allgemeinen im Hinblick auf den Erhalt der sozialen Struktur und zum Ausgleich der langfristig ungünstigen Bevölkerungsentwicklung.

6.4 Fazit

Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass Akzeptanz im Hinblick auf die Aufnahme von AsylwerberInnen ein komplexes, nicht direkt beobachtbares Phänomen ist, das sich erst in der intensiven Beschäftigung mit den AkteurInnen des Feldes erschließt. Das Ausmaß der Akzeptanz in der Lokalbevölkerung erfährt dabei Beeinflussung durch ein Zusammenspiel von sozialen, ökonomischen, strukturellen und ideellen Faktoren, die darüber hinaus in Wechselwirkung zu den erlebten und antizipierten Auswirkungen der Aufnahme sowie komplexen divergierenden Interessen stehen. Die Interessen der lokalen Bevölkerung sind sozioökonomisch und emotional geprägt und münden in Artikulationen, die

sich auf positiv oder negativ bewertete Veränderungen und Konsequenzen der Aufnahme von AsylwerberInnen beziehen.

Die empirischen Ergebnisse weisen darauf hin, dass die strukturellen und gemeindespezifischen Rahmenbedingungen in den Artikulationen der lokalen Bevölkerung eine zentrale Rolle spielen und häufig als Begründung für die mehr oder weniger vorhandene Akzeptanz herangezogen werden. Die Strukturschwäche der Region formt die von der lokalen Bevölkerung wahrgenommenen und antizipierten Auswirkungen der Aufnahme von AsylwerberInnen für das Gemeindeleben, die sich in größerer oder geringerer Akzeptanz der internationalen MigrantInnen ausdrücken.

Nach der zusammenfassenden Darstellung der Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, soll im letzten Abschnitt Einblick in spezifische Muster und prägnante Merkmalskombinationen einiger im empirischen Material identifizierter Faktoren gegeben werden und der Hinweis auf mögliche an diese Einzelfallforschung anknüpfende Folgeuntersuchungen erfolgen.

6.5 Ausblick

Bei Durchsicht und Ordnung des empirischen Materials und der Tabellarisierung der InterviewpartnerInnen nach den Charakteristika der Sozialstruktur (Ausbildungsgrad, Beschäftigungsverhältnis und Herkunftsort bzw. „Zuagroast“) (siehe Kapitel 5.1.1 und 5.1.2), zeigt sich, dass ein kombiniertes Auftreten einer spezifischen Ausprägung jener Merkmale mit einem höheren Ausmaß an Akzeptanz einhergeht. Insofern führen eine höhere Bildung sowie ein persönlich empfundenes sozioökonomisch sicheres und gutes Auskommen zu höherer Akzeptanz. Als Indikatoren für jene Merkmale dienen der Bildungsgrad und der aktuelle Beschäftigungsstand der befragten Personen.⁵⁹ Dass ebenfalls der Faktor „Zuagroast“⁶⁰ eine signifikante Rolle spielt, lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass eine persönliche Zuwanderungserfahrung im Hinblick auf die Zuwanderung weiterer Personen sensibilisierend und akzeptanzfördernd wirken kann (siehe Kapitel 5.4.1). Neben jenen sozialstrukturellen akzeptanzbedingenden Prädispositionen lassen sich darüber hinaus auf der Ebene der Beziehungsgestaltung zwei weitere Merkmale identifizieren, die den GesprächspartnerInnen als Attribute in unter-

⁵⁹ Beim Bildungsgrad wird die höchste abgeschlossene Ausbildung berücksichtigt (Pflichtschule, berufsbildende - bzw. allgemeinbildende Schule und Hochschule), beim Beschäftigungsstand die individuelle Einschätzung der GesprächspartnerInnen hinsichtlich ihres finanziellen Auskommens (unsicher, sicher, sicher und gut). In Bezug auf die empfundene sozioökonomische Sicherheit entspricht die erste Ausprägung vermehrt einer instabil erlebten Subsistenz (wie etwa ein unsicheres Arbeitsverhältnis oder die Arbeitslosigkeit); die zweite einem stetig und stabil erlebten finanziellen Auskommen (wie etwa durch die Pensionierung) und die letzte Option vornehmlich einer sicheren und für gut befundenen sozioökonomischen Situation (wie beispielsweise eine Anstellung, die berufliche Selbstständigkeit).

⁶⁰ Das Merkmal „Zuagroast“ wird in drei Ausprägungen berücksichtigt (autochthon; autochthon, lange woanders; anderer Herkunftsort). Erster Punkt gibt an, dass eine Person von Geburt an kontinuierlich in der Gemeinde gelebt hat; der zweite, dass sie genuin von dort stammt, aber lange Zeit woanders gelebt hat; und der dritte, dass sie aus anderen ländlichen Räumen Österreichs aus Wien oder dem Ausland immigriert ist.

schiedlichen Ausprägungen zugeschrieben werden können. Zum einen handelt es sich dabei um die Intensität von Kontakt und die Einbindung von AsylwerberInnen ins Gemeindeleben („Zuwanehma“), insofern als häufigere Kontaktflächen zu höherer Akzeptanz führen.⁶¹ Zum anderen zeigt sich ein weiterer Zusammenhang hinsichtlich des erlebten Eigennutzens bzw. der wahrgenommenen positiv bewerteten sozialen, ökonomischen, strukturellen und ideellen Auswirkungen. In diesem Sinne führen mit der Immigration assoziierte positive Auswirkungen zu höherer und negative zu geringerer Akzeptanz.⁶²

Die indexähnliche Tabellarisierung (siehe Anhang) der InterviewpartnerInnen soll einer versuchsweisen Visualisierung dienen und aufzeigen, dass eine spezifische Kombination von Faktoren und sozialstrukturellen Merkmalen in einer spezifischen Ausprägung⁶³ – nämlich Ausbildungsgrad, Beschäftigungsverhältnis, „Zuagroast“, „Zuwanehma“ und Eigennutzen – ein höheres Ausmaß von Akzeptanz indizieren kann. Die angesprochenen Attribute lassen sich aus Verbalisierungen von Meinungen und Einstellungen bzw. Beschreibungen von Handlungen und Verhalten ableiten. Die modellhafte Zusammenführung jener fünf Faktoren soll einer Veranschaulichung für eine mögliche Kombination aus akzeptanzbedingenden Prädispositionen dienen, um das Phänomen der Akzeptanz besser erfassen zu können und einen Impuls für mögliche komparative Folgeuntersuchungen zu setzen. Das Ziel der Erstellung dieses Index besteht nicht darin, ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheit zu schaffen, sondern darin, eine relevante Merkmalskombination der AkteurInnen des Feldes bzw. der InterviewpartnerInnen im Hinblick auf deren mehr oder weniger akzeptierende Einstellung aufzuzeigen.

Die Exploration der hier präsentierten gemeindeinternen, sozioökonomischen, bedingenden Faktoren für Akzeptanz ist der extensiven, querschnittangelegten Auseinandersetzung mit einem Fall, d. h. einer Gemeinde zu einem Zeitpunkt geschuldet. In einem weiteren Forschungsschritt wäre es denkbar und sinnvoll, eine komparative Untersuchung im Längsschnittdesign, d. h. in mehreren Gemeinden und zu mehreren Zeitpunkten anzustreben, um die Gültigkeit jener Faktoren für andere Gemeinden des ländlichen Raums mit ähnlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sowie im Zeitablauf zu ermitteln. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit verweisen auf die Bedeutung weiterer Forschungen im Hinblick auf internationale Immigration in ländliche Räume, die ihren Fokus auf die Perspektive der lokalen Bevölkerung richtet, sich konkret mit den sozioökonomischen Auswirkungen der Immigration bzw. der Aufnahme von AsylwerberInnen auf das Aufnahmeland auseinandersetzt und die für eine Integration essentiellen Bedingungen der Akzeptanz vonseiten der Aufnahmegesellschaft zu identifizieren vermag.

⁶¹ Das Merkmal „Zuwanehma“ wurde in den Ausprägungen „kaum, mittel und häufig“ inkludiert und bezieht sich auf das Ausmaß und die Intensität von Einbindung und Kontakt mit den AsylwerberInnen.

⁶² Der aus monetären, sozialen oder ideellen Komponenten artikulierte Eigennutzen wird in den drei Ausprägungen gering, mittel, hoch berücksichtigt.

⁶³ Die relevante Ausprägung ist in der Tabelle dunkelgrau gekennzeichnet.

7 Anhang

7.1 Index

Nr.	Interviews	Geschlecht	Bildungsgrad	Beschäftigung	Zuagroast	Zuwanehma	Eigennutzen	Akzeptanz
1	1	m						
2	2	m						
3	3	m						
4	4	m						
5	4a	w						
6	5	m						
7	k.l.	m						
8	6	m						
9	6a	w						
10	7	m						
11	7a	w						
12	8	m						
13	9	w						
14	10	w						
15	k.l.	m						
16	k.l.	m						
17	k.l.	w						
18	k.l.	m						
19	11	m						
20	12	w						
21	13	m						
22	14	w						
23	15	m						
24	16	m						
25	17	w						
26	k.l.	m						
27	18	w						
28	19	m						
29	20	m						
30	21	m						
31	22	m						

Legende

k. l. = kein Interview; w = weiblich; m = männlich

Bildungsgrad	Pflichtschule	Matura	Studium
Beschäftigung	Unsicher/AMS	Sicher/Pension	Sicher & gut
Zuagroast	autochthon	autochthon, lange woanders	anderer Herkunftsort
Zuwanehma	kaum	mittel	häufig
Eigennutzen	gering	mittel	hoch
Akzeptanz	niedrig	skeptisch	hoch

7.2 Abstract

Seit den 1990er-Jahren gewinnt die internationale Zuwanderung in westeuropäische Länder und deren ländliche Regionen an Bedeutung und rückt, in Anbetracht der aktuellen fluchtspezifischen Migrationsbewegungen, stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Das zugrundeliegende Forschungsinteresse der vorliegenden kultur- und sozialanthropologischen Arbeit richtet sich auf das Spannungsfeld von ruralem Bevölkerungsrückgang und internationaler Zuwanderung in ländlichen Räumen Österreichs und dabei konkret auf die Frage nach den Bedingungen der Akzeptanz vonseiten der lokalen Bevölkerung im Hinblick auf die Aufnahme von AsylwerberInnen.

Die strukturellen Rahmenbedingungen peripherer, ländlicher Räume hinsichtlich Bevölkerungsrückgang, Schrumpfungs- und Erosionsprozessen sowie die sozioökonomischen Auswirkungen der Immigration spielen bei der Erörterung dieser Frage ebenso eine Rolle wie die Werte, Normen und Einstellungen der Lokalbevölkerung. Da bisher wenig wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Immigration in ländliche Räume erfolgte, wurde ein qualitativ-explorativer Ansatz verfolgt, um die zentralen sozioökonomischen und gemeindeinternen Faktoren zu identifizieren, die im Kontext der Aufnahme von AsylwerberInnen zu Akzeptanz von Seiten der lokalen Bevölkerung führen. Das methodische Instrumentarium der Kultur- und Sozialanthropologie erlaubt die Untersuchung sozioökonomischer Interaktionen und Praktiken auf lokaler Ebene und deren Bezug auf größere Zusammenhänge. Im Rahmen einer ethnographischen Feldforschung in einer ruralen, peripheren Gemeinde im oberen Waldviertel Niederösterreichs wurde mit den Methoden der teilnehmenden Beobachtung, narrativen - und ExpertInneninterviews Einblick in das soziale Geflecht der Gemeinde sowie die Meinungen und Einstellungen der lokalen Bevölkerung gegeben. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung verweisen auf akzeptanzfördernde und -hindernde Faktoren, die sich drei Ebenen zuordnen lassen: den kommunalen Strukturen, den sozialen Beziehungen zwischen AsylwerberInnen und Lokalbevölkerung sowie der Wahrnehmung von AsylwerberInnen vonseiten der Lokalbevölkerung.

Keywords: Immigration, ländliche Räume, Bevölkerungsrückgang, sozioökonomische Auswirkungen, Akzeptanz

7.3 English Abstract

Rural population decrease and international immigration to rural areas are two opposing demographic processes that are currently taking place in European countries. Migration studies have traditionally focused on metropolitan areas, as their rural counterparts have long been the source and not the destination of migration flows. However, since the 1990s, international migration to west European countries and their rural communities is gaining ground and is thus demanding further attention. Current developments regarding the migration of refugees and the application of quota systems within some European nation states to enable a balanced distribution of asylum seekers across regions point to questions of integration and acceptance.

Against this background, the paper examines the reception and accommodation of asylum seekers in rural Austria with a particular focus on the factors determining the acceptance of newcomers by the local population. The structural framework of rural areas with respect to periphery and remoteness, population decline, negative growth and erosion processes play a crucial role in this regard. Ultimately, it is necessary to gain insight into the opinions, norms and values to understand what community-specific factors are influencing the acceptance of the local population. An anthropological perspective allows to investigate socioeconomic interactions and practices on the local level and their relation to the larger context. Following a qualitative-explorative research approach and applying the methods of participant observation as well as narrative and expert interviews, ethnographic field research took place in a community in northern rural Austria. The empirical analysis points to factors promoting and hampering acceptance within the local population, which can be attributed to the communal structures, the quality of relations between asylum seekers and the local population, as well as the perception of newcomers by the local population. Further research is needed focusing on questions of potential benefits of immigration as well as the determinants of acceptance by the local population considering expected demographic trends in rural areas and international migration dynamics.

Keywords: immigration, rural areas, population decline, costs and benefits, acceptance

8 Literatur

- ARDENER, Edwin. [1987] 2012. Remote areas. Some theoretical considerations. *HAU: Journal of Ethnographic Theory* 2/1: 519-533.
- BARTH, Fredrik. 1969. Introduction. In: Barth, Fredrik (Hg.): *Ethnic groups and boundaries. The Social Organization of Cultural Difference*. Boston: Little Brown: 10-37.
- BAUER, Ramon / FASSMANN, Heinz / GRUBER, Elisabeth / HUMER, Alois. 2012. Die Projekte DEMIFER und SeGI. Demografische Entwicklungen und sozialpolitische Herausforderungen. *RaumPlanung* 165/6: 20-25.
- BEER, Bettina. 2003. Einleitung: Feldforschungsmethoden. In: Beer, Bettina (Hg.). *Methoden und Techniken der Feldforschung*. Berlin: Dietrich Reimer Verlag: 9-13.
- BINDER, Susanne / TOŠIČ, Jelena (Hg.). 2002. *Refugee Studies and Politics. Human Dimensions and Research Perspectives*. Wien: Facultas.
- BIRG, Herwig. 1999. Bevölkerungsentwicklung – Industrieländer und Einwanderungen. In: Korff, Wilhelm et al.: *Handbuch der Wirtschaftsethik. Ausgewählte Handlungsfelder*, Band 4. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus: 107-128.
- BORJAS, George J. 1995. The Economic Benefits from Immigration. *The Journal of Economic Perspectives* 9/2: 3-22.
- BORTZ, Jürgen / DÖRING, Nicola. 1995. *Forschungsmethoden und Evaluation für Sozialwissenschaften*. Berlin: Springer Verlag.
- BRETTELL, Caroline B. / HOLLIFIELD, James F. 2000. *Migration Theory. Talking across Disciplines*. New York/London: Routledge.
- BRUNNER, Karl-Michael / JOST, Gerhard / LUEGER, Manfred. 1994a. Flüchtlinge in einer Kleingemeinde. Zur Soziogenese von Akzeptanz und Integration. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3: 315-329.
- BRUNNER, Karl-Michael / JOST, Gerhard / LUEGER, Manfred. 1994b. Flüchtlingsunterbringung in einer Kleingemeinde: Eine Fallstudie zur sozialen Dynamik von Migrationsprozessen. *Soziale Welt* 45/2: 125-146.
- BRUNNER, Karl-Michael / EGGER-STEINER, Michaela / HLAVIN-SCHULZE, Karin / LUEGER, Manfred. 1998. Flüchtlingsintegration in Kleingemeinden. Ergebnisse zur 3. Gemeindestudie. Vergleichende Analyse der drei Gemeinden. Institut für Soziologie und Empirische Sozialforschung. *Wirtschaftsuniversität Wien*.
- CARR, Patrick J. / LICHTER, Daniel T. / KEFALAS, Maria. 2012. Can Immigration Save Small-town America? Hispanic Boomtowns and the Uneasy Path to Renewal. *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 641: 38-57.
- CARSON, Dean / RASMUSSEN, Rasmus Ole / ENSIGN, Prescott / HUSKEY, Lee / TAYLOR, Andrew. 2011. *Demography at the Edge. Groups Remote Human Populations in Developed Nations*. GB: MPG Books.
- CASTLES, Stephen / MILLER, Mark J. 2009. *The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World*. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- CHATTY, Dan. 2014. Anthropology and Forced Migration. In: Fiddian-Qasmiyeh, Elena / Loescher, Gil / Long, Katy / Sigona, Nando (Hg.): *The Oxford Handbook of Refugee and Forced Migration Studies*. Oxford University Press: 74-81.
- COPUS, Andrew K. / CRABTREE, J.R. 1996. Indicators of Socio-Economic Sustainability: An Application to Remote Rural Scotland. *Journal of Rural Studies* 12/1: 41-54.

- DAMMAN, Rüdiger. 1991. Die dialogische Praxis der Feldforschung: Der ethnographische Blick als Paradigma der Erkenntnisgewinnung. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- DOLLASE, Rainer. 2006. Umfrageergebnisse zur Akzeptanz und Ablehnung des Islam und der Muslime. In: Augustin, Christian/Wienand, Johannes/Winkler, Christiane (Hg.): Religiöser Pluralismus und Toleranz in Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 281-290.
- ENDRUWEIT, Günter. 2014. Akzeptanz und Sozialverträglichkeit. In: Endruweit, Günter / Trommsdorff, Gisela / Burzan, Nicole (Hg.): Wörterbuch der Soziologie. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- ERIKSEN, Thomas H. 2010. Small Places, Large Issues. An Introduction to Social and Cultural Anthropology. London/New York: Pluto Press.
- FAIRLIE, Robert W. 2008. Estimating the Contribution of Immigrant Business Owners to the U.S. Economy. Small Business Administration Summary Nr.334.
- FARGUES, Philippe. 2011. International migration and Europe's demographic challenge. EU-US Immigration Systems 2011/09. Robert Schuman Center for Advanced Studies. San Domenico di Fiesole (FI): European University Institute.
- FARGUES, Philippe / McCORMICK, Ashley. 2013. Ageing of skills and complementary immigration in the EU, 2010-2025. Robert Schuman Centre for Advanced Studies RSCAS 2013/81, Migration Policy Center. San Domenico di Fiesole (FI): European University Institute.
- FASSMANN, Heinz. 2011. Konzepte der (geographischen) Migrations- und Integrationsforschung. In: Fassmann, Heinz / Dahlvik, Julia (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Göttingen: V & R unipress: 57-86.
- FASSMANN, Heinz / POTZ, Richard / WEISS, Hildegard. 2012. Migrations- und Integrationsforschung. Multidisziplinäre Perspektiven. Wien: V&R unipress.
- FASSMANN, Heinz / STACHER, Irene (Hg.). 2003. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.
- FLICK, Uwe / von KARDORFF, Ernst / KEUPP, Heiner / von ROSENSTIEL, Lutz / WOLFF, Stephan. 1991. Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union.
- FREEMAN, Gary P. / MIRILOVIC, Nikola (Hg.). 2016. Handbook on Migration and Social Policy. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- FORST, Rainer. 2003. Toleranz im Konflikt: Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- FRIEBERTHÄUSER, Barbara. 1997. Interviewtechniken – ein Überblick. In: Frieberthäuser, Barbara / Prengel, Annedore (Hg.). Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim: Juventa-Verlag.
- FRIEDRICHS, Nils. 2014. Zwischen Akzeptanz und Ablehnung. In: Pollak, Detlef / Müller, Olaf / Rosta, Gergely / Friedrichs, Nils / Yendell, Alexander (Hg.): Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa. Wiesbaden: Springer VS: 125-155.
- GANS, Paul. 2005. Schrumpfung. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung-ARL (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: ARL-Verlag. [http://www.arl-net.de/content/handwoerterbuch-der-raumordnung#s;abgerufen am 23.07.2016](http://www.arl-net.de/content/handwoerterbuch-der-raumordnung#s;abgerufen%20am%2023.07.2016).
- GIFFINGER, Rudolf / KRAMAR, Hans. 2008. Schrumpfung und Erosion im österreichischen Siedlungssystem: strukturelle Kennzeichen und regionale Perspektiven. In: Österreichische Gesellschaft für Raumplanung (Hg.): Erosionsprozesse im Siedlungsgefüge Österreichs. Wien/Berlin: Lit Verlag: 9-26.

- GIFFINGER, Rudolf / KRAMAR, Hans. 2012. Kleinstädte als Wachstumsmotoren ländlich-peripherer Regionen: Das Beispiel Waldviertel. *disP - The Planning Review* 48/2: 63-76.
- GLICK SCHILLER, Nina / ÇAĞLAR, Ayşe. 2011. *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*. Cornell University Press.
- GOLDENBERG, Olga / SACKMANN, Reinhold. 2014. *Arbeitsmarktzugänge von Migranten und ausländischen Fachkräften in ländlichen Regionen*. Halle an der Saale: Universitätsverlag Halle Wittenberg.
- GOLEBIEWSKA, Kate / VALENTA, Marko / CARTER, Tom. 2011. International Immigration Trends and Data. In: CARSON, Dean / RASMUSSEN, Rasmus Ole / ENSIGN, Prescott / HUSKEY, Lee / TAYLOR, Andrew. 2011. *Demography at the Edge. Groups Remote Human Populations in Developed Nations*. GB: MPG Books: 53-84.
- GOLEBIEWSKA, Kate / CARTER, Tom / BOYLE, Alicia / TAYLOR, Andrew. 2016. International migration and the changing nature of settlements at the edge. In: Taylor, Andrew / Carson, Dean B. / Ensign Prescott C. / Huskey, Lee / Rasmussen, Rasmus Ole / Saxinger, Gertrude (Hg.): *Settlements at the Edge. Remote Human Settlements in Developed Nations*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar: 75-97.
- GRUBER, Marika. 2014. Zusammenleben in Vielfalt im ländlichen Raum. *SIAG-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis* 1: 35-45.
- GRUBER, Marika. 2015. *Migration als Chance für den ländlichen Raum – Eine Pilotstudie am Beispiel des Bezirkes Hermagor*. Villach.
- GUCHTENEIRE, Paul de / KOENIG, Matthias / JENTSCH, Birgit (Hg.): *Migrant Integration in Rural Areas – Evidence from New Countries of Immigration*. *International Journal on Multicultural Societies (IJMS)* 9/1.
- HARMS, Erik / HUSSAIN, Shafqat / NEWELL, Sasha / PIOT, Charles / SCHEIN, Louisa / SHNEIDERMAN, Sara / TURNER, Terence S. / ZHANG, Juan. 2014. Remote and edgy. New takes on old anthropological themes. *Hau: Journal of Ethnographic Theory* 4/1: 361-381.
- HOCHSCHILD, Arlie R. 2002. Love and Gold. In: Ehrenreich, Barbara / Hochschild, A.R. (Hg.): *Global Woman: Nannies, Maids, and Sex Workers in the New Economy*. New York: Metropolitan Books: 15-30. http://sfonline.barnard.edu/work/hochschild_01.htm; abgerufen am 19.01.2016.
- HOREVITZ, Elizabeth. 2009. Understanding the Anthropology of Immigration and Migration. *Journal of Human Behavior in the Social Environment* 19: 745-758.
- HUGO, Graeme / MORÉN-ALEGRET, Ricard. 2008. International Migration to Non-Metropolitan Areas of High Income Countries: Editorial Introduction. *Population Space and Place* 14: 473-477.
- HUSKEY, Lee / MOREHOUSE, Thomas A. 1992. Development in Remote Regions: What Do We Know? *Arctic*. 45/2: 128-137.
- HUSKEY, Lee. 2005. Limits to growth: remote regions, remote institutions. *The Annals of Regional Science* 40/1: 147-155.
- ISHII, Tomoko. 2013. *Networks and Economic Integration. A Case of Refugees in Rural Sweden*. Master Thesis, Department of Human Geography, Stockholm University.
- JENTSCH, Birgit. 2007. Migrant Integration in Rural and Urban Areas of New Settlement Countries: Thematic Introduction. In: Guchteneire, Paul de / Koenig, Matthias / Jentsch, Birgit (Hg.): *Migrant Integration in Rural Areas – Evidence from New Countries of Immigration*. *International Journal on Multicultural Societies (IJMS)* 9/1: 1-12.
- JENTSCH, Birgit / SIMARD, Myriam (Hg.). 2009. *International Migration and Rural Areas. Cross-National Comparative Perspectives*. Farnham and Burlington: Ashgate.

- KEARNEY, Michael. 1986. From the invisible hand to visible feet: Anthropological studies of migration and development. *Annual Review of Anthropology* 15: 331-361.
- KERR, Sari P. / KERR, William R. 2001. Economic Impacts of Immigration: A Survey. Havard Business School Working Paper 09-013. Cambridge: Havard Business School.
- KNAPP, Anny. 2010. Leben im Flüchtlingsquartier. Standards in der Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden. Wien: Asylkoordination Österreich.
- KOMLOSY, Andrea. 1988. An den Rand gedrängt. Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Oberen Waldviertel. Wien.
- KREICHAUF, René. 2012. Kleinstadt und Zuwanderung – Zur Theorie und Empirie ethnischer Segregation. Berlin: Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin.
- KÜSTERS, Ivonne. 2009. Narrative Interviews. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- LAMNEK, Siegfried. 1995. Qualitative Sozialforschung. Band 2. Methoden und Techniken. Weinheim: Beltz Psychologie Verlags Union.
- LANGTHALER, Herbert / TRAUNER, Helene. 2008. Zivilgesellschaftliche und politische Partizipation von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in Österreich. Fallstudie im Rahmen des NODE – Projekts: Politische Partizipation und Repräsentanz von Flüchtlingen und AsylwerberInnen in der EU. Wien. http://www.asyl.at/projekte/node/casestudy_oesterreich.pdf; abgerufen am 27.04.2015.
- LANGTHALER, Herbert (Hg.). 2010. Integration in Österreich. Sozialwissenschaftliche Befunde. Studienverlag: Innsbruck.
- LUCKE, Doris. 1995. Akzeptanz. Legitimität in der "Abstimmungsgesellschaft". Opladen: Leske und Budrich.
- MACHOLD, Ingrid / DAX, Thomas / STRAHL, Wibke. 2013. Potenziale entfalten. Migration und Integration in ländlichen Regionen Österreichs. Forschungsbericht 68. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- MOSE, Ingo. 2005. Ländliche Räume. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung-ARL (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover: ARL-Verlag. <http://www.arl-net.de/content/handwoerterbuch-der-raumordnung#s>; abgerufen am 23.07.2016.
- MÜCKLER, Hermann. 2014. Ethnohistorie und Migration – ein historisch gewachsenes Beziehungsverhältnis. Eine Annäherung. In: Wernhart, Karl R. / Zips, Werner (Hg.): Ethnohistorie. Rekonstruktion, Kulturkritik und Repräsentation. Eine Einführung. Promedia: Wien: 118-140.
- NADLER, Robert / KRISZAN, Michael / NIENABER, Birte / FRY, Wioletta. 2010. Zuwanderung internationaler Migranten in schrumpfende ländliche Regionen: Die Fallbeispiele Ostsachsen und Saarland. *Europa Regional* 18: 2-3.
- NOGUERA, Joan. 2009. An analysis on the subjective perception of policy action on peripherality: A comparative assessment in accessible and peripheral areas of six countries of the EU. *Regional Science Policy & Practice* 1/2: 159-176.
- NUIKINA, Elena Vladimirovna. 2014. Making a viable city. Dissertation, Fakultät für Geowissenschaften, Geographie und Astronomie, Universität Wien.
- NUISSEL, Henning / SCHMIZ, Antonie. 2012. Migration als Potenzial der kommunalen Entwicklung – Lokale Ansätze zur Unterstützung von ökonomischen Akteuren mit Migrationshintergrund. *Raumforschung/Raumordnung* 71: 181-193.
- OECD 2014. Migration Policy Debates. Is migration good for the economy? OECD 2014/02; www.oecd.org/migration; abgerufen am 07.06.2016.

- ÖGB - Österreichischer Gemeindebund (Hg.). 2006. Zukunft ländliche Gemeinde. Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag. Schriftenreihe RFG. Rechts- und Finanzpraxis der Gemeinden. Band 4.b/2006. Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH.
- ÖROK – Österreichische Raumordnungskonferenz (Hg.). 2002. Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001 (ÖROK-Schriftenreihe Nr. 96). Wien: ÖROK Eigenverlag.
- ORRENIUS, Pia M. / ZAVODNY, Madeline. 2012. Economic Effects of Migration: Receiving States. In: Rosenblum, Marc R. / Tichenor, Daniel J. (Hg.): The Oxford Handbook of the Politics of International Migration. New York: Oxford University Press: 105-130.
- ORTEGA, Francesc / PERI, Giovanni. 2009. The Causes and Effects of International Migrations: Evidence from OECD Countries 1980-2005. Working Paper Nr. 14833, National Bureau of Economic Research.
- ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND (Hg.). 2006. Zukunft ländliche Gemeinde. Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag 2006. Schriftenreihe RFG. Rechts- und Finanzpraxis der Gemeinden. Band 4.b/2006. Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH.
- ÖSTERREICHISCHER STÄDTBUND. 2016. Österreichs Städte in Zahlen 2015/Digitale tabellarische Ergänzung der Printversion ‚Österreichs Städte in Zahlen 2015‘. Wien: Grasl Druck & Neue Medien GmbH.
- PARNREITER, Christof. 1995. Vom Land zum Hinterland zum Abwanderungsland. Migration und ungleiche Entwicklung in der tschechisch-österreichischen Grenzregion. In: Komlosy, Andrea/Buôzek, Václav/Svátek, František (Hg.): Kulturen an der Grenze. Waldviertel – Weinviertel – Südböhmen – Südmähren. Wien: Promedia.
- PERI, Giovanni. 2013. Economic Benefit of Immigration. UC Berkeley: Center for Latin American Studies.
- POLLAK, Detlef / MÜLLER, Olaf / ROSTA, Gergely / FRIEDRICH, Nils / YENDELL, Alexander. 2014. Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa. Wiesbaden: Springer VS.
- POLLERMANN, Kim. 2016. Internationale Migration: Chance für ländliche Räume?! Spezifika ländlicher Räume und Praxisbeispiele aus zwei Regionen. Raumplanung 183: 48-53.
- RAPP, Carolin. 2014. Toleranz gegenüber Immigranten in der Schweiz und in Europa. Empirische Analysen zum Bestand und den Entstehungsbedingungen im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS.
- RASMUSSEN, Rasmus Ole. 2011. Why the Other Half Leave: Gender Aspects of Northern Sparsely Populated Areas. In: CARSON, Dean / RASMUSSEN, Rasmus Ole / ENSIGN, Prescott / HUSKEY, Lee / TAYLOR, Andrew. 2011. Demography at the Edge. Groups Remote Human Populations in Developed Nations. GB: MPG Books: 237-254.
- REINPRECHT, Christoph / WEISS, Hilde. 2012. Migration und Integration: Soziologische Perspektiven und Erklärungsansätze. In: Fassmann, Heinz / Dahlvik, Julia (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader. Wien: V&R unipress: 13-33.
- ROSENBLUM, Marc R. / TICHENOR, Daniel J. (Hg.): The Oxford Handbook of the Politics of International Migration. New York: Oxford University Press.
- ROWTHORN, Robert. 2008. The Fiscal Impact of Immigration on the Advanced Economies. Oxford Review of Economic Policy 24: 560-580.
- SCHMALLEGGER, Doris / CARSON, Dean / TREMBLAY, Pascal. 2010. The Economic Geography of Remote Tourism: The Problem of Connection Seeking. Tourism Analysis 15: 127-139.
- SCHMITT, Mathilde / SEISER, Gertraud / OEDL-WIESER, Theresia. 2015. Das Ländliche und die Land_Frauen. Sozialwissenschaftliche De_Re_Konstruktionen. SWS-Rundschau 55/3: 335-354.
- SCHUBERTH, Richard. 2015. Bevor die Völker wussten, dass sie welche sind. Ethnizität, Nation, Kultur. Eine (antiessenzialistische) Einführung. Wien: Promedia.
- SEDLÁČEK, Tomáš. 2012. Die Ökonomie von Gut und Böse. Carl Hanser Verlag: München.

- SIEDER, Reinhard. 1998. Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Narrativ-biographisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung. In: Wernhart, Karl R. / Zips, Werner (Hg.). Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung. Wien: Forschung Promedia: 145-172.
- SINABELL, Franz. 2006. Elemente einer Wachstumspolitik für den ländlichen Raum. Teilstudie 18. WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- SIX-HOHENBALKEN, Maria / TOŠIĆ, Jelena (Hg.). 2009. Anthropologie der Migration: Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte. Wien: Facultas.wuv.
- SKERRATT, Sarah. 2011. A critical analysis of rural community leadership: Towards systematised understanding and dialogue across leadership domains. *Journal of Contemporary Issues in Business and Government* 17/1: 87.
- STRASSER, Sabine. 2011. Über Grenzen verbinden: Migrationsforschung in der Sozial- und Kulturanthropologie. In: Fassmann, Heinz / Dahlvik, Julia (Hg.): Migrations- und Integrationsforschung - multidisziplinäre Perspektiven. Göttingen: 33-55.
- TOŠIĆ, Jelena / KRONER, Gudrun / BINDER, Susanne. 2009. Anthropologische Flüchtlingsforschung. In: Six-Hohenbalken, Maria / Tošić, Jelena (Hg.). 2009. Anthropologie der Migration: Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte. Wien: Facultas.wuv: 110-126.
- TOŠIĆ, Jelena. 2012. Migration, Identity and Belonging. Anthropological Perspectives on a Multidisciplinary Field of Research. In: Messer, Michi / Schröder, Renée / Wodak, Ruth (Hg.): Migrations: Interdisciplinary Perspectives. Wien: Springer Verlag: 113-117.
- UNITED NATIONS. 2000. Replacement migration: Is it a solution to declining and ageing populations? New York: United Nations Population Division.
- VERMEULEN, Hans / GOVERS, Cora 1994. Introduction. In: Vermeulen, Hans / Govers, Cora Vermeulen, Hans / Govers, Cora (Hg.): The Anthropology of Ethnicity. Beyond 'Ethnic Groups and Boundaries'. Amsterdam: Het Spinhuis: 1-11.
- WEBER, Gerlind. 2010. Der ländliche Raum – Mythen und Fakten. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. [https:// www.bmlfuw .gv.at/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeitschrift-Laendlicher-Raum/archiv/2010/Weber.html](https://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl_entwicklung/Online-Fachzeitschrift-Laendlicher-Raum/archiv/2010/Weber.html); abgerufen am 31.12.2016.
- WEIMER, Daniel / GALLIKER, Mark / GRAUMANN, Carl F. 1996. Die Heidelberger Akzeptanz-Skala. Entwicklung eines Forschungsinstruments zum Thema Migrantenfeindlichkeit. Bericht Nr. 107, Heidelberg/Mannheim.
- WINTER-EBMER, Rudolf / ZWEIMÜLLER, Josef. 1999. Do Immigrants Displace Young Native Workers: The Austrian Experience. *Journal of Population Economics* 12: 327-340.
- ZEITLHOFER, Hermann. 1995. Textile Verbindungen. Lebensformen und Heiratsverhalten der Waldviertler Heimweber im 18. und 19. Jahrhundert. In: Komlosy, Andrea / Bužek, Václav / Svátek, František (Hg.): Kulturen an der Grenze. Waldviertel – Weinviertel – Südböhmen – Südmähren. Wien: Promedia.
- ZIMMEL, Karl. 1910. Geschichte der Stadt Reinschlag⁶⁴. Abschrift Band 1-3. Reinschlag⁶³.
- ZIMMEL, Karl. 1997 [1912]. Die Stadt Reinschlag⁶³. Arbeitsgemeinschaft Heimatmuseum. Reinschlag⁶³.
- ZIMMERMANN, Klaus F. 2014. Migration, jobs and integration in Europe. In: Migration Policy Practice Journal IV/4, International Organization for Migration (IOM) and Eurasyllum Ltd; http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/MigrationPolicyPracticeJournal_Issue18_9Dec2014.pdf; abgerufen am 07.06.2016.

⁶⁴ Aus Anonymisierungsgründen ist der Name der Gemeinde verändert.

Internetressourcen

bmi.gv.at: Bundesministerium für Inneres. Asylbetreuung, Begriffsbestimmungen, Migranten. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Asyl_Betreuung/begriffe/; abgerufen am 04.12.2016.

economist.com: Fading echoes. East Germany's population is shrinking. The rest of the country, and large swathes of Europe, will face similar problems in future. http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21720578-rest-country-and-large-swathes-europe-will-face-similar-problems?cid1=cust/ddnew/n/n/n/20170411n/owned/n/n/nwl/n/n/eu/Daily_Dispatch/email&ete_ar=dailydispatch; abgerufen am 14.04.2017.

eurostat.eu: Statistiken zur Fruchtbarkeit. http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Fertility_statistics/de; abgerufen am 24.07.2016.

ifl-leipzig.de: Arrival Regions. Leibniz-Institut für Länderkunde. https://www.ifl-leipzig.de/forschung/projekt/detail/arrival_regions.html; abgerufen am 29.03.2017.

hioa.no: The multiethnic rural community: Exclusion or inclusion of immigrants? Høgskolen i Oslo og Akershus. <http://www.hioa.no/Om-HiOA/Senter-for-velferds-og-arbeidslivsforskning/NIBR/Prosjekter/Prosjekter-norsk/The-multiethnic-rural-community-Exclusion-or-inclusion-of-immigrants>; abgerufen am 29.03.2017.

migrationpolicy.org: Migration Policy Institute. <http://www.migrationpolicy.org/programs/migration-information-source>; abgerufen am 25.10.2016.

noe.orf.at 1: Sobotka gegen Gemeindezusammenlegungen, 03.06.2014. <http://noe.orf.at/news/stories/2650770/>; abgerufen am 22.12.2016.

noe.orf.at 2: 15.500 Asylwerber in Niederösterreich, 06.08.2016. <http://noe.orf.at/news/stories/2789549/>; abgerufen am 22.12.2016.

nön.at: Straßenausbau Waldviertel. Autobahn: Druck wird immer größer; 04. 08. 2015. <http://www.noen.at/waidhofen/autobahn-druck-wird-immer-groesser/4.521.667>; abgerufen am 23.08.2016.

oecd.org: Regional Typology 2010. <http://www.oecd.org/gov/regional-policy/42392595.pdf>; abgerufen am 19.08.2016.

oerok.gv.at: Österreichische Raumordnungskonferenz. Ländliche Entwicklung 2007-2013. <http://www.oerok.gv.at/eu-regionalpolitik/laendlicher-raum.html>; abgerufen am 29.07.2016.

orf.at: Asylwerber. Karte zeigt Unterschiede bei Bezirksquoten. <http://orf.at/stories/2285770/>; letzte Änderung 23.06.2015; abgerufen am 17.09.2015.

oxfordbibliographies.com. Migration; verfasst von Lanz, Tilman. <http://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780199766567/obo-9780199766567-0098.xml>; letzte Aktualisierung 24.07.2013; abgerufen am 23.10.2016.

presse.com: Manche Gemeinde kommen nie mehr aus der Sanierung, 03.06.2014. <http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/3815811/Manche-Gemeinden-kommen-nie-mehr-aus-der-Sanierung?from=suche.intern.portal>; abgerufen am 22.12.2016.

standard.at: Wenn das Land beim Budget dreinredet. <http://derstandard.at/1350258659915/Wenn-das-Land-Buergermeistern-beim-Budget-dreinredet>; abgerufen am 18.10.2012.

statistik.at 1: Statistik Austria. Wanderungen insgesamt. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_insgesamt/index.html; letzte Änderung am 16.08.2016; abgerufen am 15.10. 2016.

statistik.at 2: Statistik Austria. Asyl. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/asyl/index.html; letzte Änderung am 10.10.2016; abgerufen am 15.10. 2016.

statistik.at 3: Statistik Austria. Wanderungen mit dem Ausland. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_mit_dem_ausland_aussenwanderungen/index.html; letzte Änderung am 05.10.2016; abgerufen am 15.10.2016.

statistik.at 4: Statistik Austria. Tabellen zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Österreich. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html; letzte Änderung 17.10.2015; abgerufen am 17.10.2015.

statistik.at 5: Statistik Austria. Ein Blick auf die Gemeinde Reinschlag 30925. Bevölkerungsstand- und Struktur 2015. <http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=30925>; abgerufen am 22.08.2016.

statistik.at 6: Statistik Austria. Urban-Rural-Typologie 2016. http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html; letzte Änderung 02.08.2016; abgerufen am 19.08.2016.

statistik.at 7: Statistik Austria. Gliederungen nach städtischen und ländlichen Gebieten 2016. http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/stadt_land/index.html; letzte Änderung 02.08.2016; abgerufen am 19.08.2016.

statistik.at 8: Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2015: Stadtregionen wachsen, periphere Regionen verlieren Einwohner. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/102672.html; abgerufen am 22.08.2016.

statistik.at 9: Stadtregionen 2010 - Das Konzept. Statistische Nachrichten 12/2010. http://www.statistik.at/web_de/nomenu/suchergebnisse/index.html; abgerufen am 20.08.2016.

statistik.at 10: Ein Blick auf die Gemeinde, Bevölkerungsentwicklung 1869 - 2016. <http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=30925>; abgerufen am 22.08.2016.

statistik.at 11: Ein Blick auf die Gemeinde. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2013 - Bevölkerung nach Erwerbsstatus, Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und wirtschaftlicher Zugehörigkeit. <http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=30925>; abgerufen am 22.08.2016.

statistik.at 12: Ein Blick auf die Gemeinde. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2013 - Erwerbs- und Schulpender/-innen nach Entfernungskategorie. <http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=30925>; abgerufen am 22.08.2016.

statistik.at 13: Ein Blick auf die Gemeinde. Abgestimmte Erwerbsstatistik 2014 - Bildungsstand und laufende Ausbildung. <http://www.statistik.at/blickgem/ae5/g30925.pdf>; abgerufen am 28.08.2016.

statistik.at 14: Ein Blick auf die Gemeinde. Bevölkerungsstand und -struktur 01.01.2015. <http://www.statistik.at/blickgem/gemDetail.do?gemnr=30925>; abgerufen am 27.12.2016.

thuenen.de: Thünen-Arbeitsgruppe „Integration von Flüchtlingen“; <https://www.thuenen.de/de/thema/laendliche-lebensverhaeltnisse/thuenen-arbeitsgruppe-integration-von-fluechtlingen/>; abgerufen am 29.03.2017.

unhcr.at: Asylsuchende in Österreich. Q&A. <http://www.unhcr.at/unhcr/in-oesterreich/fluechtlingsland-oesterreich/questions-and-answers/asylsuchende-in-oesterreich.html>; abgerufen am 25.10.2016.

waldviertel.at: Waldviertel – wo wir sind, ist oben. <http://www.waldviertel.at>; abgerufen am 27.08.2016.

wikimedia.org: Aphorismen Ebner-Eschenbach (1893) 021.png. [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aphorismen_Ebner-Eschenbach_\(1893\)_021.png](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Aphorismen_Ebner-Eschenbach_(1893)_021.png); abgerufen am 27.03.2017.

wirtschaftslexikon.de: Endogenes Wachstum. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/endogenes-wachstum.html>; abgerufen am 15.06.2016.